Nummer 18 Hamburg, den 2. Mai 1914 27. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit," Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal ℳ 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband ℳ 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ₰ für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

Neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen, muß im Frühjahr die vornehmste Aufgabe aller Kollegen sein!

Unsere Lohnstatistik.

I.

Löhne und Arbeitszeit der deutschen Maurer und Bauhilfsarbeiter im Jahre 1910.

Die Organisationen der Maurer und Zimmerer haben seit ihrem Bestehen immer Wert darauf gelegt, möglichst einwandfreie Feststellungen über die Höhe des Lohnes, die Länge der Arbeitszeit und andere wichtige Fragen zu erhalten. Schon 1887 veranstaltete die Geschäftskommission der Maurer Deutschlands eine Umfrage zur Feststellung der täglichen Arbeitszeit, des Stunden- oder Tagelohns sowie darüber, ob die Unternehmer mit den Gesellen über Lohnfragen verhandelten. Das Ergebnis war nur wenig umfangreich; denn die Umfrage wurde nur von 37 Orten beantwortet. Sehr zuverlässig ist es auch nicht, da man heute nicht einmal weiß, ob die Umfrage schriftlich durch Fragebogen oder mündlich auf dem Maurerkongreß in Cassel vorgenommen wurde. Auch die nächsten statistischen Aufnahmen hatten kein befriedigendes Ergebnis. Sie erfolgten zwar durch Ausgabe von Personal-Fragebogen, die sehr ins einzelne gingen; aber gerade dadurch wurden die Aufnahmen erschwert und ihr Umfang beeinträchtigt. Die 80 Fragen, die der Fragebogen von 1889 enthielt, wurden nur von 9245 Maurern aus 152 Orten beantwortet, obwohl in 120 von diesen Orten (die übrigen hatten darüber keine Angaben gemacht) 67 994 Maurer wohnten und in 104 Orten 26 971 Maurer organisiert waren. Die Aufnahme im Jahre 1890 war nicht besser; nur von 7231 Maurern aus 202 Orten gingen Angaben ein. Auch die im Jahre 1893 vom Zentralverband der Maurer aufgenommene Statistik mißlang, da von 12 733 Verbandsmitgliedern wieder nur 2037 den Fragebogen beantworteten.

Umfangreicher und zuverlässiger wurde die Lohnstatistik erst, als die Organisation erstarkte und eine andere Art der Aufnahme angewandt wurde. Das geschah erstmalig im Jahre 1898. In jenem Jahre wurden die Fragebogen nicht mehr an die einzelnen Kollegen zur Ausfüllung übergeben, sondern die Ausfüllung erfolgte durch Vertrauensleute der Organisation auf den Baustellen. Diese Aufnahme umfaßte 147 686 Maurer in 673 Orten. Im Jahre 1900 erfolgte wieder eine Aufnahme in derselben Weise, die 159 818 Maurer in 1455 Orten umfaßte und deren Ergebnisse in der Schrift: „Das Maurergewerbe in der Statistik", niedergelegt wurden. Noch umfangreicher war die statistische Aufnahme im Jahre 1905. Unter sie fielen 223 803 Maurer und Spezialarbeiter des Maurerberufs in 4721 Lohngebieten mit 13 297 Orten.

Die letzte umfangreiche statistische Aufnahme erfolgte im Jahre 1910. Sie erstreckte sich zum ersten Male auch auf die Bauhilfsarbeiter und wurde, da beide Organisationen bereits die Verschmelzung zum Deutschen Bauarbeiterverbande beschlossen hatten, gemeinsam veranstaltet. Das Ergebnis dieser Aufnahme ist in einem Werk niedergelegt, das sich „Lohn und Arbeitszeit der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Deutschland" betitelt und das vor einigen Wochen vom Vorstand unseres Verbandes der Oeffentlichkeit übergeben worden ist. Das Werk sollte schon im Frühjahr 1912 erscheinen; da aber die Bearbeiter der Statistik wiederholt wegen dringlicheren Verbandsgeschäften mit der Bearbeitung aussetzen mußten, war die Herausgabe des Werkes erst im Frühjahr dieses Jahres möglich. Nachstehend wollen wir die Ergebnisse der Statistik kurz besprechen; wir hoffen aber, daß sich recht viele Kollegen selbst in das gebotene Zahlenmaterial vertiefen und die Bewegung der Löhne und der Arbeitszeit an der Quelle studieren werden.

Die Erhebungen erstreckten sich für Maurer auf 1808 Lohngebiete mit 21 068 Orten, für Hilfsarbeiter auf 832 Lohngebiete mit 11 396 Orten. In diesen Orten wurden insgesamt gezählt: 21 503 Unternehmer, 21 883 Poliere, 212 358 Maurer, 124 017 Hilfsarbeiter und 23 400 Lehrlinge. Auf die Spezialberufe entfallen davon 1021 Unternehmer, 529 Poliere, 7544 Maurer, 5674 Hilfsarbeiter und 5 Lehrlinge. Für die Poliere und Lehrlinge wurden keine Löhne festgestellt, so daß die Erhebungen für insgesamt 336 375 Arbeiter des Baugewerbes Löhne und Arbeitszeiten angeben. Von diesen sind 24 107 oder 7,16 pZt. Ausländer. Und zwar ist unter den Hilfsarbeitern ein bedeutend größerer Prozentsatz Ausländer als unter den Maurern. Auf die Gruppe der Maurer entfallen nämlich 10 516 Ausländer; das sind 4,95 pZt. aller Berufsangehörigen; auf die Hilfsarbeiter entfallen dagegen 13 591 Ausländer oder 10,96 pZt. der Berufsangehörigen. Gut 80 pZt. aller Ausländer entfallen auf das Königreich Sachsen sowie auf den Süden und Westen des Reiches.

Auffallend groß ist immer noch die Zahl der Lehrlinge. 23 400 wurden von der Statistik erfaßt. Im Jahre 1900 waren es 21 764, im Jahre 1905 30 268. Gegen 1900 hat sich also die Zahl der Lehrlinge vermehrt, gegen 1905 beträchtlich vermindert. Dabei muß aber zweierlei in Betracht gezogen werden. Einmal, daß im Aussperrungsjahr 1910 weniger Lehrlinge neu aufgenommen wurden als in andern Jahren, sodann, daß im Laufe eines Jahrzehnts das Maurergewerbe stark durch den Betonbau zurückgedrängt worden ist. Und gerade im Hinblick darauf, daß der Maurerberuf vom Betonbaugewerbe auch in Zukunft noch weiter erheblich zurückgedrängt werden wird, ist die Zahl der Lehrlinge noch außerordentlich hoch. Schließlich ist auch noch zu bedenken, daß in früheren Jahren in manchen Gebietsteilen eine förmliche Lehrlingszucht getrieben worden ist, die in hohem Maße an der jetzigen starken Ueberfüllung des Maurerberufs und der großen Arbeitslosigkeit dieser Arbeitergruppe schuld ist. Auch heute gibt es noch Gebiete, wo die Lehrlingszucht stark im Schwunge ist. So ist die Zahl der Lehrlinge in der Provinz Schlesien fast zweieinhalbmal so groß als die der Betriebe. Aehnlich ist es in Posen, Ostpreußen und Mecklenburg, während in Rheinland, Hessen, Bayern, Württemberg, Baden und den Reichslanden auf einen Betrieb weniger als ein Lehrling kommt. In den übrigen Landesteilen entfallen ein bis zwei Lehrlinge auf jeden Betrieb. Hauptsächlich wird die Lehrlingszucht in Kleinstädten und auf dem Lande betrieben. Das geht schon daraus hervor, daß auf die Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern 40,3 pZt. der Gesellen, aber nur 28,1 pZt. der Lehrlinge entfallen. Die Orte mit weniger als 20 000 Einwohnern stellen 37,5 pZt. der Gesellen, aber 49,2 pZt. der Lehrlinge.

Der Durchschnittsstundenlohn der 212 358 Maurer und Spezialarbeiter des Maurerberufs betrug bei Aufnahme der Statistik 52,2 ₰, der Durchschnittsstundenlohn der 124 017 Bauhilfsarbeiter (mit Spezialarbeitern) 45,5 ₰. Ohne Einrechnung der Spezialarbeiter war der Durchschnittslohn für die Maurer 51 ₰ und für die Bauhilfsarbeiter 45 ₰. Der Durchschnittslohn der Spezialarbeiter allein war für die gelernten Berufe 84,3 ₰ und für die Ungelernten 54,2 ₰. Die Zahl der Lohnklassen ist außerordentlich groß. Für die gelernten Arbeiter bestehen nicht weniger als 80, für die Hilfsarbeiter 69. Die höchste Zahl von Lohnklassen erreichen die Maurer in Bayern, wo 57 gezählt sind, die niedrigste in Ostpreußen, wo 24 Lohnklassen bestehen; die Hilfsarbeiter die höchste im Königreich Sachsen und in Bayern mit 49, die niedrigste in Mecklenburg mit 20. Sowohl bei den Maurern wie bei den Bauhilfsarbeitern schwanken die Löhne zwischen weniger als 20 ₰ und ℳ 1,20 pro Stunde.

In den einzelnen Landesteilen sind die Löhne sehr verschieden. Den höchsten Durchschnittslohn haben sowohl die Maurer wie die Bauhilfsarbeiter in Schleswig-Holstein, den niedrigsten haben die Maurer in Schlesien und die Bauhilfsarbeiter in Posen. Im einzelnen ergeben sich für die Maurer und Bauhilfsarbeiter unter Ausschluß der Spezialarbeiter in den verschiedenen Landesteilen folgende Durchschnittslöhne:

Ueber dem Gesamtdurchschnitt von 51,5 ₰ stehen die Maurer in Schleswig-Holstein mit 70,9 ₰, Brandenburg mit 59,4 ₰, Rheinland mit 54,9 ₰, Elsaß-Lothringen mit 52,5 ₰, Königreich Sachsen mit 51,9 ₰, Westfalen mit 51,7 ₰ und Baden-Pfalz mit 51,1 ₰. Unter dem Durchschnitt bleiben die Maurer in Württemberg und Bayern mit je 50,3 ₰, Hannover-Braunschweig-Oldenburg mit 50,2 ₰, Ostpreußen mit 49,9 ₰, Hessen mit 47,2 ₰, Westpreußen mit 46,1 ₰, Pommern und Provinz Sachsen-Anhalt mit je 44,4 ₰, Posen mit 44,3 ₰, Mecklenburg mit 43,5 ₰, Thüringen mit 42,6 ₰ und, als letztes, Schlesien mit 41,2 ₰.

Der Lohn der Hilfsarbeiter steht im Gesamtdurchschnitt 6 ₰ tiefer als der der Maurer. Ueber den Durchschnitt von 45 ₰ kommen sie in Schleswig-Holstein mit 61,1 ₰, Brandenburg mit 55,5 ₰, Hannover-Braunschweig-Oldenburg mit 47,1 ₰, Rheinland mit 45,4 ₰, während Bayern mit 45,0 ₰ gerade den Durchschnitt hält. Unter dem Durchschnitt bleiben sie im Königreich Sachsen mit 44,1 ₰, Westfalen mit 43,7 ₰, Elsaß-Lothringen mit 42,5 ₰, Hessen mit 42,2 ₰, Provinz Sachsen-Anhalt mit 41,6 ₰, Württemberg mit 41,3 ₰, Baden-Pfalz mit 39,4 ₰, Mecklenburg mit 37,5 ₰, Thüringen mit 36,5 ₰, Schlesien mit 36,4 ₰, Ostpreußen mit 35,2 ₰, Pommern mit 34,5 ₰, Westpreußen mit 34,2 ₰ und Posen mit 33,2 ₰.

Der Unterschied zwischen den Löhnen der Maurer und Bauhilfsarbeiter beträgt im Reichsdurchschnitt 6 ₰. Er ist am kleinsten in der Provinz Sachsen mit 2,8 ₰, dann folgt Hannover mit 3,1 ₰, Brandenburg mit 3,9 ₰, Schlesien mit 4,8 ₰, Hessen mit 5 ₰, Bayern mit 5,3 ₰, Mecklenburg mit 6 ₰, Thüringen mit 6,1 ₰, Königreich Sachsen mit 7,8 ₰, Westfalen mit 8 ₰, Württemberg mit 9 ₰, Rheinland mit 9,5 ₰, Schleswig-Holstein mit 9,8 ₰, Pommern mit 9,9 ₰, Elsaß-Lothringen mit 10 ₰, Baden-Pfalz mit 11,7 ₰, Westpreußen mit 11,9 ₰, Posen mit 12,1 ₰ und Ostpreußen mit 14,7 ₰.

Der Statistiker hat auch die Frage gestellt, woher es kommt, daß die Durchschnittslöhne in den einzelnen Landesteilen so weit voneinander abweichen. Zu ganz bestimmten Schlüssen ist er dabei nicht gekommen, wohl aber hat er eine Anzahl Gründe angeführt, die die verschiedene Höhe des Lohnes bewirkt haben. Es sind hier von Einfluß: das Alter und die Stärke der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen in den einzelnen Gebieten, die Güte der Konjunktur, der Ueberfluß oder Mangel an Arbeitskräften, der Stand der Löhne in andern Gewerben und nicht zuletzt die Größe der Arbeitsorte in den einzelnen Landesteilen. In einer Provinz, wo 60 pZt. der von der Statistik erfaßten Arbeiter in Großstädten arbeiten, wird natürlich der

Durchschnittslohn unter sonst gleichen Verhältnissen höher sein als in einem Landesteil, wo es gar keine Großstadt gibt, zumal ja auch die Löhne der in der Nähe der Großstädte liegenden Gebiete von den großstädtischen Verhältnissen beeinflußt werden.

Die Feststellungen über die Arbeitszeit erstrecken sich über 1814 Lohngebiete, wovon 1808 Angaben über die Maurer und 832 Angaben über die Hilfsarbeiter vorliegen. Als kürzeste tägliche Arbeitszeit wurden 8 Stunden festgestellt, deren sich aber nur Spezialarbeiter erfreuten; als längste tägliche Arbeitszeit wurden in 2 Lohngebieten 12 Stunden festgestellt. Die Länge der täglichen Arbeitszeit für Maurer und Bauhilfsarbeiter (ohne Spezialarbeiter) ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Tägliche Arbeitszeit	Maurer insgesamt	Maurer pZt.	Hilfsarbeiter insgesamt	Hilfsarbeiter pZt.
von 9 Stunden	28503	13,92	24129	20,89
„ 9½ „	17936	8,75	13415	11,33
„ 10 „	137912	67,34	78644	66,47
„ 10½ „	6061	2,96	151	0,12
„ 11 „	14229	6,95	2004	1,69
über 11 „	173	0,08	—	—
Insgesamt...	204814	100,00	118343	100,00

Für rund zwei Drittel der Maurer und Bauhilfsarbeiter betrug demnach im Jahre 1910 die Arbeitszeit 10 Stunden, für einen größeren Rest 9 und 9½ Stunden und für einen kleineren Rest über 10 Stunden täglich. Nimmt man die wöchentliche Arbeitszeit, dann ist das Verhältnis insofern noch etwas günstiger, als in einzelnen Lohngebieten zwar die tägliche Arbeitszeit 10 oder 9½ Stunden ist, aber am Sonnabend ein früherer Arbeitsschluß oder am Montag ein späterer Arbeitsbeginn eintritt. Auffällig ist, daß die Bauhilfsarbeiter einen höheren Prozentsatz mit neun- und neuneinhalbstündiger Arbeitszeit haben als die Maurer. Das erklärt sich jedoch daraus, daß die Bauhilfsarbeiter in der ersten Ortsgrößenklasse, die für die kurze Arbeitszeit hauptsächlich in Frage kommt, 62 pZt. ihrer Berufsangehörigen haben, während es bei den Maurern nur 40,3 pZt. sind. Am günstigsten ist auch die Arbeitszeit wieder für die Arbeiter Schleswig-Holsteins mit Hamburg und Lübeck. 85,2 pZt. der dort von der Statistik erfaßten Arbeiter hatten eine kürzere und nur 0,1 pZt. eine längere als die zehnstündige Arbeitszeit. Eine Arbeitszeit von weniger als 10 Stunden hatten ferner: in der Provinz Brandenburg 63,9 pZt., im Königreich Sachsen 40 pZt., in Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen 36,1 pZt., in Bayern 25,3 pZt., in der Rheinprovinz 22,4 pZt., in Pommern 16,9 pZt., in Schlesien 16,1 pZt., in der Provinz Sachsen und Anhalt 10,4 pZt. und in den thüringischen Staaten 4 pZt. In den übrigen Landesteilen hatten die Maurer und Bauhilfsarbeiter 1910 noch keine kürzere als die zehnstündige Arbeitszeit.

Für 2177 Spezialarbeiter betrug die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden, für 2106 8½ Stunden, für 80 8¾ Stunden; 4867 Spezialarbeiter arbeiteten täglich 9 Stunden, 530 täglich 9¼ Stunden, 74 9¾ Stunden, 2952 hatten die zehnstündige und 432 die elfstündige Arbeitszeit.

Konzentration des Bankwesens.

Eine ähnliche Entwicklung wie die Deutsche Bank haben auch die andern großen Banken aufzuweisen. Neben der Deutschen Bank hatten auch die Dresdner Bank und die Diskonto-Gesellschaft ihre Kapitalien auf 200 Millionen Mark erhöhen können, die Bank für Handel und Industrie kam auf 160 Millionen Mark, der A. Schaaffhausensche Bankverein auf 145 Millionen Mark, die Berliner Handelsgesellschaft auf 110 Millionen Mark. Nachdem das niedergeschrieben war, hat die Deutsche Bank eine neue große Kapitalserhöhung ins Auge gefaßt; andere Großbanken dürften ihr folgen oder ein engeres Zusammenwirken ins Auge fassen. Diese sechs Banken haben sich über die andern Banken erhoben. Die Zahl der großen Banken mindert sich immer mehr, es ist eine Entwicklung, die wir auch in andern Wirtschaftsgebieten beobachten, die aber in Deutschland besonders stark in Erscheinung tritt, aber in ihrer vollen Schärfe nicht gut darzustellen ist. Zu wenig durchsichtig sind eben die Beziehungen zu Tochter- und Enkelgesellschaften sowie zu andern Gesellschaften, deren maßgebender Aktienbesitz und Verwaltung in die Hände der großen Banken übergegangen ist. Aber es ist sehr wohl bekannt, daß die großen Banken heute auf fast alle kleineren und mittleren Banken, ja auf manche sehr bedeutende Banken überragenden Einfluß haben, so daß neben ihnen nur ganz wenige Banken selbständig vorerst noch weiter bestehen können.

Für Ende Oktober 1911 berechnet Rießer das Aktienkapital der Gruppe der Deutschen Bank mit über 691 Millionen Mark Aktienkapital und mit 238 Millionen Mark Reserven, so daß sich da ein Kapital von annähernd 930 Millionen Mark konzentriert. Rechnet man die „befreundeten Banken" hinzu, so erhöhen sich die Aktienkapitalien um 272 Millionen Mark, die Reserven um annähernd 65 Millionen Mark, so daß uns eine Gesamtkapitalmacht von ℳ 1 266 380 954 entgegentritt. Die Gruppe der Diskontogesellschaft wird von Rießer zur gleichen Zeit mit Einschluß der Reserven auf rund 663 Millionen Mark berechnet. Es mag dabei festgestellt werden, daß in der Gruppe der Deutschen Bank einzelne Banken mit riesigen Aktienkapitalien und Reserven, so von 103 Millionen, von 55½ Millionen, von über 95 Millionen, ja von 173½ Millionen Mark einbegriffen sind. In der Gruppe der Diskontogesellschaft haben wir Banken mit Aktienkapitalien und Reserven von 128 Millionen Mark, 89 Millionen Mark, 64 Millionen Mark, 41 Millionen Mark; in der Gruppe der Dresdner Bank finden wir eine Vereinigung von bloß 321⅓ Millionen Mark, in der Darmstädter Bank von rund 261 Millionen Mark, im Schaaffhausenschen Bankverein von rund 210 Millionen Mark. Diese fünf Gruppen umfassen als Aktienkapital und Reserven, aber ohne die fremden Gelder, mit denen diese Gesellschaften arbeiten, rund 2721 Millionen Mark, wovon 2112 Millionen Mark Aktienkapital und rund 608 Millionen Mark Reserven sind.

Wir sehen also hier eine gewaltige Entwicklung zu höchster Kapitalmacht, einerseits eine örtliche Konzentration in Berlin, anderseits eine Kapital- und Machtkonzentration durch Kapitalserhöhungen, durch Angliederung von Banken und Privatbankgeschäften, durch Schaffung dauernder Interessengemeinschaften, und zwar durch Gründung von Tochter- und Enkelgesellschaften, durch Erwerb von Aktien, durch Verträge und Aktienaustausch. Auf indirektem Wege wuchs die Macht und Kapitalkonzentration durch die Dezentralisation der Betriebe, durch Begründung von Kommanditen, das heißt von Beteiligungen an andern Unternehmungen, wie durch Schaffung von eigenen Filialen, Agenturen und Depositenkassen und solchen der abhängigen Banken.

Außerdem gibt es noch mannigfache und sich immer von neuem bildende Interessenkonzentrationen, so Vereinigungen großer Unternehmungen zu verschiedenen Zwecken, zur Durchführung großer Anleihen (Konsortialgeschäfte), zur Ermöglichung großer Umwandlungen privater Unternehmungen in Aktiengesellschaften, zur Gewährung außerordentlicher Kredite, zur Verhinderung mannigfacher Risiken, zum gemeinsamen sonstigen Zusammenwirken für verschiedenartige Geschäfte. Auf diese Weise ergeben sich neue Konzentrationen, an denen sich kleinere und mittlere Banken nicht beteiligen können. Auch sie können neue Voraussetzungen schaffen zu größeren Vereinigungen, zu höheren Fusionen, vielleicht zuletzt zu einer Zusammenfassung aller Riesenunternehmungen. Freilich ist ein Versuch dieser Art, vielleicht weil vorzeitig gemacht, mißlungen und wieder rückgängig gemacht worden: die Vereinigung der Dresdner Bank mit dem Schaaffhausenschen Bankverein, aber im Februar 1914 schwebten Verhandlungen zwischen dem Schaaffhausenschen Bankverein und der Diskontogesellschaft zur Herbeiführung eines engen Aneinanderschlusses, um die Wirkung der geplanten Kapitalsvermehrung der übermächtig werdenden Deutschen Bank auf die konkurrierenden Großbanken auszugleichen.

Immer seltener wird der Fall, daß sich die Banken auf gewisse Interessengruppen spezialisieren, immer häufiger wird der Fall, daß diese Spezialisierung durch die Schaffung von Tochter- und Enkelgesellschaften geschieht, die im engsten Zusammenhange mit der Mutterbank bleiben und dabei vielfach in alle möglichen andern Geschäfte hinausgreifen, während die Mutterbanken in ihrem kapitalistischen Ausdehnungstriebe ihre Geschäfte nach Tätigkeitsarten wie nach Ländern und Orten immer weiter auszudehnen suchen und weit über die Grenzen des eigenen Landes wirken. Die Darmstädter Bank oder die Dresdner Bank haben heute in London oder in München größere Interessen als in Darmstadt oder in Dresden. Die Deutsche Bank hatte schon im Jahre 1873 Filialen in London, in den vorangegangenen Jahren in Hamburg und Berlin gegründet, dann schuf sie mit andern die Deutsche überseeische Bank, die jetzt 23 Filialen in Spanien, Brasilien, in Chile, in Argentinien, in Peru, Bolivia und Uruguay hat. Die mexikanische Filiale wurde in eine Mexikanische Bank für Handel und Industrie verwandelt, für die Geschäftsbeziehungen der Türkei wurde in Gemeinschaft mit der Dresdner und andern Banken die Anatolische Eisenbahngesellschaft und die Betriebsgesellschaft der Orientalischen Eisenbahnen geschaffen, mit Nordamerika hat die Deutsche Bank sehr

Soziale Zustände unter der Standes- und Klassenherrschaft.

Von Karl Frohme.

IV.

Soziales Wesen des jüdischen Volkes. Kampf der Propheten gegen die soziale Zerrüttung.

Das letzte der orientalischen Völker, auf das wir einen Blick zu werfen haben, ist das der Juden. Nach der Bibel hat Moses ihm nicht allein seine Religion, sondern auch die Grundlagen seiner politischen Verfassung und Sozialordnung gegeben. Diesem Gesetzgeber schreibt man die Teilung des Volkes Israel in zwölf Stämme, benannt nach den zwölf Söhnen Jakobs zu. Jeder dieser Stämme zerfiel wieder in Geschlechter und Häupter-Familien und hatte ein Oberhaupt. Aus diesen Stammhäuptern und siebzig Familienhäuptern setzte sich ein Rat der Alten zusammen. Ein Kastenwesen gab es nicht; abgesehen davon, daß die Leviten einen bevorzugten Stamm bildeten, dem man als Stammvater Levi, den Sohn Jakobs, gab, von dem Moses und Aaron herkamen. Sie nahmen für sich das Vorrecht der Pflege der Gelehrsamkeit und die Leitung der Staatsangelegenheiten in Anspruch. Aus diesem Stamm allein ging die in Klassen und Abteilungen geschiedene Priesterschaft und deren Oberhaupt, der Hohepriester, hervor, der ursprünglich eine staatliche Machtstellung, die höher war als die des Königs, inne hatte. Nach dem Gesetz war es Pflicht der arbeitenden Volksmasse, die Priesterschaft durch Zehnten und sonstige Abgaben zu unterhalten. Die Priester hatten ein Anrecht auf die Erstgeburt von allem Lebenden; dem Gesetz nach war sogar das älteste Kind jeder Familie durch Geburt dazu bestimmt, Knecht der Priester zu sein; durch Loskauf konnten die Eltern es vor dieser Knechtschaft behüten.

Obwohl der Gott der Israeliten, Jehova, dem Begriff eines uneingeschränkten, despotischen orientalischen Herrschers entsprach und nicht selten als ein furchtbar grausames und ungerechtes Wesen erscheint, der zorn- und racheerfüllt im Geiste echt orientalischer Barbarei verfährt, hätte es nach dem mosaischen Gesetz Knechtschaft und Unterdrückung, Vergewaltigung, scharfe soziale Unterschiede und Gegensätze nicht geben dürfen. Denn dieses Gesetz, dem göttlicher Ursprung beigemessen wurde, machte den Kindern Israels zur Pflicht, den Nächsten zu lieben wie sich selbst, ihm nicht unrecht zu tun. Das „gelobte Land", das dem „auserwählten Volke" von Gott selbst gegeben worden, war an die zwölf Stämme und von diesen an die einzelnen Familien verteilt worden. Als Generalbesitzer des gesamten Bodens jedoch galt Jehova. Niemand sollte ein Stamm- oder Familiengut, oder ein Haus auf dem Lande veräußern dürfen, nur mit Häusern in der Stadt durfte eine Veräußerung vorgenommen werden. Waren erstere doch verkauft worden, so mußten sie in dem alle sieben mal sieben Jahre wiederkehrenden Jobal- oder Sabbathjahre dem früheren Besitzer oder dessen Geschlechte durch Wiederverkauf zurückgegeben werden. Das siebte Jahr war stets ein Brachjahr, während dessen man die Aecker nicht bestellte, sondern sich erholen ließ. Was da der Acker selbst hervorbrachte, war für jedermann, selbst für Fremdlinge. Auch war empfohlen, den Armen bei jeder Ernte die Nachlese zu gestatten und sie teilnehmen zu lassen an den Zehntemahlzeiten.

Uebrigens gestattete das Gesetz die Sklaverei. Zu Sklaven wurden nicht nur Kriegsgefangene. Der Jude konnte sich selbst in die Knechtschaft verkaufen, und oft geschah es, daß Arme das taten, um der äußersten Not zu entgehen. Schuldner, die nicht zahlen konnten und auch nichts besaßen, woran der Gläubiger sich hätte durch Pfändung entschädigen können, wurden dessen Sklaven. In jedem Brach- oder Sabbathjahr jedoch mußten die Sklaven freigegeben werden; sie erhielten sodann, wenn sie nicht während der Dauer der Abhängigkeit Eigentum erworben hatten, was sie konnten, zur Begründung einer Wirtschaft Vieh, Getreide usw.

Alle die Einrichtungen jedoch, die darauf berechnet erschienen, den Gegensatz von Armut und Reichtum wenigstens einigermaßen auszugleichen, erfüllten diesen Zweck nicht. Eine geradezu unheilvolle Begünstigung der Besitzübermacht war mit dem Erbrecht gegeben. Dieses sprach dem Erstgeborenen den doppelten Teil zu und es schuf damit eine viel größere Kluft zwischen Reich und Arm, als auf den ersten Blick scheinen könnte. Geradezu zerrüttend mußte dieses Erbrecht wirken unter dem Einfluß der Bevölkerungszunahme und der daraus sich ergebenden Verringerung des Wertes der Arbeitskraft. „Der Reiche wurde reicher durch des Armen Fleiß; um seinen Reichtum zu vermehren, vermehrte er also die Zahl seiner Knechte. . . . . Der Reiche fühlte sich und wurde stolz. Er fing an, die Werkzeuge seines Glücks mit Werkzeugen seines Willens zu verwechseln. Die Arbeit vieler kam ihm, dem einzigen, zugute; also schloß er, diese vielen seien des einzigen wegen da." (Schiller: Etwas über die erste Menschengesellschaft nach dem Leitfaden der mosaischen Urkunde.)

So griff auch im jüdischen Volke ein Zustand tiefer sozialer Zerrüttung, eine unheilvolle Standes- und Klassenherrschaft um sich. In erster Linie mit die traurigen Sozialzustände waren es, die den Propheten („göttliche Demagogen" hat sie Herder genannt) Anlaß gaben, erschütternde Straf- und Mahnreden an die Herrschenden und das Volk zu richten. So vor allem Jesaia. Der „Brut der Bösewichter", den „Sodomsfürsten" sagt er: „Eure Hände sind voll Blut. Reiniget euch; schafft eure bösen Werke mir aus den Augen, höret auf zu freveln, lernet Gutes tun, trachtet nach Recht, schaffet der Waise Recht, führet die Sache der Witwe." Dem Volke der Unterdrückten und Armen sagt er: „Mein Volk, [illegible]

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6 mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 410249 4400 münster roxel

lebhafte geschäftliche Beziehungen. Sie war an einem Neuyorker Bankhaus stark beteiligt; nachdem sie diese Verbindung gelöst hatte, gründete sie die Deutsch-Amerikanische Treuhandgesellschaft, dann die Bank für Orientalische Eisenbahnen in Zürich. Ebenso wie an dieser, beteiligte sie sich an der banca commerciale italiana, an der Deutsch-Atlantischen, Osteuropäischen und Deutsch-Mittelländischen Telegraphengesellschaft, an den Norddeutschen Seekabelwerken, an der Südamerikanischen Telegraphengesellschaft, an der Schantung-Bergbau- und Eisenbahngesellschaft. Im Verein mit vielen andern Banken schuf sie die Kaiserlich Ottomanische Gesellschaft der Bagdadbahn; auch in den Kolonien betätigte sie sich, so bei der Ostafrikanischen Gesellschaft, an der Deutsch-Ostafrikanischen Bank, dann weiter an der Zentral-Amerika-Bank usw. An zahlreichen Unternehmungen im Auslande, auch an Südafrikanischen Minengeschäften ist die Deutsche Bank beteiligt.

Alle andern Großbanken folgten dem Beispiel der Deutschen Bank hinsichtlich der Entwicklung und Ausdehnung ausländischer und überseeischer Beziehungen. So erkennt man, wie gewaltig diese Banken wirken, wie sie zu weltbeherrschender Stellung wachsen, wie sie mit allen Kapitalmächten in Europa und in überseeischen Gebieten zusammenwirken und zu höchster Machtentfaltung gelangen. Das im einzelnen hier zu verfolgen, ist nicht möglich, aber das, was wir im schnellen Ueberblick über die Bedeutung der Deutschen Bank angeführt haben, läßt uns schon die gewaltige Konzentration der Kapitalmacht durch die große Bank wie innerhalb der großen Bank ahnen. Der ins weiteste hinausgreifende Ausdehnungstrieb dieser höchsten kapitalistischen Gebilde veranlaßt in allen Ländern Kapitalanlagen. In vor kurzem gänzlich unkultivierte Gebiete wird mit der größten Kapitalmacht eingegriffen, dort wird auf das höchste revolutionierend, sprunghaft umgestaltend eingewirkt; durch Jahrtausende ruhende Verhältnisse werden in rascheste Bewegung und in gründlichste Umwandlung gebracht.

Hier sehen wir die internationale Bedeutung des großen Kapitalismus in lebendigster und eindringlichster Gestalt uns entgegentreten. Kehren wir aber nun von diesen weltwirtschaftlichen Wirkungen des konzentrierten Bankkapitalismus zurück in das Heimatland dieser großen Banken und sehen wir, wie sie hier auf die heimische Industrie mächtig umgestaltend einwirken mit regem Bemühen, immer kräftiger in dieser Richtung einzuwirken.

Ein christliches Flugblatt.

Der Vorstand des christlichen Bauarbeiterverbandes hat jetzt eine kleine Broschüre herausgegeben, in der er versucht, die unlautere Agitationsweise seiner Verbandsfunktionäre abzuleugnen und die Schuld an dem jetzigen Streit unserm Vorstand in die Schuhe zu schieben. Wer die christliche Art, zu polemisieren, kennt, der weiß, daß das Schriftchen an der Spitze die Worte trägt: „Ich, der Christ, sage die lautere Wahrheit; mein Gegner aber sagt stets die Unwahrheit." Wer über Menschenkenntnis verfügt, der weiß aber auch, daß er bei Biedermännern, die uns bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit frommem Augenaufschlag versichern, daß sie die Wahrheit sagen, besonders aufpassen muß, wenn er die Wahrheit von der Lüge unterscheiden will. Wir haben in Nr. 17 des „Grundstein" bereits eine kleine Probe dieser fanatischen christlichen Wahrheitsliebe gegeben und wir sind zu unserm Bedauern gezwungen, dies in diesem Artikel nochmals zu tun.

In dem christlichen Flugblatt wird unsere Behauptung, daß die christlichen Agitatoren die bei uns eingetretene Beitragserhöhung benutzt hätten, um auf den Mitgliederfang zu gehen, als eine Unwahrheit bezeichnet. Wir glauben schon durch unsere bisherigen Veröffentlichungen gezeigt zu haben, daß die Unwahrheit auf christlicher Seite ist. Die „Baugewerkschaft" behauptete, daß die christlichen Funktionäre auf einer Konferenz beschlossen hätten, die Beitragserhöhung und die Arbeitslosenunterstützung des Deutschen Bauarbeiterverbandes unter keinen Umständen agitatorisch gegen diesen auszunutzen. Wir bezweifeln nicht, daß ein derartiger Beschluß gefaßt wurde, müssen aber nochmals feststellen, daß der Beschluß von niemand, anscheinend nicht einmal von Mitgliedern des christlichen Verbandsvorstandes, befolgt wurde. Vor uns liegen christliche Flugblätter und Versammlungsberichte aus Zentrumsblättern, aus denen das Gegenteil von dem hervorgeht, was der angebliche Konferenzbeschluß wollte. Wir können hier den Inhalt dieser Kundgebungen nur auszugsweise wiedergeben. In einem christlichen Flugblatt finden sich folgende Sätze:

„Werter Kollege! Der sozialdemokratische Bauarbeiterverband hat auf seiner letzten Generalversammlung die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Die Beiträge werden folgedessen überall um 15 bis 20 ₰ erhöht. Auch werden statt 40 Wochenbeiträgen in der roten Organisation jetzt 44 Wochen erhoben. Der sozialdemokratische Zimmererverband erhebt bekanntlich schon seit Jahren einen Wochenbeitrag von ℳ 1,20. Es besteht im roten Bauarbeiterverbande große Unzufriedenheit und befürchtet man, daß viele Mitglieder zu uns übertreten werden. . . . . Unser Zentralvorstandsitzender Wiedeberg sagte noch in den letzten Tagen, erst dann wird die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, wenn sie von den Mitgliedern gewünscht wird. . . . . Es gibt noch sehr viele Bauarbeiter, welche in den sozialdemokratischen Verbänden organisiert sind, aber ihrer Gesinnung nach zu uns gehören. Ihr seid dafür da, denen einmal plausibel zu machen, daß in unserm Verband ihre wirtschaftlichen Interessen mindestens sogut vertreten werden als in den roten Verbänden, ohne daß ihre religiöse Ueberzeugung leidet."

Dies Flugblatt wurde wenige Tage nach jener Konferenz herausgegeben, und zwar von einem christlichen Beamten, der an der Konferenz teilnahm. Im Anschluß an diese Konferenz hielten der Vorsitzende des christlichen Verbandes, Wiedeberg, und der Redakteur Becker eine Anzahl Versammlungen ab, in denen sie sich fast ausschließlich mit dem Deutschen Bauarbeiterverband und der sozialdemokratischen Partei befaßten. In einem Versammlungsbericht heißt es: „. . . Hinzugefügt wurde, daß die christliche Organisation im Unterstützungswesen dem sozialdemokratischen Verbande ebenbürtig sei. Um diesem die Mitglieder abzutreiben, sei als Trumpf die Beitragshöhe anzuführen." Und in einem andern Versammlungsbericht heißt es: „Durch seine (des Bauarbeiterverbandes) jetzt in Kraft getretene Beitragserhöhung und Extrabeiträge hat er Mitglieder verloren. Diese sind teilweise zum christlichen Bauarbeiterverband übergetreten." Wenn wir diesem Treiben hätten ruhig zusehen wollen, dann würden unsere Kollegen dies mit Recht für ein Zeichen der Schwäche gehalten haben. Im übrigen wollen wir daran erinnern, daß, als die Zimmerer ihre Arbeitslosenunterstützung einführten, der christliche Verband das gleiche Verfahren übte wie jetzt gegen uns.

Doch nun wieder zu dem christlichen Flugblatt. In diesem wird wieder die Behauptung aufgestellt, unser Verband befände sich in einer inneren Krise. Wir haben schon einmal gesagt, daß wir den Wunsch haben, die jetzige „Krise" möchte anhalten, denn wir freuen uns, wenn der Verband durchschnittlich jede Woche um 1000 Mitglieder zunimmt. Aber beim christlichen Verband ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Seine Leiter haben den lebhaften Wunsch, daß uns die Mitglieder unseres Verbandes untreu werden möchten, obwohl sie wissen, daß dies ein schwerer Schaden für die gesamte Bauarbeiterschaft wäre. Sie geben aber auch vor, die Gründe der „Krise" zu wissen: 1. Die Gehaltsregulierung für die Verbandsangestellten und 2. die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die damit verbundene Beitragserhöhung. Sie teilen denn auch in ihrer Flugschrift der staunenden Bauarbeiterschaft mit, wieviel unsere Angestellten verdienen, das heißt verdienen können, wenn sie bis zur Erreichung des Höchstgehalts in ihrer Stellung bleiben. Nebenbei gesagt ist noch ein kleiner Fehler in der christlichen Aufstellung enthalten. Nachdem man dann rund eine Seite über die Gehälter in unserm Verband geschwafelt hat, kommt ein recht jesuitischer Satz: „Es liegt uns absolut fern, über die Gehälter der Angestellten des Deutschen Bauarbeiterverbandes auch nur ein Wort zu verlieren." Wozu dann eine Seite vollschmieren, wenn man „kein Wort" verlieren will? Nun, man hofft durch diese Angaben die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes in die Erregung hineinhetzen zu können, die zur Erreichung der christlichen Zwecke gebraucht wird.

Aber in dieser Hoffnung hat sich der Vorstand des christlichen Verbandes gründlich getäuscht. So dumm ist kein Mitglied unseres Verbandes, daß es den Zentrumsfuchs nicht hinterm Zaun bemerkte. Warum teilt denn der christliche Verbandsvorstand nicht mit, wieviel die Angestellten im christlichen Bauarbeiterverband bekommen? Wir wollen einmal einen Vergleich ziehen zwischen den persönlichen Verwaltungs- und Agitationskosten bei unserer Zentralverwaltung und unsern Bezirksleitungen und denen des christlichen Bauarbeiterverbandes. Das Ergebnis sieht so aus: Im Jahre 1911 betrugen die Unkosten für beide Posten pro Mitglied im Deutschen Bauarbeiterverband ℳ 1,22 und im christlichen Verband ℳ 3,56. Im Jahre 1912 betrugen sie im Deutschen Bauarbeiterverband ℳ 1,07 und im christlichen Verband ℳ 3,41. Für das Jahr 1913 ist ein Vergleich nicht möglich, weil die Abrechnung des christlichen Bauarbeiterverbandes bisher nicht veröffentlicht wurde. Es ist das erste Jahr, in dem die erhöhten Löhne für die Angestellten gezahlt wurden; dabei gingen die auf das einzelne Mitglied entfallenden Kosten für Agitation und persönliche Verwaltung auf ℳ 1,03 herab! Wir bedauern, daß es uns nicht möglich ist, auch zwischen unsern

---

Führer leiten dich irre, und den Weg, den du wandelst, verderben sie. Jehova geht ins Gericht mit den Aeltesten seines Volkes und seinen Obersten." Der Prophet ruft Wehe über die Vornehmen und Reichen, die den Raub der Armen in ihren Häusern haben, das Volk zertreten, die Elenden aufreiben, die Haus an Haus reihen, Gut an Gut fügen, bis kein Platz mehr ist und sie allein im Land wohnen; wehe auch über die Schlemmer und Prasser, über die, die das Gute bös und die das Böse gut nennen, die den Frevler lossprechen gegen Bestechung und den Gerechten ihr Recht entziehen, vom Gerichte die Armen verdrängen, das Recht rauben den Elenden des Volkes, die Witwen ausbeuten und die Waisen berauben.

Wesentlich mit auf die Ueberwindung des Zustandes sozialer Ungerechtigkeit waren die mit der Prophetie des Jesaia beginnenden sogenannten messianischen Hoffnungen gerichtet. Eine sittliche und soziale Erneuerung, dem Volk zur Rettung, sollte kommen. Der Prophet läßt Jehova verkünden: „Zion wird durch Recht gerettet und seine Bekehrten durch Gerechtigkeit. Ich mache das Recht zur Richtschnur und die Gerechtigkeit zur Wage. . . Volk in Zion, du sollst nicht immer weinen."

Ein anderer der „großen Propheten", Jeremia, wendet sich ebenfalls mit schweren Anklagen gegen die Gewaltigen, die Großen, die Fürsten, die Priester, die da „herrschen in ihrem Amt". Wie der „arme unverständige Haufe" nichts weiß „von ihres Gottes Recht", so wissen auch die Gewaltigen nichts davon. Sie sind aller Sünden und Missetaten voll; kein Recht halten sie, die Armen unterdrücken sie und haften ihnen nicht zum Recht. Auf Gottes Gebot ruft der Prophet im Freijahr aus: Daß um eines neuen Bundes willen „ein jeglicher seinen Knecht und seine Magd, so Ebräer und Ebräerinnen wären, sollte freigeben; daß kein Jude den andern unter denselbigen leibeigen hätte." Die Herrschenden gehorchten zwar. „Aber darnach kehreten sie sich um und forderten die Knechte und Mägde wieder zu sich, die sie freigegeben hatten, und zwangen sie, daß sie Knechte und Mägde sein müßten." Zur Strafe dafür kündet Gott durch des Propheten Mund ihnen „ein Freijahr aus, zum Schwerte, zur Pestilenz, zum Hunger." Die Fürsten, die Kämmerer, die Priester, alle die Herrschenden im Lande, „die den Bund übertreten", sollen in ihrer Feinde Hand gegeben werden, „daß ihre Leichname den Vögeln unter dem Himmel und den Tieren auf Erden zur Speise werden."

In den Klagen, die der dritte der „großen Propheten", Hesekiel, über die Verderbtheit der Großen und Mächtigen sich ausläßt, ist zu lesen: „Siehe, die Fürsten in Israel, ein jeglicher ist mächtig, Blut zu vergießen. Vater und Mutter verachten sie, den Fremdlingen tun sie Gewalt und Unrecht, die Witwen und Waisen schinden sie. . . . Sie treiben Gräuel untereinander, Freund mit Freundes Weib; sie schänden mit allem Mutwillen; sie notzüchtigen ihre eigenen Schwestern. Sie nehmen Geschenke, auf daß sie Blut vergießen; sie wuchern und treiben ihren Geiz wider ihren Nächsten." Und schließlich ist die Rede von einer Aufteilung des Landes durch das Los nach Gottes Gebot. Die Priester und die Fürsten sollen ein fest bestimmtes Teil haben, damit sie nicht mehr dem Volke das Seine nehmen. Denn: „Ihr habt es lange genug gemacht; lasset ab vom Frevel und Gewalt und tut, was recht und gut ist."

Aehnliches ist zu lesen in den Büchern der übrigen Propheten. So bei Amos. Durch seinen Mund droht Gott, daß er Feuer schicken will in die Paläste der Mächtigen. Denn: „Sie verkaufen die Gerechtigkeit um Geld und die Armen um ein Paar Schuhe. Sie treten den Kopf der Armen in Kot und hindern den Weg der Elenden. Es schläft Sohn und Vater bei einer Dirne. Und bei allen Altären schlemmen sie von den verpfändeten Kleidern und trinken Wein in ihres Gottes Hause von den Gebüßten."

Der Prophet Micha spricht zu den Häuptern im weltlichen und geistlichen Stande: „Ihr solltet es billig sein, die das Recht halten. Aber ihr hasset das Gute und liebt das Arge. Ihr schindet ihnen (den Armen) die Haut ab und das Fleisch von den Beinen. Ihr fresset das Fleisch meines Volkes. Und wenn ihr ihnen die Haut abgezogen habt, zerbrechet ihr ihnen auch noch die Beine und zerleget es wie Fleisch in einen Kessel."

Mit Ausrottung bedroht der Prophet Zephanja die Herrschenden in Jerusalem, „der schrecklichen, unflätigen, tyrannischen Stadt", deren Große brüllende Löwen, deren Richter Wölfe und deren Priester freventliche Verächter und Fälscher des Gesetzes sind. „Darum, spricht der Herr, will ich diese Leute ausrotten und ihre Schlösser verwüsten."

Auch das apokryphische „Buch Sirach" enthält Ermahnungen und Lehren zugunsten der Unterdrückten, der Armen und Elenden: „Laß den Armen nicht Not leiden und sei nicht hart gegen den Dürftigen. Betrübe ihn nicht in seiner Armut. Die Bitte des Elenden schlage nicht ab. Errette den, dem Gewalt geschieht, von dem, der ihm Unrecht tut." Die Armen werden gewarnt vor Gemeinschaft mit den Reichen: „Geselle dich nicht zum Gewaltigen und Reichen, du ladest sonst eine schwere Last auf dich. . . . Der Reiche tut Unrecht und trotzet noch dazu, aber der Arme muß leiden und noch dazu danken. . . . Wie der Löwe das Wild frisset in der Heide, so fressen die Reichen die Armen."

Geh' deine Bahn!

Geh' deine Bahn, ob sich mit tausend Krallen
der blinde Haß an deine Fersen hängt,
ob die Verleumdung dich, geflob'n von allen,
bis an den Rand des tiefsten Abgrunds drängt.
Geh' deine Bahn! Du kannst, du darfst nicht fallen,
ob's deine Seele auch zusammenzwängt.
Kopf in die Höh'! Mit keinem Glied gezittert:
Geh' deine Bahn! Aufrecht und unerschüttert!

Greulich.

Zweigvereinen und den christlichen Verwaltungsstellen einen entsprechenden Vergleich zu ziehen, dann kann würde die Differenz noch größer sein. Nun fällt es uns nicht ein, zu sagen, wir wollen über die Verwaltungskosten des christlichen Verbandes kein Wort verlieren. Nein, wir wollen unsere Kollegen besonders auf diese Erscheinung hinweisen, weil wir darin den Beweis erblicken, daß auch bei den Arbeiterorganisationen der Großbetrieb billiger arbeitet als der Kleinbetrieb. Freilich, wenn wir „Arbeiten" wären, würden wir die Sache agitatorisch gegen die christliche Verbandsleitung ausnutzen. Weil wir dies aber nicht sind, deshalb lassen wir es genug sein an dem Hinweis, daß die christlichen Verbandsmitglieder alljährlich eine Erhöhung von zirka ℳ 2,50 dafür zahlen, daß sie sich zur Streikenzerschmetterung gebrauchen lassen.

In der christlichen Flugschrift wird weiter behauptet, daß die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1913 zweimal abgelehnt worden sei. Das ist insofern unwahr, als der Verbandstag in Jena prinzipiell für die Arbeitslosenunterstützung entschieden hat. Wenn der christliche Verbandsvorstand sich herausnimmt, die Einbringung der Vorlage „als ein Produkt persönlichen Ehrgeizes und eines herrschsüchtigen Neuerungsgeistes" zu bezeichnen, so ist das für uns ein Grund zu der Annahme, daß wir seine Intelligenz und sein Anpassungsgefühl bisher überschätzt haben. Wenn er in früheren Zeiten nur gelegentlich die Augen geöffnet hätte, dann müßte er, daß wir auch ohne die Vorlage des Vorstandes soviel Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung bekommen hätten, daß die Gefahr bestand, es würden Beschlüsse gefaßt werden, deren Tragweite niemand übersehen konnte. Im übrigen müßten wir dem christlichen Verbandsvorstand sagen, daß wir die offene Aussprache in wichtigen Organisationsangelegenheiten den christlichen Verwischungs- und Bemäntelungsbestrebungen vorziehen. Daß in einem christlichen Agitationsflugblatt die alten Geschichten über die Ursache der Arbeiterzerfleischung, über freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie, über die angebliche Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften usw. nicht fehlen, ist ebenso selbstverständlich, als daß in einem derartigen Flugblatt von dem „neutralen" christlichen Bauarbeiterverband gegen die politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse, die sozialdemokratische Partei, Sturm gelaufen wird. Das Stück nimmt sich aus, als wenn der Zaunkönig den Adler angreift.

Den Leistungen der beiden Verbände widmet der christliche Verbandsvorstand ein besonderes Kapitel. Er schreibt dazu: „Bisher war es nicht üblich, den Egoismus der deutschen Bauarbeiter durch marktschreierische Hinweise auf Unterstützungseinrichtungen herauszurufen." Wir können dazu nur sagen: Sehr richtig! Es wäre auch jetzt noch nicht so, wenn nicht Vertreter des christlichen Verbandes einen Hausierhandel mit niedrigeren Beiträgen und der ewigen Seligkeit begonnen hätten. Wir haben dann diesen niedrigen Beiträgen unsere höheren Leistungen gegenübergestellt, und da neige sich die Wage zu uns. Weil unsere Zahlen über die Unterstützungen unanfechtbar sind, versuchen man es auf andere Weise. Wir behaupteten, daß wir im Jahre 1912 pro Mitglied ℳ 3,14 an Unterstützungen (ohne Streikunterstützungen) ausgegeben hätten und der christliche Verband nur ℳ 1,70. Dazu sagt das christliche Flugblatt:

„Das wollen wir gelten lassen. Und doch hat der christliche Verband verhältnismäßig mehr geleistet als der sozialdemokratische. Hier der Beweis: Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter vereinnahmte 1912 von 43 691 Mitgliedern ℳ 1 026 042,20, pro Mitglied ℳ 23,48. Der Deutsche Bauarbeiterverband von 235 560 Mitgliedern ℳ 8 818 189,52, pro Mitglied ℳ 26,27. Letzterer also pro Mitglied ℳ 2,79 mehr als ersterer. Die Mehrleistungen an Unterstützungen betragen dagegen nur ℳ 1,98. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes haben für die ℳ 1,98, die sie mehr erhielten, als die des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter, auch ℳ 2,79 pro Kopf mehr Beitrag zahlen müssen. Jakob, Du hast zu laut geschrien!"

Dieser Beweis des christlichen Verbandsvorstandes ist köstlich. Die Sache sähe noch viel günstiger für ihn aus, wenn er die im christlichen Verband um ℳ 2,50 pro Jahr und Mitglied höheren persönlichen Verwaltungskosten hier mit eingerechnet hätte. Aber die Leser des Flugblattes werden doch fragen: Wo bleibt denn das Geld im Deutschen Bauarbeiterverband, wenn die Einnahmen um ℳ 2,79 höher und die Verwaltungskosten um ℳ 2,80 geringer sind, und dagegen nur ℳ 1,98 mehr an Unterstützungen ausbezahlt werden? Die Antwort hätte der christliche Verbandsvorstand geben können, aber davor hütete er sich wohlweislich; denn das Verbandsvermögen pro Mitglied betrug am Jahresschluß 1913 im christlichen Verband ℳ 34,70 und im Deutschen Bauarbeiterverband ℳ 57,67. Deshalb wir alljährlich bedeutend mehr für Streikunterstützung ausgeben müssen als der christliche Verband, geht die Steigerung des Verbandsvermögens bei unserem Verband doch viel schneller vor sich als beim christlichen. Bei uns beträgt die Steigerung des Vermögens in den letzten zwei Jahren pro Mitglied ℳ 21,97, beim christlichen Verband nur ℳ 1,20. Die Zahlen bedeuten, daß der Deutsche Bauarbeiterverband der Mitgliedern bedeutend mehr Sicherheit für die Erfüllung der statutarischen Verpflichtungen bietet, als der christliche Verband. Also, Jakob, Du hast zu früh gebrüllt!

In der Hoffnung, daß sich die Leute, denen die christliche Flugschrift in die Hand gegeben wird, nicht die Mühe des Nachrechnens machen werden, hat der christliche Verbandsvorstand dann eine Reihe von Tabellen aufgestellt, die den Beweis erbringen sollen, daß die Mitglieder des christlichen Verbandes bezüglich der Unterstützungen besser fahren als unsere Mitglieder. Wir erkennen an, daß man an dieses unchristliche Werk sehr viel christliche Mühe verschwendete. Da wir eine ganze Reihe Unterstützungen haben, die der christliche Verband noch nicht kennt, so hätte er sich schließlich die Mühe des Vergleichs sparen können. Aber er wollte ja zeigen, daß der christliche Verband mehr leistet, deshalb ist ihm dies trotz aller Anstrengungen verleidet gelungen.

Um die Schwierigkeit des Vergleichs zu zeigen, beginnen wir bei der Streikunterstützung. Wir haben sechs Beitragsklassen mit je fünf Unterklassen, also zusammen 30 Unterstützungsklassen. Der christliche Verband hat 13 Beitragsklassen mit je 7 Unterklassen, das sind zusammen 91 Unterstützungsklassen. Bei uns tritt bis zur zweijährigen Mitgliedschaft nur eine Steigerung des Unterstützungssatzes ein, im christlichen Verband drei. Das christliche Flugblatt vergleicht nun die Sätze nach einjähriger Mitgliedschaft. Es kommt dabei zu folgenden rechnerisch merkwürdigen Ergebnissen: Ein Mitglied, das bei ihnen pro Woche 59½ ₰ und pro Jahr ℳ 28,80 Beitrag zahlt, hat nach zweijähriger Mitgliedschaft Anspruch auf eine wöchentliche Streikunterstützung in Höhe von 27,81 pZt. seines gesamten Beitrages, auf 8,52 pZt. Krankenunterstützung und auf 218,48 pZt. Sterbeunterstützung. Dagegen hätte ein Kollege, der bei uns pro Woche 60 ₰ oder pro Jahr ℳ 28,40 Beitrag bezahlt, nur Anspruch auf 24,82 pZt. Streikunterstützung, auf 6,81 pZt. Krankenunterstützung und auf 79,54 pZt. Sterbeunterstützung. Unsere Arbeitslosenunterstützung und die andern Unterstützungen läßt das christliche Flugblatt wohlweislich außer Betracht.

Diese Art der Berechnung ist unsinnig. Wir könnten sie mit dem Witz abtun, daß unsere Mitglieder keinen Wert darauf legen, recht oft zu sterben und daß auch die Mitglieder des christlichen Verbandes nur einmal sterben. Wir wollen aber doch einmal zeigen, wohin der Unsinn in seiner Konsequenz führt. Also nach der bisherigen Rechnung hat das christliche Mitglied für 59½ ₰ wöchentlich 254,81 pZt. seines eingezahlten Beitrages an Unterstützung zu verlangen. Unser Kollege dagegen hätte für 60 ₰ wöchentlich nur 110,97 pZt. seines eingezahlten Beitrages an Unterstützungen zu verlangen. Das ist ein gewaltiger Unterschied, der allerdings darin seine Erklärung findet, daß der christliche Verband gern für die Toten sorgt und wir für die Lebenden. Wir halten es nicht für schlimm, wenn ein Pfarrer mal einen Kollegen umsonst begraben muß. Für schlimm halten wir es aber, wenn die lebenden Kollegen Hunger leiden müssen. Um diesen zu lindern, dazu haben wir die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. In dieser kann allerdings der Kollege, dessen Beitragsklasse wir als Beispiel wählten, für 48 Tage Unterstützung beziehen, insgesamt ℳ 43,20 innerhalb eines Jahres. Das sind 165 pZt. des gezahlten Beitrages; also mit den 110,97 pZt. hätten sie Anrecht auf 275,97 pZt. des Beitrages gegen 254 pZt. im christlichen Verband. Dazu kommt noch, daß man im christlichen Verband die 254 pZt. nur einmal erheben kann, während bei uns die Arbeitslosenunterstützung alljährlich zu erheben ist.

Im allgemeinen müssen wir von der Flugschrift sagen, daß wir selten ein Machwerk sahen, in dem man sich soviel Mühe gegeben hatte, die Wahrheit zu verbergen und die eigene Machtlosigkeit hinter der angeblichen Ohnmacht der Gegner zu verdecken. Wir könnten uns trotz unserer grundsätzlichen Gegnerschaft mit Achtung gegenüberstellen, wenn man im christlichen Bauarbeiterverband nicht in der von uns wiederholt kritisierten Weise die Agitation betriebe. Aber man hat dort seit Monaten auf den Moment gewartet, in dem man die angebliche Krise in unserm Verband für sich ausnutzen konnte. Und jetzt führt man seine Sache so, daß es geradezu lächerlich wirkt.

Das Koalitionsrecht in Deutschland.

Unter vorstehendem Titel erschien vor kurzem in der Vorwärts-Buchhandlung in Berlin ein Buch, das Dr. S. Nestriepke im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften verfaßte. Unsere Lesergemeinde werden weniges schon im Besitz des Werkes sein; wer es kaufen will, erfährt es im Buchhandel. Zum Preise von ℳ 1. Wir gehen in den nachstehenden Sätzen einen kurzen Ueberblick unser seinen Inhalt.

Unter dem Begriff Koalitionsfreiheit versteht man die Freiheit des einzelnen, sich mit andern zu vereinigen, um gemeinsame, gesetzlich erlaubte Ziele zu erreichen. Das Koalitionsrecht gibt dieser Freiheit die gesetzliche Sanktion. Es ist selbstverständlich, daß die wirtschaftlich schwachen und abhängigen Personen das größte Interesse an der Koalitionsfreiheit haben. In früheren Jahrhunderten bestand nicht nur die Koalitionsfreiheit, sondern es herrschte vielfach der Koalitionszwang; das heißt die in einem bestimmten Beruf tätigen Personen waren verpflichtet, der Innung, Zunft oder Gilde anzugehören. Der Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts hob die Koalitionsfreiheit zum großen Teil auf; er brachte sogar in vielen Fällen für die Arbeiter strenge Koalitionsverbote. In der neuen Zeit des Kapitalismus wurden aber diese Verbote bald zu einer unerträglichen Fessel. Der patriarchalische Charakter des Arbeitsverhältnisses ging verloren, die Ueberlegenheit des Kapitals über die Arbeiter wuchs ungeheuer und der Massenandrang der Arbeitsuchenden stieg beständig. Der Unwille der Arbeiter gegen die alte Bevormundung wuchs ebenfalls beständig, so daß es verhältnismäßig leicht war, den sogenannten liberalen Ideen von dem freien Spiel der Kräfte Geltung zu verschaffen. Obwohl die Revolution im Jahre 1848 vorübergehend die Vereinigungsfreiheit brachte, gingen später doch noch mehr als 20 Jahre ins Land, bis man für die deutschen gewerblichen Arbeiter das Koalitionsrecht schuf, dessen hauptsächlichste Bestimmungen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung enthalten.

Bei der Schaffung der Gewerbeordnung wurde unter den deutschen Arbeitern eine Zweiteilung vorgenommen, die sich bis heute erhalten hat. Der erste Teil, die gewerblichen Arbeiter, bekamen das Recht, sich zu wirtschaftlichen Zwecken zu vereinigen, dem zweiten Teil, den ländlichen Arbeitern und dem Gesinde, wurde das Recht versagt, durch Vereinigung ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern zu dürfen. Für sie blieben die alten Sondergesetze und Gesindeordnungen in Kraft. Ueber das Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter sagt der Verfasser des Buches: „In der Theorie kann nun die Frage aufgeworfen werden, ob solche Koalitionsbeschränkungen für landwirtschaftliche Arbeiter heute noch rechtsgültig sind. Wenn § 3 des preußischen Gesetzes vom Jahre 1854 sagt: Gefängnisstrafe haben die Knechte usw. zu gewärtigen, „welche die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden", so ist das augenscheinlich eine Nötigung, die hier unter Strafe gestellt wird. Aber auch das Reichsstrafgesetzbuch hat einen Absatz, der die Nötigung behandelt. Eine Anzahl von Paragraphen wendet sich zunächst gegen bestimmte Arten von Willenszwang. Abschließend folgen zwei, die ganz allgemein jede sonstige Nötigung mit Strafe bedrohen, sofern sie begangen wird durch die Androhung eines Vergehens oder Verbrechens. — Bei diesem Sachverhalt scheint es gewiß, daß hier das Delikt der „Nötigung" nach dem Willen des Gesetzgebers erschöpfend geregelt sein soll. Wenn aber, wie denn auch im Einführungsgesetz des Reichsstrafgesetzbuches ein entsprechender Hinweis steht, ein Reichsgesetz eine Materie erschöpfend behandelt, so treten alle entgegenstehenden Landesgesetze außer Kraft. Das würde bedeuten, daß jenes alte preußische Gesetz von 1854 und was ihm ähnlich sieht, keine Rechtsgültigkeit mehr beanspruchen kann; denn die Spezialparagraphen des Reichsstrafgesetzbuches bedrohen nirgends eine Nötigung durch Arbeitseinstellung, und mit den verallgemeinernden §§ 240 und 241 läßt sich das Gesetz von 1854 nicht vereinbaren, weil ja doch Arbeitseinstellung weder ein Vergehen noch ein Verbrechen ist.

Indessen: so überzeugend diese Theorie ist, in der Praxis hat sie sich keine Geltung verschafft. Die Gerichte haben bis auf den heutigen Tag jenes Gesetz von 1854 ihren Urteilen zugrunde gelegt: Reuß und Anhalt haben noch zu Anfang dieses Jahrhunderts für ihre Landarbeiter, unbekümmert um das Reichsstrafgesetzbuch, ähnliche Bestimmungen geschaffen, und die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches haben allen derartigen Paragraphen gewissermaßen eine neuerliche Sanktion gegeben, indem sie im § 24 des Reichsvereinsgesetzes von 1908 ausdrücklich betonten: „Unberührt bleiben von den Bestimmungen des Vereinsgesetzes die Vorschriften des Landrechts in bezug auf Verabredungen ländlicher Arbeiter und Dienstboten zur Einstellung und Verhinderung der Arbeit." So gehen denn noch auf Hunderttausenden von Arbeitern der also gesetzlicher Bestimmungen, die gar nicht mehr in unsere Zeit hineinpassen, und die den Weg zur materiellen und sittlichen Hebung dieser Arbeiterschichten sehr behindern, wenn nicht gar versperren." — Dabei sind die in Betracht kommenden Gesetze nicht einmal für das Gebiet des preußischen Staates gleich. Die Landarbeiter und das Gesinde in den alten preußischen Provinzen leben unter einem andern Rechtszustand als ihre Berufsgenossen in den Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau. — Außer den Landarbeitern und dem Gesinde gibt es noch eine ganze Reihe anderer Berufsgruppen, die von dem Koalitionsrecht der Gewerbeordnung nicht erfaßt werden.

mikrofilm service münster g. gutt KG essen + köln gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 41 07 49 4400 münster roxel

Die gewerblichen Arbeiter haben wohl die Koalitionsfreiheit, sind jedoch in ihrem Gebrauch durch gesetzliche Bestimmungen beschränkt. Wohl haben sie das Recht, einen Betrieb zu sperren, ein Unternehmen zu boykottieren und zu streiken, aber an Versuchen, ihnen bei der Wahrnehmung ihres Rechts Steine in den Weg zu rollen, haben es bisher die Behörden nicht fehlen lassen, die sie von Gesetzes wegen in ihrem Recht schützen sollten. Wie oft haben nicht die Polizeibehörden versucht, die Streikposten unmöglich zu machen, und wenn man einen Boykott sonst nicht hindern konnte, dann sah man ihn als groben Unfug an. Die Zahl der Rechtsverdrehungen ist so groß, daß ihre Aufzählung eine ganze Bibliothek füllen würde. Noch verworrener als die strafrechtliche Stellung der Arbeitervereinigungen ist ihre zivilrechtliche Stellung. Neben dem § 152 der Gewerbeordnung kommen eine ganze Reihe Paragraphen aus andern Gesetzen in Betracht, nach denen sie bald als juristische Person und bald nicht als juristische Person betrachtet werden; das heißt, sie können verklagt werden, können aber selbst nicht klagen. Durch das Labyrinth aller dieser Paragraphen führt uns der Verfasser des Buches.

Wesentlich einfacher als für die Arbeiter gestaltet sich das Koalitionsrecht für die Unternehmer. Die Unternehmer sind an sich bei der Bildung einer Koalition schon im Vorteil gegenüber den Arbeitern; denn: jeder Unternehmer ist schon eine Koalition für sich, sagte man bei der Beratung der Gewerbeordnung mit Recht. Hinzu kommt, daß der Bildung von Unternehmervereinigungen durch die Behörden aller mögliche Vorschub geleistet wird. Außerdem besteht schon vor dem Gesetz eine ungleichmäßige Behandlung. Landarbeiter und Gesinde haben nur ein sehr beschränktes Koalitionsrecht. Landwirtschaftliche Unternehmer und Herrschaften sind in ihrer Koalition nicht bloß unbeschränkt, sondern werden darin sogar von den Behörden auf gesetzliche und ungesetzliche Weise unterstützt. Für bestimmte Kleingewerbe hat man sogar Zwangsorganisationen geschaffen. Außerdem werden die Bundesgenossen der Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen, die Arbeitswilligen, in einer Weise „beschützt", daß der Schutz fürstlicher Personen dagegen reines Kinderspiel ist. Das Buch enthält in dieser Beziehung eine sehr wichtige Sammlung von Material. Die Maßnahmen zu ihrem „Schutz" und der zweifelhafte Charakter der meisten Streikbrecher sind an vielen Beispielen geschildert. In zwei Kapiteln wird das rigorose Vorgehen der Staatsgewalt gegen „terrorisierende" Arbeiter und die Untätigkeit der gleichen Staatsgewalt gegen terrorisierende Unternehmer geschildert. Den Schluß des Buches bildet eine Schilderung des Kampfes um das Koalitionsrecht von 1869 an bis zur Gegenwart. Ein Sachregister mit der Aufzählung aller zitierten Gerichtsentscheidungen schließt das Werk ab, dessen Studium wir allen Kollegen und vornehmlich denen, die in der Agitation tätig sind, sehr empfehlen können. Wer öfter in die Lage kommt, mit Gegnern polemisieren zu müssen, der wird an dem Buch ein wichtiges Hilfsmittel haben.

Aus dem Baugewerbe.

Enthüllungen über die Vergebung von Arbeiten bei Fortifikationswerken. — Bereicherung auf Kosten öffentlicher Mittel. — Zur Organisation der geheimen Ringe. — Abschluß der Tiefbaugesellschaft Habermann und Guckes in Kiel. — Der Bericht des Stahlwerksverbandes über regere Bautätigkeit. — Bericht des Kartells der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe Groß-Berlins. — Vereinigte Gerüst-Bau- und Leih-Anstalten Akt.-Ges. in Charlottenburg. — Erneuerung der Zementkartelle. — Preiserhöhungen für Zement und das Bauunternehmertum.

Während Unterbietungen normaler Preise bei Submissionen oft der großen Oeffentlichkeit als Submissionsblüten bekanntgegeben werden, erfährt sie nur selten etwas von Submissionen, mit deren Ergebnissen die beteiligten Bewerber außerordentlich zufrieden sind. Dabei handelt es sich in dem zweiten Falle häufig um nicht minder interessante Vorgänge, für deren Geheimhaltung die Interessenten aber gute Gründe haben. Geschürt wird das Geheimnis meist nur, wenn die Rauferei um die Beteiligung am Profit beginnt und die Geschäftsfreundschaft dabei in die Brüche geht. Bekommt der Bauer auch die Kuh nicht wieder, wenn die Spitzbuben sich zanken, so hört er doch bei dieser Gelegenheit wenigstens, wer ihm die Kuh genommen hat. In diesen Tagen veröffentlichte die „Post", das wilde Scharfmacherblatt, eine Zuschrift, die sich mit guten Submissionsresultaten befaßt. Darin werden folgende Kunstgriffe bei Submissionen erzählt:

„Seit Jahren wird im Reiche — hauptsächlich in Preußen — von einer Anzahl Firmen, die dem Vernehmen nach gar nicht in Preußen seßhaft sind, mithin dort auch keine Steuern zahlen, ein sehr eigenartige Gewerbe betrieben. Durch Zusammengehen von acht bis zehn Firmen — es handelt sich hier immer wieder um die gleichen Betriebe — werden die großen Objekte dem Staate andauernd derartig teuer gemacht, daß fast jede beschränkte oder öffentliche Verdingung zwei- oder dreimal aufgehoben werden muß, ehe eine Vergebung der Arbeiten erfolgen kann. Nachstehend einige typische Fälle: Es sind bei den Fortifikationswerken in Graudenz und Posen mehr wie eigenartige Machenschaften vorgekommen. Hier handelt es sich um Millionen. In Halle werden der Stadt die Arbeiten auf diese Art andauernd unverhältnismäßig teuer gemacht. Gleiches gilt von den Städten Hamburg, Barmen, Frankfurt a. M., Erfurt usw. Dieser Artikel soll vorläufig nur beziwecken, daß oben bezeichneten Firmen das Handwerk in Ruhe gelegt wird. Sollte das nicht gelingen, werden die in Frage stehenden Interessenten, die derartig unfaire Geschäfte grundsätzlich nicht mitmachen, Mittel und Wege finden, den benachteiligten Behörden sowie interessierten Unternehmern weiter die Augen zu öffnen."

Daß die „Post" ähnliche und noch kostspieligere Gepflogenheiten der Rüstungslieferanten liebevoller zu behandeln pflegt, mindert die Bedeutung ihrer Enthüllungen über die Machenschaften bei der Vergebung der Fortifikationsarbeiten nicht. Hoffentlich wird die Staatsverwaltung nicht erst darauf warten wollen, daß der Gewährsmann der „Post" sich veranlaßt sieht, mit weiterem Material herauszurücken; die bisher von ihm gemachten Andeutungen genügen vollauf, um eine Untersuchung der Vergebungen herbeizuführen. Sollten die Behörden diesen Weg noch nicht beschritten haben, so läge eine schwere Unterlassungssünde vor, für die es schlechterdings keine Entschuldigung gäbe. Wer die schweren Schädigungen durch sinnlose Unterbietungen bei öffentlichen Vergebungen verhindern will, muß ebenso entschieden gegen freche Ueberworteilungen bei Uebernahme öffentlicher Arbeiten eintreten, ganz abgesehen davon, daß Bereicherung auf Kosten öffentlicher Mittel als gemeinschädliches Treiben tatkräftig zu bekämpfen ist. Daß jene Kreise, die sich mit Vorliebe besonders laut als „staatserhaltend" bezeichnen, den Staat ungeniert glauben betrügen und bestehlen zu können, sollte dazu beitragen, das Verständnis dafür zu schärfen, daß gerade die Massen des Volkes, die von den „Staatserhaltenden" als vaterlandslos beschimpft werden, staatserhaltend denken und handeln, weil sie dem Staat die größtmögliche Macht einräumen, ihn zum Träger großer Wirtschaftsorganisationen und des öffentlichen Wohles machen wollen.

Geheime Vereinbarungen, durch die der Zweck von Ausschreibungen öffentlicher Arbeiten gänzlich hinfällig gemacht wird, sind zweifellos häufiger, als vielfach angenommen wird. Die geheimen Vereinbarungen laufen darauf hinaus, den Schein eines Wettbewerbes zu erwecken, während in Wirklichkeit die Angebote sorgfältig abgetönt sind, die Forderungen jedes Teilnehmers an der Submission vorher festgestellt werden. Damit geht Hand in Hand das Abkommen, daß die Firma, die die Arbeit übernimmt, den ausgeschalteten Freunden einen bestimmten Teil des Gewinnes zahlt. In einzelnen Fällen, die bekannt wurden, waren die so gezahlten Abstandssummen enorm. Es liegt auf der Hand, daß auf diese Weise für die Lieferungen und Arbeiten eine arge Verteuerung, die nur als Auswucherung bezeichnet werden kann, eintritt. Schon früher wiesen wir einmal darauf hin, daß nach einem Urteil des Reichsgerichts Vereinbarungen, die zwischen Konkurrenten aus Anlaß ihrer Beteiligung an einer Ausschreibung abgeschlossen werden, dann gegen die guten Sitten verstoßen, wenn der Zweck der Vereinbarung auf Täuschung des die Ausschreibung veranstaltenden Unternehmers gerichtet ist. Höchst verwunderlich ist es, daß die Behörden keine Mittel und Wege finden, zum Schutz der öffentlichen Kassen sich erfolgreich gegen diese Geheimkartelle zu wehren. Wenn sie nur einen Teil der Mühe aufbrächten, die sie aufwenden, um die Arbeiterorganisationen zu schikanieren, würden ihre Bemühungen sicherlich erfolgreicher sein.

Im Gegensatz zu den meisten Tiefbaugesellschaften, die selbst im Jahre 1913 bei ausgesprochener Krise vorzügliche Erträgnisse erzielten, ist bei der Aktiengesellschaft Habermann & Guckes in Kiel ein beträchtlicher Gewinnrückgang eingetreten. Die Gesellschaft sieht sich genötigt, die Dividende, die für das Jahr 1912 7 pZt. betrug, auf 4 pZt. zu ermäßigen. Sie gibt für das Minderergebnis in dem Geschäftsbericht folgende Begründung: Das abgelaufene Geschäftsjahr kann, was die Ausnutzung der Geräte anlangt, als befriedigend bezeichnet werden. Das Ergebnis hat jedoch den höheren Leistungen nicht entsprochen, was auf folgende Umstände zurückzuführen ist: Erhöhung der Unkosten, zum größten Teil bedingt durch Inanspruchnahme eines höheren Bankkredits bei teuren Geldverhältnissen. Nicht vorauszusehende schwierige Bodenverhältnisse bei einigen größeren Arbeiten, insbesondere bei der Naßbaggerung in Holtenau. Bei den übrigen Arbeiten im Kaiser-Wilhelm-Kanal, die sich jetzt ihrem Ende nähern, fällt die Erhöhung der Kohlenpreise seit dem Jahre 1912 zuungunsten der Gesellschaft ins Gewicht. Der Auftragsbestand für eigene Rechnung belief sich Anfang 1913 auf ℳ 5 836 325, wozu im abgelaufenen Geschäftsjahr für ℳ 4 994 998 (im Vorjahre ℳ 4 769 068) neue Arbeiten getreten sind, während die Leistungen an ausgeführten Arbeiten und Lieferungen ℳ 5 753 586 (im Vorjahre ℳ 4 247 609) betrugen, so daß in das neue Geschäftsjahr Aufträge von ℳ 5 077 737 übernommen werden konnten. Ueber die ferneren Aussichten schreibt die Verwaltung: „Im neuen Geschäftsjahr haben wir bereits außer kleineren Aufträgen die Herstellung des Hafenbeckens für den Westhafen von Berlin im Werte von 1¾ Millionen Mark erhalten, während wegen weiterer Arbeiten aussichtsreiche Unterhandlungen schweben, so daß auch im Jahre 1914 unsere Geräte voll beschäftigt sein werden."

Von dem Stahlwerksverband, der auch die Herstellung und den Vertrieb von Trägern regelt, berichtet, wird in dem Bericht für März eine unverkennbare Besserung des Trägergeschäfts konstatiert. Der Verband bemerkt, daß die Bautätigkeit nach den vorliegenden Berichten reger geworden ist. — Ueber die Lage des Baumarktes in Berlin wollen wir ergänzend einzelne Ausführungen aus dem Geschäftsbericht des Kartells der Arbeitgeberverbände in dem Baugewerbe Groß-Berlins hinzufügen. In den letzten Wochen, sagt der Bericht, hat es nicht an Propheten gefehlt, die dem Baugewerbe den Anbruch einer nahe bevorstehenden Hochkonjunktur in Aussicht gestellt haben. Hier darf man wohl sagen, daß der Wunsch der Vater des Gedankens war. Es wäre zwar töricht, wollte man die Symptome der nahenden Besserung verkennen. Gewiß ist die Verbilligung des Geldes ein sehr wirkungsvolles Stimulans, und wir können bei aller Vorsicht schon jetzt eine leichte, ganz leichte Belebung erkennen. Dennoch wird man klug daran tun, von dem laufenden Jahre noch keine wesentliche Besserung zu erwarten. Einmal ist die Ueberproduktion an Wohnungen und Geschäftsräumen in der Tat noch lange nicht überwunden und zum andern bestehen diese Ursachen, die den Niederbruch des Baugewerbes mitverschuldet haben, ungemindert weiter.

Im Zeichen der Baumarktkrise steht der Abschluß der Vereinigten Gerüstbau- und Leihanstalten Aktiengesellschaft in Charlottenburg. Die Gesellschaft, die im Jahre 1910 aus der Vereinigung mehrerer Gerüstbau- und Leihanstalten hervorging, hat seit ihrem Bestehen nur für das erste Jahr eine Dividende, und zwar von 5 pZt., verteilt; die beiden darauffolgenden Jahre blieben ebenso dividendenlos wie das Jahr 1913. Der letzte Abschluß ergibt einen Verlust von ℳ 31 151, um den sich die aus den Vorjahren übernommene Unterbilanz auf ℳ 88 678 erhöht. Nur etwa ein Drittel des Gerüstmaterials der Gesellschaft konnte im verflossenen Jahre nutzbar verwendet werden. Ueber das Geschäft im laufenden Jahre berichtete der Vorstand in der Generalversammlung, daß es sich gut angelassen habe. Wenn es so bleibt, dürfe man mit einer Beseitigung der Unterbilanz rechnen und auch Hoffnung auf gewinnreiche Jahre haben.

Erneuert wurde vor kurzem das Rheinisch-Westfälische Zementsyndikat. Im Zusammenhang damit wurde gleichzeitig ein Niederländisches Zementsyndikat gemeinsam mit dem Süddeutschen Syndikat, dem Belgischen Portland-Zementsyndikat, dem Englischen Zementkrust sowie der Norwegischen Zementvereinigung neugegründet, um den Zementabsatz des beteiligten Syndikats in den Niederlanden zu heben. Vor der Errichtung des Rheinisch-Westfälischen Zementsyndikats wurde von den beteiligten Kreisen wiederholt erklärt, daß eine Erhöhung der Preise nicht beabsichtigt sei. Kaum war jedoch die Gründung vollzogen, als auch schon beträchtliche Preiserhöhungen in Kraft traten. Wo früher infolge lebhafter Konkurrenz von Fabriken anderer Bezirke, mit denen jetzt gleichfalls Kartellverträge geschlossen wurden, die Preise gegen die früheren Kartellpreise herabgesetzt worden waren, ist nun mit einem Schlage das hohe Preisniveau wieder hergestellt worden. So beträgt zum Beispiel die Steigerung pro Doppelwagen für Cöln ℳ 31, für Düsseldorf ℳ 26, für Essen ℳ 7. Wegen der Scharfmachergemeinschaft der Zementkartelle mit den Unternehmerverbänden im Baugewerbe wird die schwere Belastung durch die hohen Zementpreise von dem Bauunternehmertum schweigend hingenommen.

Die Bergarbeiter.

Vor einigen Monaten erschien im Verlag von J. H. W. Dietz Nachfolger in Stuttgart der zweite Band von Otto Hués „Geschichte der Bergarbeiter". Preis broschiert ℳ 8, gebunden ℳ 9, in Halbfranz ℳ 10. Während der im Jahre 1910 erschienene erste Band dieser Geschichte des Bergbaues und der Bergarbeiter hauptsächlich die technische Entwicklung der Montanindustrie schildert, gibt uns der vorliegende zweite Band einen Ueberblick über die gesellschaftliche Entwicklung der direkt mit dem Bergbau in Verbindung stehenden Bevölkerungskreise. In dem ersten Teil des Buches wird die Proletarisierung der Bergarbeiter geschildert. Die gewaltigen Fortschritte der Technik brachten den Bergarbeitern keine Erleichterung, sondern eine Er-

schwerung ihres Loses. Die Dampfmaschine ermöglichte eine bedeutende Ausdehnung der Grubenbaue, aber sie ermöglichte auch die Herabdrückung der ehemals selbstbewußten und stolzen Knappen zu Lohnsklaven. Die Technik wurde einzig für den höheren Profit der Unternehmer ausgenutzt, während der Arbeiterschutz vernachlässigt wurde. So ist zum Beispiel die Einführung der „Sicherheitslampe" nicht der Besorgnis um das Leben der Arbeiter zuzuschreiben, sondern dem Umstand, daß man ohne eine derartige Lampe einfach die Kohlen in den tiefen und heißen Flözen, deren Strecken und Baue statt mit Luft mit Schlagwetter gas angefüllt sind, liegen lassen müßte.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es in Deutschland schon Kohlenschächte, die über 400 m tief waren. Der Kapitalismus strebte dahin, sich auszuleben; daran hinderte ihn aber das sogenannte Direktionssystem. Das heißt, die privaten Bergbauunternehmer standen unter staatlicher Kontrolle und Vormundschaft. Das paßte ihnen gar nicht und sie entfachten einen wahrhaften Petitionssturm, um sich dieser staatlichen Bevormundung zu entziehen. In jener Zeit waren die Vorfahren unserer heutigen Schlotjunker freisinnige Demokraten. Die unbeschränkte Bergbaufreiheit wurde für eine „nationale" Forderung erklärt. Im Jahre 1847 schrieb ein schlesischer Arzt Fürböter in einer Broschüre: „Die preußischen Gesetze gestatten keinen freien Bergbau und lassen hier das Prinzip der Gewerbefreiheit fallen. Die Gewerke müssen sich den Anordnungen der königlichen Beamten unweigerlich fügen; nicht etwa bloß in polizeilicher Hinsicht, sondern auch in der ganzen Art des Betriebs. Die königlichen Beamten bestimmen den Lohn und leiten das Ganze. Die Beamten empfangen einen königlichen Gehalt und haben durchaus keinen Nutzen von der Eröffnung einer neuen Grube; sie haben nur Arbeit, nur neue Mühen dadurch. Gäbe der Staat den Bergbau frei und behielte sich wie beim Ackerbau nur das Polizeiliche vor, so wäre unser goldenes Zeitalter nahe."

Inzwischen ist allerdings für die Kapitalisten das goldene Zeitalter eingetreten, während die Arbeiter noch recht weit davon entfernt sind. Heute schämt sich das Unternehmertum der Revolution von 1848, obwohl es den reichsten Gewinn aus dieser Revolution zog. In jener Zeit hatte das Bürgertum auch noch Grundsätze. In Dortmund hatte der „Konstitutionelle Klub" seinen Sitz, der die Demokratisierung der Staats- und Gemeindeeinrichtungen erstrebte. Er forderte: 1. Konstitutionelle Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage; 2. direkte Volkswahlen; 3. Freizügigkeit und völlige Rechtsgleichheit; 4. Volkswehr mit freier Wahl der Führer, Verminderung des stehenden Heeres; 5. freies Vereins- und Versammlungsrecht. Mit diesen Forderungen vergleiche man die Haltung unserer heutigen Bürgerlinge. Wenn diese Söhne demokratischer Väter ihren Herzenswünschen folgen dürften, dann würden sie jedenfalls fordern, daß jedem Heringsbändiger erlaubt wird, die Offiziersuniform zu tragen, und daß jeder „Arbeitgeber" alljährlich mindestens einen Orden bekommt. Bei den parlamentarischen Kämpfen zwischen den bürgerlichen Abgeordneten und der preußischen Regierung um die „Entfesselung" des Bergbaues führte ein Abgeordneter aus: „Es handelt sich um den fünfzigsten Teil der preußischen Nation, 320 000 Menschen leben von dem Berg- und Hüttenbetrieb. Diese schmachten im Elend, und das Elend ist gerade so schlimm wie das der Weber in Schlesien und Westfalen. Wenn nicht bald Hilfe kommt, so werden sie dem Hungertyphus verfallen." Inzwischen hat dieses Bürgertum nun bald 70 Jahre Zeit gehabt, seine Liebe zu den im Elend schmachtenden Berg- und Hüttenarbeitern praktisch wirken zu lassen. Das Ergebnis dieser bürgerlichen Arbeiterfürsorge besteht in einer millionenschweren Großbourgeoisie und in einem Arbeiterheer, das von 320 000 auf rund 1 000 000 angewachsen ist, dessen Elend aber nicht viel geringer ist als vor 70 Jahren. Die Hamsterinstinkte des Bürgertums ließen eine Minderung des Elends nicht zu, und die einst von ihm bekämpfte Bureaukratie der Ostelbier wurde sein Bundesgenosse und half ihm die Backentaschen füllen.

Daß diese Entwicklung nicht ohne Widerstand der Bergarbeiter vor sich gehen konnte, ist selbstverständlich; denn die Knappen halten seit alten Zeiten besondere Rechte vor vielen andern Arbeitern, die sie jetzt schützen wollten. Der Korpsgeist war in ihnen schon früh vorhanden; dazu trug viel der Umstand bei, daß sie meistens in verhältnismäßig großer Zahl in einer Gegend arbeiteten und wohnten. Dieser Umstand veranlaßte aber auch einen gewissen Berufsdünkel bei ihnen, der bei einzelnen heute noch zu finden ist, durch den sie gehindert wurden, mit der übrigen gewerblichen Arbeiterschaft gemeinsame Sache zu machen. In der jetzigen Zeit schreien die Scharfmacher über den angeblichen Terrorismus der organisierten Arbeiter. Damals gab es noch keine Arbeiterorganisationen; aber trotzdem im § 73 der sächsischen Gewerbeordnung einen „Terrorismusschutz", der dann auch in das Berggesetz mit aufgenommen wurde. Der Paragraph hatte folgenden Wortlaut: „Verabredungen von Arbeitern zur Erzwingung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit usw. sind für den Teilnehmer nicht verbindlich. Anmaßung von Strafgewalt über die Genossen, Verrufserklärungen und jede Anwendung physischer oder moralischer Zwangsmittel gegen solche, welche Beschlüsse und Verabredungen der obigen Art nicht beitreten wollen oder von schon gefaßten und getroffenen zurücktreten, werden an jedem Teilnehmer bis zu vier Wochen, an den Anstiftern und Anführern mit Gefängnis bis zu acht Wochen bestraft, es sei denn, daß der Tatbestand eines nach dem Strafgesetzbuch mit Strafe bedrohten Verbrechens vorliegt." In Preußen wurden noch 1800 drakonische Strafbestimmungen gegen die Vereinigungen von Bergarbeitern in das Berggesetz aufgenommen. Der § 17 des Gesetzes lautete: „Bergleute, welche entweder die Bergwerkseigentümer, deren Stellvertreter oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Bergwerken verabreden oder zu einer solchen Verabredung auffordern, sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden."

Durch diesen Paragraphen war die Organisierung der Bergarbeiter unmöglich geworden. Tatsächlich wurden denn auch am 29. Mai 1861 zirka 70 englische und einige deutsche Bergleute, die auf der Zeche Shamrock bei Herne arbeiteten, vom Zuchtpolizeigericht in Bochum auf Grund des § 18 des Gesetzes zu je fünf Talern Geldstrafe oder sieben Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie „aus verschiedenen Gründen" gemeinschaftlich die Arbeit einstellten. Der § 16 des Gesetzes enthielt ähnliche Strafbestimmungen für die Bergbauunternehmer, doch haben sich diese dadurch nicht stören lassen. Der Verein der Ruhrzechenbesitzer besteht seit dem Jahre 1858, ohne daß er je von einer Polizeibehörde belästigt worden wäre. Es ist uns unmöglich, die in Hues Buch abgedruckten „Arbeitsordnungen", die von den Bergherren auf Grund der Knebelungsgesetze erlassen werden konnten, hier wiederzugeben. Die Ausbeutungswut der Unternehmer feierte wahre Orgien. Für die Steinkohlenwerke des Freiherrn von Burgt bestand eine Ordnungsstrafentabelle von 55 Paragraphen, von denen der letzte der schönste war. Er lautete: „Zuwiderhandlungen gegen vorstehend nicht speziell erwähnte Bestimmungen und Vorschriften der Arbeitsordnung: ½ bis 3 Schichtlöhne." Die übrigen Paragraphen enthielten Strafbestimmungen in gleicher Höhe, mit Ausnahme des § 9, der die Versäumnis des Gebets mit einer Mindeststrafe von einem Groschen belegte. Das war die billigste Strafe. Daß es kein brutaleres Unternehmertum gibt als die Bergherren, ist seit langem bekannt. Ihre Brutalität hatte nicht genug an der Ausbeutung der Männer, sondern ihr Gelüste war darauf gerichtet, auch Frauen und Kinder unterirdisch arbeiten zu lassen. Dem widersetzte sich die preußische Regierung jedoch mit Erfolg. Natürlich schimpften die Unternehmer genau wie heute über die verdammte Humanitätsduselei. Besondere Beachtung verdient die Schilderung des staatlichen Bergbaues. Das Saarkohlengebiet wird fast ausschließlich vom preußischen Fiskus ausgebeutet. In der Bedrückung der Bergleute hat er dem Privatkapital niemals etwas nachgegeben, dagegen hatte die Korruption unter den Beamten und Arbeitern so um sich gegriffen, daß die saarabischen Skandalprozesse heute noch in aller Erinnerung sind. Im Jahre 1887 wurden die Zustände in Saarabien in dem Schreistschen „Der Sang von Lao Fumtse" geschildert. Es war eine angeblich chinesische Erzählung, die von den Einwohnern Saarabiens sehr begierig gelesen wurde.

Der zweite Teil des Buches enthält einen Rückblick auf die Kämpfe der Arbeiter, und besonders der Bergarbeiter, um den sozialen Aufstieg. Zum größten Teil sind diese Mitteilungen aus der Gründungszeit und der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung in allen bisher erschienenen Geschichtswerken über einzelne Berufsorganisationen enthalten. An dem Organisationswirrwarr um 1870 herum waren die Bergleute ebenfalls beteiligt. Da ihr Charakter stets zur Sonderbündelei neigte, haben zweifellos die verschiedenen Organisatoren bei ihnen Erfolg gehabt. Knappenstandes- und Unterstützungsvereine, lokale und interlokale, konfessionelle und interkonfessionelle Vereine wurden gegründet. Die Knappenvereine bestehen zum Teil heute noch. Schon damals spielte die Religion eine große Rolle bei der Vereinsgründung und Arbeiterzersplitterung. Damals wurden auch die „kirchenpolitischen" Vereine von der Regierung als staatsfeindlich betrachtet. — Das Buch Hues gibt den Inhalt sehr vieler Dokumente aus alter und neuer Zeit wieder. Darunter sind eine ganze Anzahl Schriftstücke, die zu kennen nicht nur für die Bergarbeiter wichtig ist, sondern die jedem, der sich überhaupt für die Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterbewegung interessiert, über manche wichtigen Dinge Aufschluß geben können. Außerdem enthält das Werk sehr viel Quellenangaben, die es auch dem Unkundigen ermöglichen, sich die betreffenden literarischen Schätze nutzbar zu machen. Wir empfehlen unsern Kollegen das Studium des Buches.

H. O.

Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Kartothekkasten. Wir haben bekanntlich der Rheinisch-Westfälischen Holzindustrie in Dortmund die Herstellung und den Versand der Kartothekkasten übertragen, die der Verbandsvorstand den Zweigvereinen auf Kosten der Hauptkasse liefern will. Um nun eine Kontrolle darüber zu haben, ob die Kasten auch überall zur Ablieferung gelangen, wurde sofort nach der Bestellung sämtlichen Zweigvereinen vorgedruckte Kartenformulare zugeschickt, mit der Anweisung, diese sofort an den Verbandsvorstand abzusenden, sobald der Kasten angekommen sei. Bereits Ende voriger Woche machte uns nun die Firma Mitteilung, daß sämtliche Kasten, die für Zweigvereine mit über 50 Mitgliedern bestimmt waren, versandt seien, während alle andern Kasten, sowohl für kleine Zweigvereine als auch die für die Zahlstellen größerer Zweigvereine bestimmten, bis zum Monatsschluß abgesandt seien. Von den rund 700 Zweigvereinen, deren Mitgliederzahl über 50 beträgt, sind aber bis jetzt erst rund 300 Empfangsbestätigungen eingelaufen. Da wir nun gar keine andere Möglichkeit haben, kontrollieren zu können, ob die Kasten an die Zweigvereine geliefert wurden oder nicht, so ersuchen wir die Zweigvereinsleitungen dringend, ihrer Pflicht nachzukommen und die Bestätigungskarten abzusenden, wenn sie den Kasten erhalten haben. Dadurch werden uns und den Lieferanten Unannehmlichkeiten sowie Zeit und Arbeit erspart. Wir bitten dringend, dies zu beachten.

Achtung, Reiseunterstützung! Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Auszahler der Reiseunterstützung den vorgedruckten Wert der Quittungen in den Reiseblocks willkürlich veränderten. So zum Beispiel haben einige Auszahler aus einer Quittung von ℳ 1 eine solche über ℳ 2 und ℳ 3 gemacht, andere haben aus einer Quittung über 10 ₰ eine solche von ℳ 1 und ℳ 1,50 gemacht. Diese Aenderungen sind unzulässig, weil dadurch der Wert des Reiseblocks eventuell um das mehrfache erhöht werden kann. Jeder reisende Kollege hat nur Anspruch auf Reiseunterstützung in der Höhe, wie sie auf den Quittungen **vorgedruckt** ist.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Quittungen von der Hauptkasse nur in der ursprünglichen Höhe angerechnet werden und das Mehr von den Lokalkassen gedeckt werden muß.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 22 Abs. 2 des Statuts vom Zweigverein Brandenburg a. d. H.: Wilhelm Wallmann, geboren am 15. März 1883 zu Fohrde, eingetreten am 22. August 1909 (Verb.-Nr. 131 971); vom Zweigverein Cottbus: Hermann Bahr, geboren am 12. Dezember 1864 in Marienwalde, eingetreten am 3. April 1909, Wilhelm Gerasch, geboren am 17. August 1878 zu Crossen, eingetreten am 20. April 1913; vom Zweigverein Düsseldorf: Johann Köln, geboren am 27. Juli 1868 zu Neußerweihe, eingetreten am 28. Januar 1911 (288 271); vom Zweigverein Rudolstadt: Karl Pfodenhauer, geboren am 3. Juni 1885 zu Schwarza, eingetreten am 21. Februar 1904 (228 810), Alfred Martin, geboren am 29. Mai 1876 zu Schwarza, eingetreten am 26. März 1898 (147 326), Albin Grunert, geboren am 15. April 1869 zu Preilipp, eingetreten am 2. November 1913 (0 254 981); vom Zweigverein Saarbrücken: Friedrich Fischer, geboren am 28. August 1871 zu Büchel, eingetreten am 8. Mai 1910 (4571).

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Recklinghausen: Richard Ernst, Maurer, geboren am 13. Januar 1893 zu Frankenhausen, eingetreten am 24. April 1910 (Verb.-Nr. 148 662); vom Zweigverein Hannover: Karl Schwerdtfeger, geboren am 24. Oktober 1857 zu Springe, eingetreten am 5. September 1909 (81 772).

Zweckdienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen.

Vom 21. bis 26. April haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Apolda ℳ. 236,79, Ausleben 136,09, Angermünde 185,50, Arnswalde 145,64, Aschersleben 99,36, Alfeld 74,74, Amberg 397,67, Bahn 158,70, Blumenthal 21,70, Bernburg 547,37, Bonn 278,30, Blankenburg i. Thür. 70,60, Bleckede 23,80, Braunschweig 929,42, Brinkum 748,79, Burg b. Magdeb. 344,73, Bernsee 162,88, Belgard 86, Breitungen 33,35, Beregedorf 311,58, Bitterfeld 500, Bremerhaven 1100, Burgdorf 275,33, Coburg 950, Calefeld 130, Camburg 34,74, Czerek 6,45, Cöthen 364,19, Calbe a. d. S. 221,26, Cüstrin 155,49, Czarnikau 66,65, Crefeld 1491,85, Diepholz 82,22, Duderstadt 15,65, Driesen 8,01, Deutsch-Krone 29,70, Dresden 11195,48, Danzig 46,80, Dorsen 9,80, Delmold 275,56, Deutsch-Eylau 233,47, Diezen 49,80, Erding 14,40, Elbing 2161,70, Eutin 329,08, Erdeborn 117,09, Eschershausen 34,22, Eichsfelde 1,25, Emden 66,70, Einbeck 193,16, Finsterwalde 232,35, Frohburg 121,90, Feldberg 38,09, Forchheim 161,80, Fralow 4,79, Friedeberg a. Queiß 74,90, Großenhain 8,50, Gelenau 144,15, Gößnitz 100,48, Grünstadt 63,65, Göppingen 55,91, Georgensgmünd 26,50, Gießen 165,99, Grünberg i. P. 300,23, Genthin 90,46, Garz a. R. 68,14, Großziegenort 58,22, Glatz 30,51, Gittersheim 18,10, Ganderscheim 195,95, Grünberg i. Schl. 139,58, Güstebiese 131,65, Groß-Schönebeck 89,70, Goßkershausen 79,74, Groß-Wartenberg 14,80, Gotha 1098,89, Glücksstadt 222,53, Gengenbach 83,70, Gusow 37,90, Harburg 1200, Hohensalza 202,92, Herzberg a. H. 74,70, Havelberg 45,25, Hamburg 13535,09, Hörnerkirchen 62,17, Hittfeld 22, Herzberg a. d. Elster 1,20, Holzminden 271,24, Hasselfelde 141, Heidelberg 1700, Hermsdorf b. M. 7,10, Hannover 2562,41, Hörde 798,78, Insterburg 669,58, Jeserig 161,30, Jüterbog 911,16, Joachimsthal 25, Jutroschin 17,25, Jena 239,72, Konstanz 309,54, Kolbermoor 25,24, Kirchhain 14,34, Krakow 242,61, Kaiserslautern 222,72, Kiel 6, Klosterlausnitz 44,36, Kirchwärder 158,57, Koniz 100,20, Königswusterhausen 174,46, Lambrecht 71,38, Loburg 43,50, Lüneburg 292,75, Lübthen 151,86, Leipzig 2,80, Lyk 135,21, Lindau 150, Mühlhausen i. Thüringen 643,37, Müggeln 208,89, Meiningen 128,86, Minden 2318,77, Merseburg 971,63, Mirow 88,18, Moerburg 45,95, Meserig 32,05, Müncheberg 16,02, Marienburg 401,89, Meinbrexen 16,80, Muskau 11,80, Michendorf 57,15, Meserig I, Mühlheim a. d. Ruhr 1451,74, München 25, Nordhausen 440,72, Neustadt a. d. Orla 211,80, Neuhardenberg 52,08, Neiße 69,13, Neustadt i. Mecklenburg 32,42, Neuhaus a. d. Elde 124,16, Oeynhausen 331,27, Ortrand 86,43, Oels 32,89, Osterwiek (vom Streik zurück) 10,80, Offenburg 53,75, Oranienburg 50,40, Oldenburg i. Gr. 15,70, Orb 20,32, Osterode i. Ostpreußen 223,81, Oberstein 60,37, Preetz 100, Pichen 69,80, Pfarrkirchen 19,80, Pyrmont 267,62, Parchim 250, Podenack 207,62, Posen 25, Peine 660,85, Recklinghausen 577,55, Rotha 141,87, Rheinsberg 32,50, Regenwalde 32,18, Ribnitz 227,83, Rogasen 113,09, Naslenberg 78,10, Rahna 39,45, Ratibor 136,40, Radegosch 9,10, Schwerin i. Mecklb. 1250,53, Satow 82,30, Schlierse 47,77, Solingen 891,54, Schniedeberg 148,13, Schwiebus 66,65, Steinau 37,48, Strasburg i. Westpr. 4,75, Sommerfeld 225,12, Soldin 59,10, Sondershausen 39,47

Schneidemühl 46,57, Seesen 27,60, Saarburg 28, Siebendollentin 2,40, Schotken 17,10, Spandau 700, Stavenhagen 72,40, Soltau 59,87, Strehlen 35,92, Schneeverdingen 19,19, Saalfeld 239,76, Stuttgart 91,30, Saarbrücken 15,81, Trier 262,77, Torgau 129,99, Tölz 116,06, Tondern 96,78, Tuchel 60,60, Twistringen 45,24, Tremsbüttel 32,60, Torgau 185,43, Thorn 223,52, Betschau 67,85, Vilsbiburg 24,07, Vieh 2,65, Vegesack 500, Westerland 379,33, Wismar 202,33, Wittenberge 386,90, Wittenberg 376,34, Werder 167,85, Wesel 100,05, Wittingen 93,28, Witten 370,58, Winsen a. d. Aller 45,30, Wildeshausen 224,71, Wasungen 1,60, Worms 10, Wusterhausen 9,84, Zörbig 171,25, Ziebingen 115,40, Zittau 42,93, Zeulenroda 329,80, Zwinge (Schulden, Walter) 15.

Protokolle.

Apolda M. 1, Aschersleben 1,50, Bahn 1, Bernburg —,50, Bleckede —,50, Braunschweig 30,50, Brinkum —,50, Bergedorf 2, Burgdorf —,50, Cöthen 1, Cüstrin 2, Crefeld 4, Driesen 1, Dresden 22,50, Delmold 5, Elbing 2, Eutin 1, Erdeborn —,50, Erfurt 5, Finsterwalde 1, Friedeberg a. d. Queis —,50, Großenhain 3, Grünberg i. Posen —,50, Garz a. Rügen —,50, Güstebiese 2, Goßlershausen —,50, Gotha 2,50, Glückstadt —,50, Harburg 6, Hohensalza —,50, Holzminden —,50, Hannover 10, Jena 5, Konstanz 1, Krakow —,50, Königs-Wusterhausen 1, Karlsruhe 7, Lambrecht —,50, Lüneburg 2, Mühlhausen i. Th. 1.50, Minden 6, Merseburg 4, Mirow —,50, Marienburg 1, Meinbregen —,50, Mülheim a. d. Ruhr 5, Neustadt a. d. Orla —,50, Neuhardenberg 1, Neustadt i. M. —,50, Oeynhausen 1, Ortrand 1, Oranienburg 1, Pyrmont 1,50, Parchim —,50, Podejuch 1, Pegau —,50, Peine 3, Rötha —,50, Rheinsberg —,50, Ribnitz —,50, Recklinghausen 2,50, Schwerin i. M. 2, Sotow —,50, Stavenhagen 1, Solingen 4, Schmiedeberg 1, Schwiebus 1, Sommerfeld —,50, Schneidemühl —,50, Seesen 2, Saarbrücken 7, Trier 3, Tondern —,50, Westerland —,50, Wismar 1, Wittenberg 1,50, Witten 2, Winsen a. d. Aller —,50, Wilderhausen —,50, Zittau 5, Zeulenroda —,50.

Kalender.

Garz a. Rügen M. 4,50, Großziegenort 10, Krakow 2, Mauersmünster 7, Oberstein 2,50, Soldin 5, Sondershausen 15, Tuchel 10, Betschau 2,50, Wittenberg 5.

„Christliche Arbeitervereine" von Erdmann.

Erfurt M. 5, Karlsruhe 5.

Geschichte des Sozialismus in England.

Erfurt M. 3,75, Karlsruhe 3,75.

Geschichte der Bergarbeiter.

Erfurt M. 7,50.

„Die Berufsvereine" von Kulemann.

Erfurt M. 17, Karlsruhe 20.

Futterale.

Königs-Wusterhausen M. 2, Rötha 2, Schwerin i. M. 5, Wismar 3.

„Grundstein"-Einband.

Bernau M. 1,10, Dresden 9, Erfurt 3, Finsterwalde 6, Harburg 6, Hildesheim 1,10, Hannover 3, Jena 3, Karlsruhe 3, Mülheim a. d. Ruhr 3, Saarbrücken 2,20, Zittau 3.

Jugendabteilung.

Augsburg M. 11,70. Bernburg 5, Bochum 15,70, Braunschweig 18,80, Burg b. Magdeb. 15,80, Bergedorf 7, Breslau 34,90, Brieg 4,60, Bernau —,90. Cöln 11,70, Coblenz 15,30. Dessau —,40. Eisenach 21,90, Erfurt 11,60. Großenhain 23,10. Gelenau 7, Göppingen 7,30, Gießen 16,10, Gladbeck 3. Hagen —,80, Hamburg 89,50, Harburg 41,75, Hildesheim 6. Jena 13,40. Konstanz 11,80, Kiel 7,90, Kaiserslautern 3,74, Karlsruhe 48,10. Lauenburg i. Pom. 10,25. Minden 29,30, Merseburg 3,40, Mühlhausen i. Thür. 5,40, Mülheim a. d. Ruhr 7,85. Neumünster 6. Oeynhausen 8,60, Oldenburg 25,40. Parchim 8,10, Peine 16,70. Recklinghausen 13,20. Schwerin i. Meckl. 5,60, Schweinfurt 8,10, Schwandorf 3,96, Spandau 12,80, Schopfloch 5,20, Stuttgart 15,30, Saarbrücken 25,45. Wismar 9,20, Wiesbaden 2, Werdau 1,30. Zittau 4,90, Zeulenroda 2,70.

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

Angerburg. Sperre über den Unternehmer Woitkowitz.
Bad Soden. Sperre über die Firma Johann Bettenbühl.
Bamberg. Sperre über die Firma Reh & Comp.
Barmen. Sperre über die Regiearbeiten der Seidenfärberei von Schlieper & Lay in Vohwinkel.
Bergedorf. Sperre über die Firma Drenkhan & Sudhop.
Bergen a. R. Sperre über sämtliche Arbeiten des Unternehmers Kröger.
Berlin. Streik an den Kunststeinversetzarbeiten der Firmen Borchmann & Co. und Roßberg & Co.
Betzdorf (Luxemburg). Streik auf dem Schloßneubau, ausgeführt vom Unternehmer Wolf aus Trier.
Bielefeld. Sperre über den Unternehmer Wittland in Senne I.
Bremerhaven. Sperre über den Unternehmer Schmidt aus Langen-Lehe.
Bublitz i. Pomm. Gesperrt sind die Unternehmer Krüger und Nack.
Coswig (Anhalt). Aussperrung.
Cüstrin. Streik.
Cuxhaven. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Johann Lange, Altenbruch-Lüdingsworth.
Danzig. Sperre über den Unternehmer Priebe in Neumünsterberg.
Deisenhofen (Zweigverein München) Streik.
Dömitz. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Groth auf dem Schacht Conow.
Eibach (Zweigverein Nürnberg). Erdarbeiterstreik.
Ermschwerd (Zweigverein Witzenhausen). Sperre über die Unternehmer Raye & Rauschaus.
Flöha. Der Unternehmer Müller aus Oberwiesa hat sich als zahlungsunfähig erwiesen.
Freiberg i. S. Sperre über den Unternehmer Stiehl.
Fröndenberg (Zweigverein Hagen i. Westf.) Sperre über den Unternehmer Werth.
Gensungen (Zweigverein Cassel). Streik.
Goldap. Sperre über das Baugeschäft E. Angermüller wegen Lohndifferenzen.
Gollnow. Sperre über das Geschäft von Wilh. Küster.
Gross-Gehrau (Zweigverein Darmstadt). Streik.
Grasleben (Zweigverein Holmstedt). Streik.
Hadmersleben (Zweigverein Egeln). Sperre über den Unternehmer Weihe.
Hannover. Sperre über Hackethal, Draht- und Kabelwerke in Langenforth, Gasanstalt Hannover.
Havelberg. Sperre über die Bauten der Firma Karl Knispel.
Heide. Sperre über die Arbeiten der Unternehmer Thedens und Gleßmann in Cleve.
Hoya. Sperren über die Firmen Ernst Zech, Joh. Zech und Heinr. Reimers.
Hoyerswerda. Sperre über den Unternehmer Hermann Müller.
Irrhove (Zweigverein Weener). Streik.
Itzehoe. Sperre über Alsensche Portland-Zementfabrik.
Jerichow. Sperre über die Bauten des Unternehmers Schumann.
Jeseritz i. Pommern. Streik.
Jüterbog. Sperre über den Neubau des Siechenheims.
Königsberg i. Pr. Sperre über den Unternehmer Mattern.
Köslin. Sperre über die Arbeiten der Zwischenmeister Wendt & Wegner und Japs & Hammilton. Die ersteren beiden führen an dem Bau des Unternehmers Killmann Akkordarbeit aus, die letzteren am Schulhausneubau des Unternehmers Treptow.
Kreuznach. Streik.
Kriftel (Zweigverein Frankfurt a. M.). Sperre über das Baugeschäft von Noll.
Köpelin. Sperre über die Unternehmer Martens und Pobanz.
Landau. Sperre über das Betongeschäft von Hornbach.
Leipzig. Sperren über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweinaundorfer Straße; Röhr, Connewitz, Frohburger Straße; Smikala (Rabitz), Möckern; Keil und Hädrich, Windscheidtstraße, wo kein Lohn gezahlt wurde.
Löbau i. S. Sperre über den Unternehmer Keiling.
Lübeck. Sperre über das Hochofenwerk Kücknitz.
Lüneburg. Gesperrt sind die Regiearbeiten auf der Wichsbleiche.
Mainz. Sperre über den Unternehmer Struth in Finthen.
Mihla, Thüringen (Zweigverein Eisenach). Sämtliche Bau- und Steinbruchbetriebe des Unternehmers Schlothauer sind gesperrt.
Militzsch. Der Unternehmer Winkler hat sich als zahlungsunfähig erwiesen.
Monheim (Zweigverein Solingen). Streik.
Mulda (Zweigverein Freiburg i. S.). Sperre über den Unternehmer Steinert.
Ohlau-Peisterwitz. Aussperrung.
Okarben (Zweigverein Frankfurt a. M.) Streik.
Oberndhau. Streik.
Pölitz. Sperre über den Unternehmer Paape.
Preetz. Sperre über den Unternehmer Maßmann.
Rothenburg i. Hann. Gesperrt bleiben die Unternehmer Peter Willenbrock und August Frömming, die sich weigern den Tarif anzuerkennen.
Rügenwalde. Sperre über die Firma Papenfuß.
Schlettstadt. Sperre über den Unternehmer Chiaroti.
Schlotheim. Streik.
Stettin. Sperre über den Unternehmer Gille.
Straussberg. Sperre über den Unternehmer Krause.
Strelitz. Sperre über die Arbeiten der Firma Weiland.
Tilsit. Sperre über den Unternehmer Westphal.
Tostedt. Streik.
Treptow a. d. R. Streik.
Triebes (Reuss). Sperre über die Firma Groß aus Hohenleuben.
Unna. Differenzen.
Visselhövede. Sperre über die Bauten der Unternehmer v. Wieding in Hiddingen, Wolf in Jeddingen und Lüngmann in Schwitschen.
Wangeroog. Gesperrt sind die Arbeiten des Unternehmers Janssen.
Weissenfels. Sperre über den Unternehmer Mahler.
Wismar. Sperre über die Firma Eggert.
Worfelden (Zweigverein Darmstadt). Sperre über den Unternehmer Joh. Weiß.
Zerbst. Sperre über die Firma Gardtke.
Zittau. Streik.
Zschopau (Zweigverein Chemnitz). Aussperruug.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Bonn. Sperre über die Arbeiten des Zwischenunternehmers Kuribaum.
Emden. Sperre über die Arbeiten der Zwischenunternehmer Doscher & Eberhardt, Gebhardt & Wachtel aus Bremen.
Gelsenkirchen. Sperre über den Zwischenmeister Jacob Weber.
Hagen. Sperre über die Firma Wimmler & Gärtner.
Halle a. d. S. Streik.
Mannheim. Gesperrt sind die Unternehmer Herbel und Hans Müller.
Nürnberg. Sperre über alle Arbeiten der Zwischenunternehmer Bocklet und Aug. Leibl.

Gipser und Stukkateure:

Amberg. Sperre über die Arbeiten der Unternehmer Bartl & Ceder und Schaaf aus Nürnberg an den Kasernenbauten.
Ansbach. Sperre über die Firma Schweitzer.
Cuxhaven. Sperre über das Geschäft von Brüggemann.
Essen. Sperre über mehrere Unternehmer.
Hamm i. W. Sperre über W. Müseder wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
Saarbrücken. Sperre über die Firma Iuen & Maurer aus Homburg (Pfalz) (Banstelle Ueberlandzentrale).
Schlettstadt. Sperre über die Firma Berttelo

Isolierer und Steinholzleger:

Chemnitz. Gesperrt sind die Firmen Ziegner & Franzsche und Knoch.
Cöln. (Isolierer.) Sperre über die Firma Jul. Katho wegen verweigerter Anerkennung des Tarifvertrages. — (Steinholzleger.) Sperre über die Enbelit-Werke (Zweigstelle Cöln).
Dresden. Sperre über J. E. Schmidke, Löscherstr. 24, wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
Hannover. Sperre über die Hannoversche Isoliergesellschaft.
Leipzig. Sperre über Grünzweig & Hartmann.
Nürnberg. Sperre über die Firma Neubauer.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in **Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Großh., Schleswig, Stade, Vegesack** und **Wilhelmshaven** haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Bezirk Bremen.

In dem ländlichen Gebiet umweit des Dollart und der holländischen Grenze — Jemgum, Bingum, Critzum, Hatzum, Ditzum usw.— ist es durch die Hausagitation unserer Kollegen gelungen, sämtliche Gesellen zu organisieren. Einige waren schon bis zu einem Jahrzehnt bei uns Mitglied. Als alles organisiert war, haben wir die dortigen Baugeschäfte zu einer Verhandlung zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeladen. Die eingeladenen Firmen waren fast sämtlich unserm Rufe gefolgt und in einer einmaligen Verhandlung wurde folgender Vertrag vereinbart. Der Lohn beträgt vom 11. April 1914 an 43 ₰, vom 1. Oktober 1914 an 45 ₰, vom 1. April 1915 an 49 ₰ und vom 1. April 1916 an 53 ₰. Für Ueberstunden gibt es 10 ₰ und für Nachtarbeit 20 ₰ Aufschlag. Akkordarbeit ist verboten. Da der bisherige Lohn 40 ₰ betrug, bringt uns der neue dreijährige Vertrag 13 ₰ Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung von elf auf zehn Stunden. Für eine solche junge Zahlstelle wahrlich ein schöner Erfolg! Hoffentlich verstehen unsere dortigen „jungen" Organisationskollegen diesen Erfolg zu würdigen. Ein solcher Erfolg ist nur möglich, wo hinter den Kollegen eine große einheitliche Organisation steht und die „Jungen" ernten können, weil die „Alten" gesät haben. Denn 320 000 Mitglieder und 18 Millionen Vermögen üben auch auf den Unternehmer des platten Landes einen starken Einfluß aus, der sich in den Ergebnissen der Lohnbewegungen für jene Berufskollegen, die fest zur Fahne des Deutschen Bauarbeiterverbandes stehen, geltend macht. — Leider hat dies die Bauarbeiterschaft in **Diepholz** noch nicht eingesehen. Hier wurde im vorigen Frühjahr ein Vertrag mit Lohnerhöhung von 40 auf 45 ₰ für Maurer und einer Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehneinhalb Stunden täglich abgeschlossen. Dieser Vertrag sah unter anderm vor, daß im Herbst voriges Jahres Verhandlungen zwecks Vertragserneuerung oder -Verlängerung stattfinden sollten. Wir haben die Vertragskontrahenten dann im Herbst eingeladen; diese kamen aber trotz Tarifvertrag nicht. Warum? Nun, die Herren Bauunternehmer wußten, daß immer noch nicht die Hälfte der Bauarbeiterschaft organisiert war. Jetzt haben wir die Unternehmer wiederum zur Verhandlung eingeladen; um aber den „Tanz" vom vorigen Sommer zu vermeiden, rief der Maurermeister Natjen „seine" Leute am Abend vor der von uns geplanten Verhandlung zusammen, zog mit ihnen in einen kleinen Saal, spendierte einige Gläser Bier und sagte: Warum können wir die Sache nicht unter uns machen, was soll immer der „Bremer" dabei? Ich gebe vom 1. Juni d. J. an 3 ₰ und vom 1. April 1915 an 2 ₰ Lohnerhöhung. Keiner traute sich, zu sagen, daß der Lohn von 48 ₰ zu wenig sei. Die Leute arbeiten lieber wieder elf Stunden. Die übrigen Firmen haben dann ebenfalls am Morgen des geplanten Verhandlungstages ihren Leuten erklärt: „Natjen ist sich ja gestern mit seinen Leuten einig geworden, was er gibt, zahle ich auch." Auch diese waren zum Teil der Meinung, was soll der „Bremer" dabei. Doch ihnen ist gesagt worden, daß sie früher, als sie noch als Gesellen arbeiteten, anders über die Organisation geredet hätten. Mit dieser Lohnerhöhung, die die Unternehmer aus Angst vor der Organisation zahlten, dürfte die Lohnbewegung, wenn nicht ungeahnte Verhältnisse eintreten, für dieses Jahr beendigt sein. Solche aber hat doch der Wohnhofbau und anderes noch in Angriff genommen werden, dann werden die Unternehmer noch die Erfahrung machen, daß sie zwar ein Abkommen mit „ihren" Leuten getroffen, aber die Rechnung ohne den „Wirt" gemacht haben. Am Orte ist seit zehn Jahren eine außerordentlich gute Baukonjunktur. Trotz dieser guten Konjunktur sind heute die Löhne für Gesellen 45 ₰ und für Arbeiter 35 ₰ bei zehneinhalbstündiger Arbeitszeit. Die „Blauen" arbeiten allerdings noch elf Stunden. Da dort dauernd auch zugereiste organisierte Kollegen arbeiten, wäre es an der Zeit, daß diese sich mehr als bisher für die Gewinnung der Indifferenten interessierten; denn wenn bei jedem der gute Wille vorhanden ist und dieser in die Tat umgesetzt wird, würden wir an dem Erfolg bald unsere Freude haben. — In **Norden** ist die Sperre über die Firma Diekenbrock verhängt worden, weil sie in Hage bei Norden, wo sie Arbeiten ausführt, den Tariflohn nicht zahlt. Sie scheint von dem Vorsitzenden ihres Verbandes, Neumann, der dauernd seine Arbeiter bei auswärtigen Arbeiten um den Tariflohn bemogelt, gelernt zu haben. Allerdings an dem Unterschied, daß sich die Arbeiter bei Neumann seit Jahren prellen lassen, bei Diekenbrock aber sofort die „Bude" zugemacht haben. Hoffentlich lernen die ersteren von den letzteren. — In **Emden** sind für Fliesenleger die Zwischenmeister, unter andern Döscher, Gebhardt, Erbardt und Hampf aus Bremen, gesperrt, weil verschied im

Herzogtum Oldenburg, Wilhelmshaven und Emden das Zwischenmeistersystem beseitigt ist. Trotzdem hat sich der Lloyd an seine Auswandererhallen durch die Wandplattenfirma Wachsmuth aus Bremen diese Schmarotzerpflanzen im Fliesenlegergewerbe von Bremen nach Emden geholt. Um diese hier zu beseitigen, haben die Fliesenleger bereits vorige Woche einen Tag streiken müssen.

Bezirk Erfurt.

In **Schlotheim** haben die Kollegen am 18. April beschlossen, den Unternehmern die Forderung zu unterbreiten, ihren Lohn von 35 auf 40 ₰ für Maurer und auf 35 ₰ für Hilfsarbeiter zu erhöhen. Antwort gaben die vier Meister gemeinsam schon am 21. April, worin sie sagten, daß sie keine Zulage geben könnten; sie wollten aber trotz der schwachen Arbeitsgelegenheit den bisherigen Lohn bis zum 1. November zahlen. Für die Zeit nach dem 1. November solle dann aber im Steinbruch nur noch 30 ₰ gezahlt werden. Also keine Erhöhung im Sommer, sondern 5 ₰ pro Stunde Abzug im Winter. Mit diesem Vorschlag befaßte sich am 22. April eine Versammlung, in der 63 Kollegen anwesend waren. Beschlossen wurde mit Dreiviertel-Mehrheit, am 23. April die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Diesen Beschluß haben die Kollegen auch ausgeführt. Nur zwei Mann haben am 23. April früh den Weg zur Arbeit gemacht, davon ein alter Bekannter vom Streik 1909. Da die Arbeit verhältnismäßig gut ist und ein Teil der jungen Kollegen sicher abreisen wird, so hoffen die Kollegen bestimmt, daß sich die Unternehmer die Sache noch einmal anders überlegen werden.

Bezirk Karlsruhe.

In Weidenthal (Zweigverein **Neustadt a. d. H.**) wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Stundenlohn für Maurer beträgt 1914 53 ₰, 1915 54 ₰, 1916 56 ₰. Außerdem wurde für Ueberstunden ein Zuschlag von 10 ₰, für Nacht-, Sonntags- und Wasserarbeit ein solcher von 30 ₰ vereinbart. An Stelle der bisherigen vierzehntägigen Lohnzahlung wurde die achttägige eingeführt.

Bezirk Leipzig.

Man schreibt uns: Am 18. April sind die Bauarbeiter von **Oelsenhain** in den Streik eingetreten. Die Löhne waren bisher für Maurer 43 bis 46 ₰, für Hilfsarbeiter 28 bis 36 ₰. Unsere Forderung ist: für Maurer 50 ₰, für Hilfsarbeiter 40 ₰ und für Kalk- und Ziegelträger 60 ₰ pro Stunde. Von den Unternehmern ist noch keine Antwort eingegangen.

Bezirk Magdeburg.

In **Thale** ist die Bewegung beendet. Die Unternehmer Worch und Höpfner, denen sich dann noch der Scharwerker Klinge angeschlossen hatte, waren ohne Kampf nicht zu bewegen, den mit der Firma Dietrich abgeschlossenen Vertrag zu unterzeichnen. Es mußte deswegen zur Arbeitseinstellung geschritten werden. Als diese drei Tage gedauert hatte, bequemten sich die Herren zur Unterschrift. Sie haben demnach schnell einsehen gelernt, daß, wenn sie Leute auf dem Bau haben wollen, sie denen auch ein Mitbestimmungsrecht bei Festlegung von Lohn- und Arbeitsbedingungen einräumen müssen. Mit dem errungenen Erfolg kann man zufrieden sein. Die Lohnerhöhung beträgt 4 ₰ die Stunde; die Organisation ist anerkannt. Den Kollegen von Thale-Timmenrode muß aber gesagt werden, daß sie noch mehr als bisher für die Organisation auf dem Posten sein müssen; denn in ihrer nächsten Nähe gibt es noch recht viel für sie zu tun.

Bezirk Rostock.

Schon in der vorigen Vertragsperiode rührte sich der Großgrundbesitz in Pommern, um der Entwicklung der Arbeiterbewegung entgegenzuwirken. Die Versuche, diese Bewegung auch auf das angrenzende Mecklenburg zu übertragen, brachten zunächst keinen Erfolg. Aber schon im vorigen Jahre machte sich diese Bewegung erneut bemerkbar. Am auffälligsten im Vertragsgebiet Kröpelin. Einige Unternehmer dieses Vertragsgebietes hatten sich schon damals von den Großgrundbesitzern einfangen lassen und suchten in unsern Kollegenkreisen in versteckter Form Propaganda für den Austritt aus dem Verbande zu machen. Einer dieser Unternehmer ging sogar so weit, einem seiner Poliere gegenüber zu äußern: „Wenn ich nur 20 nichtorganisierte Leute hätte, wäre ich schon geborgen und würde meinen ganzen Einfluß aufbieten, um zu erreichen, daß die Bauherren für diese Leute mindestens zehn Monate im Jahre Arbeit beschaffen.“ Zu Beginn dieses Jahres setzte die Bewegung gegen uns erneut ein. Der Unternehmer Martens, einer unserer Vertragskontrahenten, hat Bauten von einem Herrn Milamowitz übernommen. Er hat sich verpflichtet, nur Leute einzustellen, die unserm Verbande nicht angehören. Das ist etwas, was sich mit unserm Vertragsverhältnis nicht vereinbaren läßt, sondern einen so groben Verstoß gegen den Vertrag bedeutet, wie er schlimmer nicht sein kann. Noch schlimmer wird die Sache dadurch, daß Martens allen um Arbeit anfragenden Kollegen erklärt hat: „Ja, Arbeit habe ich genug, aber nur für Leute, die nicht im Verbande sind!“ Das ist eine Maßregelung schlimmster Art. Da unsere Kollegen bis auf wenige Ausnahmen dieser Verlockung standhielten, machte sich der Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. Man ging dazu über, aus Berlin und Umgegend Maurer heranzuholen, so daß wir gezwungen waren, offen dagegen Front zu machen. Es wurde deshalb beschlossen, den Unternehmer Martens zu sperren. Da auch der Zimmermeister Pobanz Maurerarbeiten ausführt und dieser die gleiche Verpflichtung eingegangen ist wie Martens, wurde auch dieser gesperrt. Wer nun glaubt, daß der Vorstand des Mecklenburgischen Arbeitgeberverbandes versucht hätte, seinen Mitgliedern ihre vertragswidrige Handlungsweise zu untersagen, der irrt sich. Das zeigte sich sehr deutlich in einer Sitzung der Schlichtungskommission, die vor der Sperre dieser Unternehmer stattfand. Unser Antrag, die Kommission solle aussprechen, das seitens der Unternehmer ein Verstoß gegen die §§ 7 und 8 des Hauptvertrages vorliege, wurde gegen die Stimmen der Unternehmer abgelehnt. Die Entscheidungen des Haupttarifamtes kümmern sie absolut nicht. Die Unverfrorenheit der Unternehmer geht sogar so weit, daß sie am 14. April schwarze Listen versandten, in denen es heißt: „Die unterzeichneten Mitglieder in Kröpelin erlauben sich hiermit, Ihnen mitzuteilen, daß ihre organisierten Maurer und Zimmerer heute sämtlich die Arbeit ohne Angabe von Gründen eingestellt haben. Wir nehmen an, daß sie nicht mit unorganisierten Leuten zusammen arbeiten wollen, die wir auf Wunsch der Bauherren für einige Bauten beschafft haben, können es aber nicht bestimmt behaupten. Wir ersuchen deshalb hiermit alle Geschäfte, die Kollegialität zu wahren und die umstehenden Maurer und Zimmerer nicht zu beschäftigen. Hochachtungsvoll Carl Pobanz, Zimmermeister; Otto Gröhn, Zimmermeister; B. Martens, Maurermeister.“ Wir sind wohl auf der richtigen Fährte, wenn wir auch annehmen, daß dieser Schritt in vollem Einverständnis mit der Leitung des Arbeitgeberverbandes geschehen ist. Geradezu komisch wirkt es, wenn dann der Arbeitgeberverband eine Sitzung der Schlichtungskommission gegen uns beantragt, weil wir angeblich den „Instanzenweg“ nicht innegehalten haben. Wir können ihm in aller Offenheit sagen, daß uns die Unternehmer, die in einer derartig frivolen Weise die Bestimmungen des Vertrages über den Haufen geftoßen haben, überzeugten, daß für sie kein Instanzenweg mehr in Frage kommt. Deswegen war für uns sofortige Selbsthilfe dringend am Platze. Kollegen, übt Solidarität und haltet den Zuzug fern, dann werden wir auch den Schlag gegen die Bauarbeiterverbände, denn diesen gilt er, abwehren! Hoch die Solidarität!

Bezirk Stettin.

Im Vereinsgebiet **Anklam** versuchen die Unternehmer, den Vertragsabschluß zu hintertreiben, angeblich aus Furcht vor den Bauherren. Die Unternehmer Krüger und Nehls suchen Unorganisierte. Auch suchen sie unsere Mitglieder zum Austritt aus dem Verband zu bewegen. Die am 1. April fälligen Löhne sind gezahlt worden; nur die Firma Gräming-Spantekow, die unter dem Einfluß des v. Schwerin-Spantekow steht, zahlte bisher den Hilfsarbeitern die fälligen 2 ₰ Lohnerhöhung nicht. Der Herr v. Borke-Heinrichshof, bekannt dadurch, daß er politische Gegner (einen Lehrer) in Versammlungen ohrfeigt und hierfür nur wenig Strafe erhält, läßt größere Arbeiten ausführen. Er hält darauf, daß alle Handwerker keiner „sozialdemokratischen Organisation“ angehören. Er hat genügend studenten gemachte Leute erhalten. Die im Kreise Anklam wohnenden Kollegen wissen den Zumutungen der Unternehmer und „Brotherren“ in einer Weise zu begegnen, daß beiderseits die hellste Freude herrscht. — Auf der **Insel Rügen** wollen die Arbeitgeber ein Vertragsgebiet Sagard-Saßnitz nicht anerkennen. Einmal können den Arbeitgebern die Lohngebiete nicht groß genug werden; wenn es ihnen aber in den Kram paßt, dann will man einzelne Geschäfte in den Stadtmauern begraben. — Die Firma Carl Fendel aus Bergen auf Rügen hat einen Bau in **Stralsund** aufzuführen. Die von Rügen nach dort gesandten Maurer mußten teures Logis beziehen. Sie wünschten vom Arbeitgeber in dieser Sache ein Entgegenkommen, wie es bei ähnlichen Ursachen schon wiederholt gezeigt worden ist. Die Schlichtungskommission hielt sich jedoch zu streng an den Wortlaut des Vertrages. Die Maurer fügten sich, die Zimmerer verhängten aber die Sperre. Herr Fendel erklärte nun seinen Austritt aus dem Arbeitgeberverband und suchte Schutz beim Bauherrenverband. Durch dessen Vermittlung erhielt er Maurer und Zimmerer. Obwohl die Maurer nicht gesperrt hatten, wurden nach und nach sechs Maurer und fünf Arbeiter entlassen und Raubreiser eingestellt. Jetzt riß den Maurern die Geduld. Sie verhängten die Sperre. Am 14. April erfolgte eine Vergleichsverhandlung. Herr Fendel verpflichtete sich, die Differenz zwischen Stralsunder Vollohn und Rügener Landlohn zu zahlen und die Entlassenen wieder einzustellen. Es blieben zunächst noch einige Kollegen draußen. Diese sind aber am 20. April 1914 eingestellt worden. — In **Bublitz** sind die Firmen Nack und Krüger noch gesperrt, weil sie sich weigern, den Vertrag anzuerkennen. Hoffentlich gelingt es in diesem Jahre, beiden Firmen die Anerkennung abzuringen. — In **Gartz a. d. O.** war der Vertrag am 31. Dezember 1913 abgelaufen. Die Verhandlungen begannen im November 1913 und sind am 6. Januar 1914 beendet worden. Der Vertragsabschluß bringt für Maurer eine Erhöhung des Lohnes von 47 auf 52 ₰ und für Hilfsarbeiter von 36 auf 41 ₰. — In **Gollnow** wurden die Firmen H. Küster und Herzog zur Anerkennung des 1913 erstrittenen Vertrages gebracht. Gesperrt bleibt noch unser aller Bekannter Wilh. Küster. Allem Anschein nach bröckelt es unter dessen Getreuen auch schon. Bei einigem guten Nachfassen unserer Gollnower Kollegen ist der Herr auch eines Besseren zu belehren. — In **Greifswald** zahlte die Holz- und Baugesellschaft Hannemann und einige andere Firmen den vertraglichen Lohn am 1. April nicht. Die Vorstellungen beim Arbeitgeberverband haben Abhilfe gebracht. In einem Schreiben vom 18. April 1914, das uns am 19. April 1914 zuging, erklärte der Arbeitgeberverband, die vertragverletzenden Firmen hätten geglaubt, sie brauchten erst vom 1. Mai an die Lohnerhöhung zu zahlen. — In **Grimmen** kann über die Abfindungsfrage keine Entscheidung der zweiten Instanz herbeigeführt werden. Der Bürgermeister sollte den Vorsitz übernehmen. Er gab auf Antrag der Arbeitgeber ein Gutachten ab und erklärte die Akkordarbeit für zulässig. Unsere Kollegen bestanden auf eine ordnungsmäßige Behandlung der Sache. Der Herr schrieb nun zurück:

Grimmen, den 29. 3. 1914.

Auf Ihren Antrag vom 26. d. M. teile ich Ihnen mit, daß ich einem Tarifamt des Bauarbeiter- oder Zimmererverbandes nicht vorstehe und daher auch nicht berechtigt bin, eine Entscheidung des Tarifamts herbeizuführen.

Der Bürgermeister Rückert.

Auf Antrag der Arbeitgeber ein Gutachten abzugeben, hätt sich der Herr für berechtigt, zu einer ordnungsmäßigen Erledigung hätt er sich aber nicht für berechtigt. An anderen Stellen haben wir dieselbe Erfahrung gemacht. Wenn das mit dem Vertrag sich ergebende Recht auf Seite der Arbeiter liegt, wenn die Unternehmer den Vertrag verletzen, dann versagen vielfach die zweiten Instanzen. — Für das Gebiet **Groß-Ziegenort** erklärte das Gewerbegericht Randow die Akkordarbeit für zulässig, weil in den letzten drei Jahren ein Halbbauer, ein Büdner und ein Gastwirt die Ausführung von Maurerarbeiten an Gesellen gegen eine Pauschale vergeben hatten. Außerdem hatte Zimmermeister Heiden in Groß-Stepenitz Maurerarbeiten an Selbstversicherer in Akkord vergeben. Alles waren Arbeiten, die völlig den Charakter des Werkvertrages trugen und Stepenitz ist erst durch Entscheid des Tarifamts zum Gebiet Ziegenort geschlagen. — In **Gützkow** erzielten die Zimmerer eine kleine Lohnaufbesserung. Die Mehrzahl unserer Maurer hat sich aber von den Unternehmern Peters und Ramin so sehr das Herz abkaufen lassen, daß sie nicht vorwärts zu kriegen sind. — In **Jarmen** macht sich die zersplitternde Tätigkeit der „Christlichen“, die hier als Klopffechter der Bauherren auftreten, bemerkbar. Hier müßte vorgegangen werden, um zum mindesten den Demminer Vertrag allgemein im ganzen Kreis Demmin durchzudrücken. Die Mehrzahl der Maurer scheut jedes selbständige Vorgehen. — Im Gebiet **Teterow** haben sieben Unternehmer einen Vertrag unterzeichnet, der eine Gleichstellung mit Altdamm und Podejuch bringt. Fünf Unternehmer verweigern diesem Vertrage die Zustimmung. Die Streikenden sind allesamt in Arbeit gebracht. — In **Cöslin** hat das Zwischenmeistersystem so überhand genommen, daß zwei Geschäfte gesperrt werden mußten. Am 1. April ist den Hilfsarbeitern statt 2 ₰ nur 1 ₰ pro Stunde zugelegt worden. Der Vorsitzende, Herr A. Treptow, behauptete, daß für die Jahre 1914 und 1915 durch Entscheid der Unparteiischen nur 41 ₰ festgelegt seien. Dabei ist der Herr ebenfalls im Besitze der Protokolle vom 9. April 1913 und hat persönlich am 28. April 1913 diese Abmachung bestätigt. Das macht nichts. Im rechten Augenblick stellt sich immer Gedächtnisschwäche ein. — In **Lauenburg i. Pommern** gibt nur die Firma O. Hübner den Arbeitern eine Landzulage. Alle andern Firmen weigern sich, das auch zu tun. Die Arbeiter sind hier leider nur zum Teil organisiert, und die zweite Instanz, der Bürgermeister, versagt. Als es sich im Dezember 1913 um die Landzulage für Lischnitz handelte, als Kollegen entlassen wurden, die dieses Recht vertraten, da verlangte der Bürgermeister den Nachweis gesetzlicher Bestimmungen, „die dem Tarifamt gesetzliche Autorität und seinen Entscheidungen rechtsverbindliche Kraft verleihen“. Solche Bestimmungen kann man nicht nachweisen, und Treu und Glauben setzt der Herr Bürgermeister bei den Arbeitgebern allem Anschein nach nicht voraus. Leider besteht in Lauenburg eine Gegenorganisation, die sich neuerdings „bürgerlich-national“ nennt. Etwas diese nicht, dann dürfte es sehr leicht sein, zu einer guten Erfüllung des Vertrages zu kommen.

In **Rügenwalde** zahlen die Unternehmer G. Schirmer und Schikorsky den vertraglichen Lohn nicht. Eine Verständigung oder die Einberufung einer Sitzung der Schlichtungskommission lehnen sie ab. Der Bürgermeister lehnt den Vorsitz im Tarifamte ab. Hier hatten es die Arbeitgeber übernommen, vor Abschluß des Vertrages mit dem Bürgermeister hierüber zu verhandeln. Wir haben es unterlassen, brachten aber selbst den Herrn in Vorschlag. — In **Stolp** zahlt die Firma Ruth den Arbeitern auf der Arbeitsstelle in Gumbin den Vertragslohn nicht. Sie entließ unsere Mitglieder. Die Schlichtungskommission kam zu keiner Einigung. Der Vorsitzende des Tarifamtes meinte bei Einbringung unseres Antrages: „Wenn der Arbeitgeber billigere Arbeitskräfte bekommen kann, ist es ihm nicht zu verdenken, wenn er die teuren entläßt.“ Das ist eine Auffassung der Tarifidee, die man bei juristisch gebildeten Leuten nicht erwarten sollte. — In **Stettin** mußte wegen der Hilfsarbeiterlöhne die Firma C. Sandmann, der Vorsitzende des Bezirksverbandes der Arbeitgeber, erst durch eine Sperre zur Anerkennung des Vertragslohnes gezwungen werden. Die Firma Reinke & Co. mußte wiederholt um die Zahlung der Vertragslöhne angegangen werden. Diese Firma wird hauptsächlich von den Fabrikarbeitern bei ihrer Lohndrückerei gestützt. Die Fliesenleger erzwangen durch einen zweitägigen Streik einen Vertrag, der einen Stundenlohn von 80 ₰ bei Zeitlohn und eine Verbesserung der Akkordsätze bringt. — In **Stralsund** versuchen die Firmen Schröder, Hamann und Beutel die tarifliche Arbeitszeit zu umgehen. Schröder will nur unorganisierte Arbeiter einstellen. Diese „Gernegroße“ werden leider durch wankelmütige Kollegen in ihrer Einbildung stark bestärkt. — In **Swinemünde** mußte die Firma Wendlin, die bei Betonarbeit den Arbeitern 40 ₰ pro Stunde zahlte, erst durch mehrmalige Aufforderung zur Zahlung des vertraglichen Lohnes von 48 ₰ angehalten werden. Als Entschuldigung gab der Herr an, er habe den Arbeitern vor der Einstellung gesagt, daß es nur 40 ₰ geben würde. Ohne der Leitung vorher Mitteilung zu machen, nahmen die Arbeiter die Arbeit ruhig auf, verlangten aber nachher von der Leitung schnellste Regelung. Diese ist erfolgt. Richtiger ist es aber, wenn unsere Mitglieder auch in arbeitsloser Zeit streng an den Vertrage festhalten. — In **Treptow a. d. T.** ist am 9. März 1914 der 1913 fällige Vertrag unterzeichnet und schon genehmigt und gedruckt. — In **Treptow a. d. Rega** ist die größere Hälfte unserer Kollegen abgereist. In der nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten soll Freiherr v. Minigerode eine böse Stunde verlebt haben. Den Antrag unserer Kollegen, auf Erlaß der Steuern während der Aussperrung, lehnte der Herr Bürgermeister ab. Wir haben die Sympathie der Bürger auf unserer Seite und wollen hoffen, daß es uns hierbei nicht so geht wie bei allen Sympathiemitteln: „Helpt et nich, so schod et nich.“ Von Berlin, Große Seestraße 111, kam ein Transport „Raubreißer“. Die Maßregelungsmaschine arbeitet gegen uns weiter, wie nachfolgende Bescheinigung beweist:

Greifenberg i. Pom., den 18. April 1914.

Der Maurer D. war bei mir beschäftigt und muß ich denselben, da selbst Mitglied des Bauherrenverbandes — Arbeitgeberverbandes — bin, wegen Verbandsangehörigkeit (Deutscher Bauarbeiterverband) entlassen.

gez. O. Schulz. p. Bohne.

Es geht doch nichts über den Anstand im wirtschaftlichen Kampf!

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster g. gutt KG essen + köln
gerd gutt kg otto hahn straße 21 postfach 4102 49 4400 münster-roxel

Tagesordnung für die Sitzung des Haupttarifamts.

Die nächste Sitzung des Haupttarifamts wird in der Zeit vom 5. bis 7. Mai im Reichstagsgebäude in Berlin stattfinden. Die Sitzung wird folgende Tagesordnung beschäftigen:

Nummer der Sache	Ortsgruppe	Antragsteller	Gegenstand
93	Bad Reichenhall	Z.V.d.Z.	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz.
113	Hamburg	—	Berichterstattung über die Erledigung des Beschlusses vom 5. März 1914.
114	Cöslin	Z.V.d.Z.	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz betreffend Akkordarbeit.
115	Leipzig	D.V.V.	Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts Leipzig vom 21. Februar 1914.
116	Burgdorf	D.A.V.	Antrag auf Festsetzung der Lohnzuschläge für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter.
117	Oederan	"	Berufung gegen die Entscheidung der zweiten Instanz in Chemnitz betreffend Akkordarbeit.
118	Frankenberg	"	Desgleichen.
119	Frankfurt a.M.	"	1. Berufung gegen die Entscheidung zweiter Instanz. 2. Antrag auf Abschluß des Tarifvertrages.
120	Burg a. Fehm.	"	Antrag auf Entscheidung über § 4 des Tarifvertrages.
121	Kiel	"	1. Berufung gegen die Entscheidung zweiter Instanz vom 12. Februar 1914. 2. Antrag auf Entscheidung über § 4 des Tarifvertrages.
122	Ahrensböck	"	Antrag auf Zulässigkeitserklärung der Akkordarbeit für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter.
123	Meldorf	"	Antrag auf Zulässigkeitserklärung der Akkordarbeit für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter und entsprechende Ergänzung des § 5.
124	Quickborn	"	Antrag: 1. Auf Ablehnung der Bezahlung der sogenannten Freistunden. 2. Festsetzung der Lohnhöhe für Zementarbeiter.
125	Bargteheide	"	Antrag: 1. Auf Beseitigung der Bestimmungen im § 3 des Tarifvertrages. 2. Auf Festsetzung der Lohnhöhe für Zementarbeiter. 3. Auf Entscheidung über den Zusatz zum § 4.
126	Coburg	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz betreffend Akkordarbeit.
127	Stettin	"	Antrag auf Entscheidung über die §§ 2, 4 und 5 des Tarifvertrages.
128	Freiberg i. S. und Umgeb.	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz.
129	Bochum	Z.V. chr. V.A.	Antrag auf Beschlußfassung, daß der Arbeitgeberverband verpflichtet ist, über Festsetzung der Arbeiterkategorien und Lohngebiete in der zweiten Instanz zu verhandeln.
130	Hohenstein-Ernstthal	Zentralorganisat.	Tarifvertrag.
131	Pyrih	"	"
133	Bayreuth	"	"
134	Regensburg	"	"
135	Nordhausen	"	"
136	Langermünde	"	"
137	Dortmund	"	"
138	Duisburg	"	"
139	Essen	"	"
140	Gelsenkirchen	"	"
141	Hagen	"	"
142	Lippstadt	"	"
143	Münster	"	"
144	Eisenach	"	"
145	Erfurt	"	"
146	Gotha	"	"
147	Ilmenau	"	"
148	Langensalza	"	"
149	Meiningen	"	"
150	Suhl	"	"
151	Weimar	"	"
152	Finsterwalde	D.A.V.	Antrag auf Entscheidung, ob der Zimmererverband verpflichtet ist, einen Akkordtarif abzuschließen.
153	Leipzig	"	Antrag auf Entscheidung, ob die Längsbahnsteige am Hauptbahnhof zu Leipzig als Hochbauten anzusehen sind.
154	Unna	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz und Festsetzung der Lohnhöhe für Bauhilfsarbeiter.
155	—	"	Grundsätzlicher Antrag, betr. die Entscheidung Nr. 28.
156	Sülldorf-Rissen	"	Betrifft Zusatz zum § 4 über Lohnhöhe der Junggesellen.
157	Hamburg	D.A.V.	Betr. Antrag auf Aufhebung der Ziffer 2 der Entscheidung des Tarifamts v. 14. März 1914.
158	Schleswig-Holstein	"	Betrifft Antrag auf Ablehnung des Zusatzes zu § 4.
159	Hannover u. Paderborn	Z.V. chr. V.A.	Betrifft Zulässigkeit der Akkordarbeit.
160	Celle	D.V.V.	Beschwerde gegen den deutschen Arbeitgeberbund.
161	Bielefeld	"	Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts Bielefeld vom 21. März 1914, Zulässigkeit von Akkordarbeit.
162	Herford	"	Desgleichen.
163	Oeynhausen	"	Desgleichen.
164	Arnswalde, Berlinchen u. Schwiebus	Z.V.d.Z.	Beschwerde gegen den Arbeitgeberbund wegen Weigerung des Vertragsabschlusses.
165	—	"	Beschwerde gegen den Arbeitgeberbund wegen Weigerung des Abschlusses einiger Tarifverträge.
166	Neustettin	"	Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts vom 26. Februar 1914.
167	Graudenz	"	Betrifft Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts und Unzulässigkeitserklärung der Akkordarbeit.
168	Culm	"	Desgleichen.
169	Tribsees	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts.
170	Bielefeld	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts und Unzulässigkeitserklärung der Akkordarbeit.
171	Bergedorf	D.A.V.	Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts vom 17. Februar 1914.
172	Barmen-Elberfeld	"	Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts Barmen vom 26. Februar 1914.
173	—	"	Grundsätzlicher Antrag über die Anwendung des Betonschiedsspruchs.
174	Stettin	D.V.V.	Abschluß des Tarifvertrages für Anklam.
175	Jena	D.A.V.	Berufung gegen die Entscheidung der zweiten Instanz und Beschwerde gegen den Deutschen Bauarbeiterverband.
176	Mecklenburg	"	Antrag auf Entscheidung über die Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde am Sonnabend.
177	—	"	Grundsätzlicher Antrag über den Ablaufstermin der Tarifverträge.
178	Minden und Fürstentum Lippe	"	Antrag auf Entscheidung strittiger Vertragsbestimmungen gemäß Entscheidung Nr. 35.
179	Schlesien	"	Antrag auf Entscheidung über § 5 des Tarifvertrages.
180	Karlsruhe	D.V.V.	Berufung gegen die Entscheidung erster Instanz im Tiefbaugewerbe.
181	Erfurt	D.A.V.	Berufung gegen die Entscheidung zweiter Instanz.
182	Grünberg i. Schl.	"	Antrag auf Verpflichtung des Deutschen Bauarbeiterverbandes zum Vertragsabschluß.
183	Mölln	"	Antrag auf Entscheidung über 1. Lohnerhöhung, 2. Gehzeit, 3. Zuschlag für Abbrucharbeiten.
184	Hamburg	"	Beschwerde gegen den Deutschen Bauarbeiterverband.

Berichte.

Düsseldorf. Eine geradezu unglaubliche Roheit erlaubte sich am 22. April der in der Seifenpulverfabrik Henkel & Co. in Holthausen als Feuerwehrmann angestellte Herr Christian Jakobs aus Werften. In dem Betriebe der Firma Henkel & Co. müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen beim Passieren des Fabrikeinganges — ob sie nun zur Arbeit gehen oder davon kommen, ist gleich — recht oft untersuchen lassen. Die Firma fürchtet stark, daß ihr etwas gestohlen wird. Dieser Untersuchung müssen sich nun auch die zurzeit in dem Betrieb beschäftigten Bauarbeiter unterwerfen. Diese Schnüffelei geht aber mitunter recht weit. Sie soll sich sogar auf das Essen im „Henkelmann" und die Butterbrötchen der Arbeiter erstrecken. Daß die Untersucherei von den Bauarbeitern besonders lästig empfunden wird, ist sehr leicht erklärlich. Es ist deshalb schon des öfteren auch zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Untersuchern und den Untersuchten gekommen. Das war auch an diesem Tage der Fall. Weil sich der Bauarbeiter Theodor Kreutz kurz vor 7 Uhr morgens, als er zur Arbeit ging, beim Passieren des Fabrikeinganges seine in einer Papierblase befindlichen Butterbrote nicht untersuchen lassen wollte, kam es zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der obengenannte Herr Jakobs den Bauarbeiter mehrmals auf die Erde warf und ihn zu guter Letzt auf die Nase trat, wobei das Nasenbein zertrümmert wurde. Auf Anordnung eines Arztes mußte sich der Schwerverletzte ins Maria-Theresien-Krankenhaus begeben, das er höchstwahrscheinlich nur als Krüppel, zum mindesten aber entstellt wieder verlassen wird. Gegen den Herrn Jakobs ist selbstverständlich Strafantrag gestellt worden. Im Interesse des Ansehens der Firma Henkel & Co. wäre es angebracht, wenn sie diesen Mann, der sich nach dem geschilderten Vorgang nicht im geringsten zu der Arbeit des Untersuchens eignet und der als gewalttätig bekannt sein soll, von diesem Posten entfernte.

Frankfurt a. M. (Zur Agitation unter den Tiefbauarbeitern.) Es ist ja bekannt, daß dem Unternehmertum jede Regung der Arbeiterklasse um bessere Lebensstellung verhaßt ist, daß es kein Mittel scheut, das Vordringen der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Schlimmer noch als das Unternehmertum benehmen sich aber oftmals jene Leute, die das Unternehmertum zu seinen Schutze und zur Wahrung seiner Interessen anstellt: die Polizei und Schachtmeister im Tiefbau, die oftmals für wenige Pfennige Mehrlohn zu Verrätern ihrer eigenen Klasse werden. Ein eigenartiger Fall dieser Art spielte sich kürzlich auf dem neuen Bahnhofsgelände in Offenbach ab. Dort führt die Firma H. Fey aus Hanau die Erdbewegungsarbeiten aus. Sie beschäftigt hierbei einen großen Teil Ausländer, obwohl sie zurzeit noch genügend einheimische Arbeiter bekommen könnte. Aber ein Stundenlohn von 42 ₰ und darunter ist bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen gerade nicht sehr geeignet, die einheimischen Arbeiter zu befriedigen, zumal der Vertragslohn für Hilfsarbeiter im Baugewerbe in Offenbach zurzeit 51 ₰ beträgt. Die Firma gewährt also der so viel gerühmten „deutschen Arbeit" Schutz durch Zahlung von wirklichen Hungerlöhnen. Aber selbst den Ausländern ist diese Zahlung auf die Dauer zu gering, da sie ja selbst bei elfstündiger Arbeitszeit nicht in der Lage sind, auch nur einige Pfennige an ihre in der Heimat befindlichen Familien abzuführen. Sie wandten sich deshalb vor einiger Zeit an unsere Organisation, die darauf eine Aussprache mit den Arbeitern veranlaßte. Kaum hatte diese stattgefunden, als die Schachtmeister den Uebeltäter ermittelt glaubten und einen einheimischen Arbeiter zur Strafe am Morgen des nächsten Tages entließen, obwohl der Abend als die eigentliche Entlassungszeit anzusehen ist. Die Firma und ihre Schachtmeister glaubten wohl, durch die Entlassung dieses einen die Ruhe auf der Baustelle wieder hergestellt zu haben. Aber bei den Hungerlöhnen, die da gezahlt werden, knurren eben zuviel Magen, als daß Ruhe eintreten könnte. Das Vorgehen der Schachtmeister bewegte die Arbeiter erst recht, die Organisation aufzufordern, sich ihrer Sache anzunehmen. Diese bereitete eine zweite Zusammenkunft vor und beauftragte den Gemaßregelten, während der Mittagspause seine Kollegen in der Baubude aufzusuchen und ihnen die Einladung zur Zusammenkunft zu übergeben. Als dies die Schachtmeister Ludwig Wenzel und Adolf Kötter aus Oberau sahen, verfolgten sie unsern Kollegen. Sie trafen ihn in einer Baubude an, verschlossen sofort die Tür und der zwanzigjährige Schachtmeister Wenzel schrie aus Leibeskräften: „Schlagt doch den Hund mit der Picke tot, schießt doch den Lump nieder." Vor etwaigen Roheiten dieser Menschen konnte sich der Bedrohte nur durch Flucht aus dem Fenster retten. Nun aber nahmen sich die andern Arbeiter seiner an, und die Schachtmeister mußten schleunigst das Kampffeld räumen. Einer von denen, die dem Bedrohten zu Hilfe kamen, wurde auf Veranlassung der Schachtmeister abends einfach entlassen. Wie würde die ganze Unternehmerwelt nach dem Staatsanwalt schreien, wenn sich ein organisierter Arbeiter solche Straftaten, solche Bedrohung und Freiheitsberaubung zuschulden kommen ließe? Von all dieser Roheit sah der staatliche Herr Bauleiter nichts oder er wollte nichts sehen; als aber die Arbeiter Stellung gegen die Schachtmeister nahmen, da verlangte dieser Herr den Namen des Bedrohten zwecks einer Anzeige. Im Interesse des Staates möchten wir dem Herrn raten, sich mehr um die Güte der auszuführenden Arbeit, als um die Bestrebungen der Arbeiter zu kümmern. Letztere wird er nicht bannen können, sein Auftreten aber gegen die Arbeiter könnte sehr leicht zu größeren Differenzen auf der gesamten Arbeitsstelle führen, was doch wirklich nicht im Interesse beider Teile liegt. Den Tiefbauarbeitern aber rufen wir zu: Organisiert Euch und wahrt Eure Rechte durch die Organisation!

Langelsheim. In zwei gut besuchten Versammlungen, hier und in Seesen, die wir gemeinsam mit den Zimmerern und Dachdeckern abhielten, nahmen wir Stellung zu dem neuen Statut der Baugewerken-Innungskrankenkasse für den Kreis Gandersheim. Vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung war es uns nicht möglich, Verbesserungen in der Kasse durchzusetzen, da jeder Unternehmer genau soviel Stimmen hatte, wie er Arbeiter beschäftigte. Es wurde bisher eine tägliche Krankenunterstützung von ℳ 1,40 bezahlt, das sind 15 ₰ mehr als die Gemeindekrankenkasse bezahlte. Wer nun annahm, daß der Innungsvorstand und Gesellenausschuß ein neues Statut herausgeben würden, das die Kollegen befriedigen könnte, der irrte sich. Der Grundlohn für volljährige Gesellen wurde nur auf ℳ 3,20 und das Krankengeld nur auf ℳ 1,60 pro Tag festgesetzt. Die einzige Verbesserung des Statuts sind also diese 20 ₰ mehr. Die allgemeine Ortskrankenkasse hat Lohnklassen mit Grundlöhnen bis zu ℳ 5; da nun unsere Kollegen im Kreise ℳ 4 bis ℳ 4,70 verdienen, so muß nach dem Gesetz auch der Grundlohn in der Innungskrankenkasse erhöht werden, da diese doch zum mindesten die Leistungen der Ortskrankenkasse erreichen soll. Bei den Wahlen zum Ausschuß der Innungskrankenkasse gelang es uns, von zehn Sitzen acht zu erobern, und im Vorstand bekamen wir von den sechs Sitzen der Arbeiter fünf. Die Wahlzeit hatte der Herr Kreismaurermeister Schüßler als Vorsitzender wohl nicht ganz ohne Absicht so gelegt, daß es einem großen Teil der Kollegen unmöglich war, an der Wahl teilzunehmen. Anstatt in der Mitte des Kreises wurde sie in Gandersheim abgehalten. Trotzdem hatten wir eine starke Beteiligung und den Erfolg auf unserer Seite. Wie selbst ein Vertreter des Versicherungsamtes zugeben mußte, waren manche Maßnahmen des Vorsitzenden nicht richtig. Wenn wir bösartig wären, dann könnten wir alles, was bisher in den Ausschußsitzungen beschlossen wurde, für ungültig erklären lassen. Bei der Beratung des Statuts kam es für die Unternehmer nur darauf an, mit dem Beitrag nicht höher als 2 pZt. zu gehen, während die andern Kassen 3 bis 3½ pZt. erheben. Der niedrige Beitrag war für viele

kleine Unternehmer, die kaum drei bis vier Mann beschäftigen, ein Anreiz, der Innungskasse beizutreten, während sie sonst stets vor angeblicher Fürsorge für ihre Leute triefen. Die paar Pfennige, die sie in der Ortskrankenkasse an Beitrag mehr bezahlen müssen, sind ihnen zu viel, aber die ℳ 30 Eintrittsgeld in die Innung bezahlen sie gern, nebst den hohen Innungsbeiträgen. In beiden Versammlungen wurde beschlossen, bei dem Vorstand und Ausschuß der Innungskrankenkasse zu beantragen: Die Innungskrankenkasse ist mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Gandersheim zu verschmelzen, da sie ja ohnehin die gleichen Leistungen wie diese bieten muß. — Wenn dieser Antrag abgelehnt wird, dann soll der Sitz der Kasse von Gandersheim nach Seesen verlegt werden. Ferner sollen sieben Lohnklassen, von ℳ 1 bis ℳ 5, eingeführt werden. Das Krankengeld soll in allen Klassen mindestens die Hälfte des der Versicherung zugrunde gelegten Tagelohns betragen und auch für die in die Woche kalenden Festtage bezahlt werden. Die Unterstützung soll vom ersten Krankheitstage an gezahlt werden. Als Sterbegeld soll der zwanzigfache Betrag des Grundlohns, mindestens jedoch ℳ 50 gezahlt werden. Ferner soll beantragt werden, daß die Kasse den Kollegen, die von ihrer Berufsorganisation Krankengeldzuschuß erhalten, die Krankheitsbescheinigung unentgeltlich ausstellt.

Fliesenleger.

Breslau. Die am 14. April abgehaltene Mitgliederversammlung war wie gewöhnlich mäßig besucht, obwohl allen Mitgliedern bekannt war, daß eine Lohnkommission gewählt werden sollte. Es hat sich deshalb notwendig gemacht, die Wahl auf die am 10. Mai, vormittags 10 Uhr, im hiesigen Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung zu vertagen. Wir erwarten, daß die Kollegen vollzählig und pünktlich in diese Versammlung kommen. Ueberhaupt ist den säumigen und gleichgültigen Kollegen zu empfehlen, sich in Zukunft an Versammlungen und sonstigen im Interesse der Allgemeinheit getroffenen Veranstaltungen reger als bisher zu beteiligen, da sonst am Ende auch die Kollegen, die andauernd den Karren ziehen und herauszuziehen müssen, einmal müde werden und der ganzen Sache ihren Lauf lassen könnten.

Halle a. d. S. Ueber den hiesigen Fliesenlegerstreik können wir mitteilen, daß wir mit der Firma Kurt Ströfer & Co. am 17. April eine Einigung erzielt und einen Vertrag abgeschlossen haben. Am 20. April fand wieder eine Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe statt. Die Unternehmer verlangten von neuem, daß wir die verhängten Sperren aufheben und die Akkordanten Albert Schütze und Max Hänisch als Unternehmer anerkennen. Nach unserer Meinung sind dies Akkordarbeiter, die auch sonst gemeinsam mit den Fliesenlegern arbeiten. Der Zweck dieser Uebung des Arbeitgeberverbandes ist, nicht nur diese beiden Akkordanten, sondern auch die Fliesengeschäfte als Baugeschäfte anerkannt zu sehen. Damit wäre nach ihrer Meinung unser Zweck, einen besonderen Tarifvertrag für die Spezialgeschäfte im Plattengewerbe abzuschließen, vereitelt, da dann die Fliesenlegerei als Maurerarbeit anzusehen wäre. Um dies zu erreichen, tut man den Tatsachen Gewalt an und stempelt Arbeiter künstlich zu Unternehmern und reine Plattengeschäfte zu Baugeschäften. Unsere Kollegen beschlossen daraufhin, daß vom 22. April ab mit Ausnahme der Firma Ströfer überall gestreikt werden soll. Es wird also jetzt bei den Firmen Georg Bankel, Richard Wolf und Friedrich Jezeu gestreikt. Ebenso sind die Arbeiten, die von den beiden Akkordanten Schütze und Hänisch übernommen wurden, zu meiden. Wir richten das dringende Ersuchen an alle Maurer, Bauarbeiter und Töpfer, bei den bestreikten Firmen keine Fliesenarbeiten auszuführen.

Wiesbaden. Der Tarifvertrag der hiesigen Fliesenleger lief nach fünfjähriger Dauer am 31. März ab. Von der Sektion wurde der Vertrag im Dezember 1913 ordnungsmäßig gekündigt und gleichzeitig beschlossen, für die beiden Städte Mainz und Wiesbaden einen gemeinschaftlichen Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen. Im März fanden in Wiesbaden die ersten Verhandlungen mit den Inhabern der Plattengeschäfte von Wiesbaden statt. Die Unternehmer lehnten einen gemeinschaftlichen Vertrag ab, und es wurde nur für Wiesbaden verhandelt. Ohne Kampf wurde ein Vertrag abgeschlossen, der für die Fliesenleger einen vollen Erfolg bedeutet. Als hauptsächlichste Forderung war eine Lohnerhöhung von 10 ₰ und die Bezahlung des Hilfsarbeiters auf Kosten des Unternehmers aufgestellt. Die Arbeitszeit beträgt nach dem neuen Vertrage wie bisher neun Stunden. Der Stundenlohn steigt sofort um 5 ₰ und beträgt bis zum 30. Juni 1915 75 ₰, vom 1. Juli 1915 bis zum 31. März 1917 80 ₰. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 20 ₰ und für Nacht- und Sonntagsarbeit von 60 ₰ bezahlt. Die Lohnzahlung erfolgt am Freitag abend. Bei Arbeiten außerhalb des Stadtbezirks von Wiesbaden wird das Fahrgeld und ein Zuschlag von 10 ₰ als Vergütung für Fahr- und Laufzeit bezahlt. Das Material wird dem Leger an die Verwendungsstelle gebracht. Den Hilfsarbeitern ist der im Hochbaugewerbe festgesetzte tarifliche Stundenlohn für Hilfsarbeiter zu bezahlen. Für auswärtige Arbeiten wird dem Leger eine Zulage von ℳ 2,30 pro Tag und alle vier Wochen eine freie Hin- und Rückfahrt dritter Wagenklasse gewährt, wenn die Arbeit von längerer Dauer ist. Die bisher üblichen Akkordpreise für Fußbodenbelag und Wandbekleidung wurden allgemein um 10 pZt. erhöht, die einzelnen Akkordpositionen ergänzt und auch neue geschaffen. Dem Vertrage traten alle Unternehmer von Wiesbaden bei.

Gipser und Stukkateure.

Essen a. d. R. Die Putzarbeiten der Baufirmen Wienhusen & Daniel sowie Kleinhenne & Graute sind gesperrt. Im vorigen Jahre ist zwischen den beteiligten Arbeiterorganisationen und dem Rheinisch-Westfälischen Stuckgewerbeverband ein Vertrag für das Stuck- und Putzgewerbe abgeschlossen worden. Leider richten sich die Baugeschäfte nicht nach diesem Vertrage, so daß hier die Putzarbeiten weit unter Tarif ausgeführt werden. Um hier Wandel zu schaffen, sind in obigen Baufirmen die Stuck- und Putzarbeiten gesperrt worden. Es ist möglich, daß diese Bewegung einen größeren Umfang annimmt; wir fordern deshalb alle Kollegen auf, wenn ihnen in irgendeinem Baugeschäft Stuck- und Putzarbeiten in Akkord angeboten werden, diese zu verweigern. In Zweifelsfällen wende man sich an die Zweigvereinsleitung.

Reutlingen. Die Unternehmer haben bis jetzt an die im Vertrage vorgesehene Lohnerhöhung nicht gedacht. Ein Schreiben der Organisation dieserhalb wurde von ihnen nicht beantwortet. Von uns wurde die Stadtverwaltung als Vermittlerin angerufen. Es sollte zu diesem Zweck auch eine Aussprache stattfinden. Die Gipsermeister lehnten aber die Aussprache mit der Begründung ab, daß sie nur mit ihren Arbeitern selber verhandeln wollten. Das bedeutet, daß die Unternehmer trotz Vertragsabschlusses im vorigen Jahre unsern Verband nicht anerkennen. An den Gesellen wird es nun liegen, daß die Bäume der Innungsgrößen in Reutlingen nicht in den Himmel wachsen. Bei einigen Firmen dürfte es aus diesem Anlaß zur Arbeitseinstellung kommen. Die Gipser werden deshalb ersucht, in Reutlingen keine Arbeit anzunehmen, bevor nicht die Differenzen geregelt sind.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

*

Braunschweig. Am 20. April stürzte der Maurer Konrad Hoffmann rücklings auf einem Fabrikanbau an der Taubenstraße von einem etwa 7 m hohen Gerüst. Er brach sich das Genick und war sofort tot. — Am demselben Tage stürzte der Maurer Bokelmann etwa 8 m von einer Leiter ab und erlitt einen Bruch des rechten Handgelenks, eine Gehirnerschütterung und Rückgratverletzung. Bokelmann wollte ein Brett die Leiter hinaufbringen, stieß damit gegen einen vorstehenden Riegel, kam dadurch aus dem Gleichgewicht und stürzte ab.

Bunzlau. Im der Amalienhütte wird zurzeit ein Schmelzofen erbaut. Zum Schutz für die unterhalb des Baues beschäftigten Arbeiter ist ein Schutzdach aus Blech angebracht. Am 24. April hob nun ein Windstoß das Dach ab. Es fiel so unglücklich auf den Maurer Paul Schädel, daß dieser eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Der Unfall ist auf die mangelhafte Befestigung des Daches zurückzuführen.

Dessau. Am 21. April stürzte der Kollege Karl Seelmann auf unerklärliche Weise zirka 8 m tief ab. Er war mit Putzarbeit an einer Hinterfront beschäftigt. Schwerverletzt wurde er nach der Volkmannschen Klinik gebracht. — Am 22. April verunglückte der Kollege Schär aus Klautsch dadurch, daß er, um einen Umweg zu sparen, über eine einhalb Stein starke frisch gemauerte Wand ging. Dabei kippten einige Steine um und der Kollege stürzte zirka 3½ m tief ab. Er mußte seine Wohnung aufsuchen.

Dortmund. Am 24. April stürzte am Neubau der Firma Holtkötter & Krüger, Wielandstraße, das Hauptgerüst herab. Durch die herunterfallenden Bauteile wurde der Bauhilfsarbeiter Nicolaus Stonieczny derart getroffen, daß er in bewußtlosem Zustande dem Krankenhause zugeführt werden mußte. Der Kollege scheint neben mehreren äußerlichen Verletzungen auch innerlich verletzt zu sein. Am gleichen Tage verunglückte auch an der Werner Schule ein Kollege durch das Brechen einer Leitersprosse. Wenn man sich jetzt die Baugerüste, Abdeckungen, überhaupt die Bauten wie sie hier hochgeschlagen werden, betrachtet, dann muß man sich wundern, daß nicht mehr Unfälle geschehen. Bezeichnend ist es, daß bis zur Abfassung dieses Berichts von seiten der Baupolizei und Berufsgenossenschaft eine Besichtigung beider Unfallstellen noch nicht stattgefunden hatte. Hier bewahrheitet es sich wieder, daß erst Abhilfe geschaffen werden kann, wenn wir Baukontrolleure aus den Kreisen der Arbeiter haben.

Dresden. Am 24. April wurde dem Hilfsarbeiter Paul Zeller bei der Firma Wayß & Freytag am Speicherneubau in der Freiberger Straße beim Verlegen von Eisenstäben das linke Auge vollständig ausgestoßen. Der Kollege wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Erlangen. Auf dem zu Universitätszwecken umgebauten früheren markgräflichen Schlosse verunglückte der Hilfsarbeiter Wittbach dadurch, daß sich beim Mörtelaufzug ein leeres Mörtelschaff aus seiner Schlinge löste und dem Kollegen auf die Schultern fiel, was seine Ueberführung in das Universitätskrankenhaus notwendig machte. Ein Schlüsselbeinbruch und sonstige Verletzungen sind die Folgen mangelnder und ungenügender Schutzmaßregeln.

Gleiwitz. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier am 18. April beim Neubau des Beamtenwohnhauses an der Ulanenkaserne. Der Kollege Traskallik hielt sich an einer Holzsäule des Daches fest in der Meinung, sie wäre festgenagelt. Da dies nicht der Fall war, stürzte er die vier Stock in die Tiefe. Schwer verletzt wurde er in das Krankenhaus übergeführt.

Hamburg. Am 18. April versagte auf einer Baustelle am Kuhdeich an einem Kran die Bremse beim Winden. Die Lori, die in die Schute zurückschlug, traf den Arbeiter Mucha derart, daß er schwere innere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus befördert. Mangelhafte Betriebseinrichtung war hier die Ursache des Unfalles. Wie die Firma Heitmann die Gesundheit der Arbeiter einschätzt, zeigt folgendes. Gleich nach dem Unfall wurde die Arbeit von der Behörde sistiert. Trotzdem am Montagmorgen die Bremse noch nicht in Ordnung war, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — Am 20. April brach beim Holzaufziehen an einem Bau in der Martin-Luther-Straße der Fahrbaum. Die Ursache war unsachgemäßes Arbeiten. Der Fahrbaum war nach dem Bau zu nicht abgeschwertet. Es ist unverständlich, wie in solcher leichtsinnigen Weise drauflosgearbeitet werden kann; nicht allein die Arbeiter werden bei solcher Arbeitsweise gefährdet, sondern auch die Passanten.

Insterburg. Am 18. April stürzte auf dem Neubau Ecke Luisen- und Schlenthersstraße, der von dem Unternehmer Szagun ausgeführt wird, das Treppenhaus ein. Hierbei verunglückten zwei Maurer, die mit dem Aufstellen der Treppe beschäftigt waren. Einer von ihnen kam mit leichteren Verletzungen davon, während der andere verschüttet wurde und seine Leiche erst abends um 9 Uhr geborgen wurde. Der Körper war zu einer unförmlichen Masse zerquetscht worden. Der Unfall ist auf Verwendung schlechten Materials zurückzuführen und auf das Antreiben des Unternehmers. Die Feuerwehr, die zu den Aufräumungsarbeiten zugezogen war, rückte aber bald wieder ab, da befürchtet wurde, es könnten noch weitere Teile des Baues einstürzen. Nun fand sich aber der Unternehmer Lindenau ein, der in der Nähe selbst einige Bauten ausführt. Dieser veranlaßte die weiteren Aufräumungsarbeiten. Es gingen nun einige unserer Kollegen freiwillig daran und haben dann auch die Leiche geborgen. Nebenbei bemerkt, ist der Unternehmer Szagun einer der tollsten Sozialistenfresser, trotzdem er früher Zimmergeselle und auch frei organisiert war.

Kattowitz. Beim Ausbessern einer Fassade stürzte am 18. April der Maurer Frömel vom Leitergerüst aus einer Höhe von 6 m so unglücklich aufs Straßenpflaster, daß er sofort starb. Die Ursache dieses Unfalls dürfte darin zu suchen sein, daß der Kollege der gefährlichen Arbeit auf Leitergerüsten fremd war und dabei einen Fehltritt tat.

Leipzig. An dem Neubau der Oberrealschule am Nordplatz stürzte am 18. April ein Mechanikerlehrling aus etwa 3 m Höhe von einer Leiter herab. Der junge Mann erlitt durch den Sturz außer mehrfachen Handabschürfungen, Quetschungen und Verstauchung des linken Handgelenks, die ihn zwangen, sich nach Hause zu begeben. — Auf einem Neubau in der Ahnaundorferstraße brach am 23. April ein Pfosten des im Innern des Baues aufgestellten Gerüstes. Ein auf dem Pfosten stehender Zimmerpolier aus Großdeuben stürzte dabei 3 m tief in den Keller hinab und zog sich durch den Sturz eine so erhebliche Rückenquetschung zu, daß er mit dem Krankenautomobil nach dem Krankenhause St. Georg gebracht werden mußte.

Minden i. W. Am 25. April ereigneten sich hier zwei schwere Unfälle. Gegen 9 Uhr vormittags wurde ein italienischer Erdarbeiter verschüttet, der bei der Firma Möldes & Co. an Entwässerungskanal beschäftigt war. Das Unglück ist auf die mangelhafte Absteifung der Baugrube zurückzuführen, die unter dem Druck der Erdmassen vollständig zusammenbrach. Der verunglückte Kollege konnte nur als Leiche geborgen werden. — Um 1 Uhr mittags stürzte der Maurer Narulm aus Hausberge ab. Er war an der Weserbrücke beschäftigt. Um zu seiner Arbeitsstelle zu gelangen, mußte der Kollege das Brückengeländer übersteigen, dabei ist er jedenfalls abgerutscht und zirka 7 m tief gefallen. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch, an dem er auf dem Wege zum Krankenhause starb. Acht unversorgte Kinder trauern an dem Grabe ihres Vaters.

Penig. Am 18. April verunglückten zwei Arbeiter bei dem Abbruch einer Mauer in der Vogelschen Fabrik in Lunzenau. Zuerst verlor ein Kran bei dem Herablassen eines 20 Zentner schweren Trägers das Gleichgewicht und fiel um. Dabei wurde der Maurer Bruno Thieme aus Niederheim so unglücklich getroffen, daß er schwerverletzt ins Krankenhaus überführt werden mußte. Eine Stunde später wurde der Arbeiter Mitschler durch herabfallende Steinmassen verletzt, so daß er ärztliche Hilfe aufsuchen mußte.

Die Baukosten für großstädtische Schulen. Sicher wird es alle Bauarbeiter interessieren, wie hoch sich der Preis einer Klasseneinheit für Schulen verschiedener Großstädte stellt. Herr Stadtbaurat Perrey in Mannheim hat versucht, nachdem ihm von den städtischen Kollegien der Vorwurf gemacht worden war, daß in Mannheim die Schulbauten am teuersten seien, durch statistische Umfrage die Preise der Schulbauten in verschiedenen Großstädten festzustellen. Als Grundlage wurden die Kosten der Klasseneinheit und des Arbeitsplatzes der Schüler angenommen. Es stellten sich die Preise wie folgt. Die Klasseneinheit kostet in

Leipzig	ℳ 12 961,94
Gelsenkirchen	„ 13 124,74
Stettin	„ 14 714,10
Breslau	„ 14 893,60
Bremen	„ 14 932,29
Hamburg	„ 15 593,81
Halle a. d. S.	„ 15 604,52
Frankfurt a. d. O.	„ 16 375,—
Regensburg	„ 16 414,45
Darmstadt	„ 16 481,48
Barmen	„ 16 548,22
Kattowitz	„ 16 916,67
Plauen i. V.	„ 17 378,81
Straßburg i. E.	„ 17 677,42
Mannheim	„ 17 912,70
Braunschweig	„ 17 932,30
Dresden	„ 18 104,95
Freiburg i. B.	„ 18 118,31
Offenbach a. M.	„ 18 262,85
Dortmund	„ 18 731,98
Schöneberg	„ 18 836,—
Stuttgart	„ 19 231,80
Frankfurt a. M.	„ 19 239,84
Karlsruhe	„ 19 770,83
Cassel	„ 19 942,42
Chemnitz	„ 19 957,54
Schwerin i. M.	„ 20 000,—
Pforzheim	„ 20 861,69
Essen	„ 21 162,16
Charlottenburg	„ 21 831,18
München (der letzte Durchschnitt von acht Schulen)	„ 23 953,20

Von den neuen Schulen in München kostet die Klasseneinheit der Schule an der Sieboldstraße ℳ 28 321,80, die Schule an der Schwanthalerstraße ℳ 31 452,50. Der Preis der vor 25 Jahren gebauten Friedrichsschule in Mannheim stellte sich in der Klasseneinheit auf ℳ 19 740. Der Durchschnittspreis der letzten zehn gebauten Schulen war

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster
g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG
otto-hahn-straße 21
postfach 41 02 49
4400 münster roxel

M. 17 912,70. Bei den letzten zehn Schulen wurde das Dachgeschoß ausgebaut, wobei das Quadratmeter *M.* 80 kostet; in den übrigen Geschossen kostet das Quadratmeter *M.* 200. Dabei ist aber wieder zu berücksichtigen, daß der Anteil der Nebenräume von 25,4 pZt. auf 42,35 pZt. gestiegen ist. Unser Vertreter im Mannheimer Stadtverordnetenkollegium hat auch sofort nach diesen Ausführungen festgestellt, daß es eine falsche Behauptung sei, wenn gesagt werde, das Bauen sei durch das Steigen der Löhne teurer geworden. Als die Friedrichsschule gebaut wurde, war der Lohn eines Maurers 38 bis 40 ₰ die Stunde. Außerdem wurde an dieser Schule in Akkord gearbeitet, wobei die Maurer wegen der verlangten sauberen Arbeit nicht einmal diesen Stundenlohn erreichten. (Eine Garantie für den Stundenlohn bestand nicht, weil kein Vertrag vorhanden war.) Bei dem Bau der letzten zehn Schulen war der Durchschnittslohn eines Maurers 60 ₰, wobei im Akkord noch bedeutend höhere Löhne erzielt wurden. Dabei war auch der Stundenlohn bei Akkordarbeit durch Vertrag garantiert. Der äußere und innere Ausbau der letzten zehn Schulen ist aber nicht etwa schlechter, sondern besser geworden.

Jos. Pfliegner, Mannheim.

Der Distelrasentunnel. Die Eisenbahnzüge, die auf der Strecke zwischen Hanau und Fulda verkehrten, mußten bisher in der Station Elm eine Spitzkehranlage passieren, weil zwischen den Stationen Schlüchtern und Rückers die Wasserscheide zwischen Main und Fulda, der Distelrasen, als Hindernis lag. Die Ingenieure scheuten jahrzehntelang vor dem Durchstich dieses nicht einmal sehr hohen Hügels zurück wegen der schwierigen Gebirgsverhältnisse. Tatsächlich sind eine ganze Anzahl Tunnels gebaut worden, die weit länger sind und weit mehr Gebirgsmassen über sich haben als der Distelrasentunnel. Vom 1. Mai werden nun die Züge auch unter dem Distelrasen herdonnern. Bis man jedoch so weit kam, hatten die Erbauer sehr viele Schwierigkeiten zu überwinden, die an großen Tunnels, die den Laien als technische Wunderwerke erscheinen, nicht zu verzeichnen waren. Durch den Bau des Distelrasentunnels wird die Eisenbahnstrecke um 7 km abgekürzt. Bevor der Bau in Angriff genommen wurde, hat man den Berg mit 30 Bohrlöchern bis zu 60 m tief untersucht, um möglichst genaue Aufschlüsse über die Gebirgsverhältnisse zu haben. Im Winter begann die Firma Grün & Bilfinger aus Mannheim mit den Tunnelarbeiten. Die Richtung des 3,6 km langen Tunnels geht von Südwest nach Nordost; die Sohle steigt in der gleichen Richtung im Verhältnis von 1 : 111. Danach liegt also der nördliche Ausgang des Tunnels um 32,7 m höher als der südliche Ausgang. Bei dem Stollenvortrieb stieß man schon nach 200 m auf Tonschichten, unter deren Druck die stärksten Stempel (hölzerne Stützen) wie Strohhalme knickten. Der fette schluffige Ton umklammerte das eingebaute Holzwerk ganz dicht und zersplitterte es. Es war zuletzt unmöglich, den Sohlenstollen weiter mit Holz auszubauen, man mußte dafür sehr starke Eisenträger verwenden. Später verwendete man eiserne Vortriebschilde mit nachfolgendem Eisenausbau und Betonierung. Auch außerhalb der Tonschichten war der Gebirgsdruck so stark, daß man der Gewölbemauer eine Stärke von 77 bis 116 cm geben mußte. Der Vortriebschild hatte einen Durchmesser von 11 m und wurde mit 20 Wasserdruckpressen vorgetrieben. Mit diesen Pressen konnte ein Druck von 5000 Tonnen ausgeübt werden. Die durchschnittliche Tagesleistung im Vortrieb betrug 0,60 m oder zirka 50 cbm Gebirgsmasse. Auf jeden Meter Tunnellänge mußten 200 Zentner Eisen und 43 cbm Beton eingebaut werden. Die zu bewältigenden Tonstrecken betrugen 430 m. Die Baukosten des Tunnels betragen 9½ Millionen Mark, das sind 2 Millionen Mark mehr als der Preis bei normalen Tunnelbauten ausmachen würde. Die Zahl der an dem Bau beschäftigten Arbeiter betrug zeitweilig bis 800. Darunter waren fast alle osteuropäischen Nationen vertreten, sogar deutsche Arbeiter wurden in geringer Anzahl beschäftigt. Bei dem Bau ereigneten sich acht tödliche Unfälle. An Erkrankungen der Atmungsorgane starben 10 Mann, so daß also der Bau in fünf Jahren 18 Menschenleben kostete, ungerechnet der Arbeiter, die ihre gesunden Glieder einbüßten. Bei der Gesteinssprengung wurden 120 000 kg Dynamit verbraucht.

sk. **Mangelhafte Betonpfeilergründung als Ursache eines Hauseinsturzes.** Ein eigenartiger Fall eines Bauvergehens, bei dem wichtige Fragen des Eisenbetonbaues zu behandeln waren, beschäftigte am 20. Februar 1914 den 4. Strafsenat des Reichsgerichts. Der Tiefbauunternehmer H. in Danzig-Langfuhr, errichtete 1911 auf seinem Grundstück ein Wohnhaus, wobei er die Betonfundamentierung und den Bau der Eisenbetondecke des Kellergeschosses der Firma Jansen, Ostdeutsche Betongesellschaft, übertrug, die mit der Leitung dieser Arbeiten ihren Bauführer, den Regierungsbaumeister a. D. Georg Kirn, beauftragte. Da auf dem Grundstück ein guter Baugrund erst unter einer starken Torfschicht anzutreffen war, wurde zwecks Kostensparung bei der Anlage der Fundamente beschlossen, nicht die Torfschicht abzugraben sondern Betonpfeiler hindurchzutreiben, die auf kräftigen, auf gutem Baugrund ruhenden Fundamentplatten fußen sollten. Nachdem auf diese Weise, wobei der Bauherr H. selber die Ausschachtungsarbeiten vornehmen ließ, Betonpfeiler gebaut worden waren, wurden über sie Unterzüge gelegt, auf denen sich nunmehr das eigentliche Bauwerk erhob. Am 30. Oktober 1911 waren die Mauern bereits bis zum Dachgeschoß aufgeführt. An diesem Tage ging der Zimmermann M. daran, im Keller die Eisenbetondecke durch Beseitigung der Stützen „auszurüsten". Plötzlich stürzte die Decke ein, die Mauern kamen ins Wanken und so brach der gesamte nach der Straße zu gelegene Gebäudeteil in sich zusammen. M. wurde ernstlich verletzt, konnte sich aber noch retten; sonst ist niemandem etwas geschehen. Eine baupolizeiliche Erlaubnis zur Abrüstung der Decke war nicht eingeholt worden. Als unmittelbare Ursache des Unfalls ergab sich das Einknicken von drei Unterzügen infolge Nachgebens und Einsinkens von zwei Pfeilern, wobei bei einem ein nachträglich angesetzter Teil sich in die Längsrichtung abgespalten hatte. Das Nachgeben der Pfeiler war nicht auf unrichtige statische Berechnung, sondern auf folgende Fehler zurückzuführen: Das Betonmaterial war zu minderwertig für die darauf ruhende Last; die Fundamentplatten der eingesunkenen Pfeiler hatten den guten Baugrund nicht erreicht, sondern lagen teilweise rund 1 m darüber, daher vor allem das Nachgeben; das Eindringen des Torfes hatte ein genügendes Abbinden des Betons verhindert und zur Entstehung von Torfnestern geführt, wodurch das Gewicht exzentrisch verteilt und die Tragfähigkeit bedeutend vermindert wurde; statt der vorgeschriebenen Stärke von 40 mal 40 cm, waren die Pfeiler nur 30 mal 30 cm stark, so daß die notwendige sechsfache Sicherheit bei weitem nicht erreicht wurde; einen Verstoß stellte es weiterhin dar, daß ohne Prüfung der Bindungsmöglichkeit an den einen Pfeiler der Länge nach ein Ergänzungsstück angesetzt worden war; schließlich war auch der Beton schlecht gemischt und nicht sorgfältig eingestampft worden. Die Schuld wurde in erster Linie dem Kirn als Leiter des Betonbaues und dem von ihm mit der Bauaufsicht beauftragten Techniker Schilling zur Last gelegt. Das Landgericht Danzig hat beide am 21. August 1913 wegen Baukunstvergehens (§ 330 des Strafgesetzbuches) zu Geldstrafen verurteilt, weil sie schuldig seien, bei der Leitung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst dergestalt gehandelt zu haben, daß hieraus für andere Gefahr entstanden sei. Die Urteilsgründe der Strafkammer äußern sich hierüber wie folgt: Abgesehen von dem unmittelbaren Anlaß, dem verfrühten Abrüsten der Kellerdecke, sei die eigentliche Ursache des Unfalls in der mangelhaften Gründung der Betonpfeiler zu erblicken. Dem H., der hier nur Unternehmer der Erdarbeiten gewesen sei, könne nicht zur Last gelegt werden, daß die Fundamentplatten den guten Baugrund nicht erreicht hätten. Die Verantwortung treffe vielmehr den Bauleiter Kirn, der sich um eine derart schwierige und gefährliche Arbeit persönlich hätte kümmern, andernfalls, wenn er durch andere dringende Beschäftigungen in Anspruch genommen war, für eine geeignete und ausreichende Bauaufsicht hätte sorgen müssen. Nun sei zwar der von ihm zur Vertretung bestellte Techniker Schilling ein geeigneter Leiter, keinesfalls aber ausreichend gewesen, da er wegen Arbeitsüberlastung sich nicht genügend um die Fundamentierungsarbeiten habe kümmern können. Da Kirn hiervon Kenntnis gehabt habe, wäre es seine Pflicht gewesen, für eine Entlastung Schillings zu sorgen. Durch Verabsäumung dieser Pflicht habe Kirn die Verstöße gegen die Baukunstregeln verschuldet. Der gleiche Vorwurf richte sich gegen Schilling, da er mit der unmittelbaren Arbeitsaufsicht einen Polier beauftragt habe, der noch nie bei Eisenbetonarbeiten tätig gewesen und, da er es unterlassen habe, selber, ungeachtet der Angaben des H., daß der gute Baugrund bereits erreicht sei, mit der Sondiernadel die Bodenverhältnisse zu untersuchen. Durch Erfüllung dieser Aufsichtspflichten würde der Einsturz verhütet worden sein. Kirns Revision beim Reichsgericht rügte, daß ein Beweisantrag des Kirn, außer zwei bereits hinzugezogenen Sachverständigen auch noch den Baurat Pommer-Leipzig, als Gutachter über betonbautechnische Fragen zu vernehmen, von der Strafkammer mit unzureichender Begründung abgelehnt worden sei. Entgegen dem Antrage des Reichsanwalts, der die Revision für begründet hielt, hat indessen das Reichsgericht auf Verwerfung der Revision erkannt, da ihr Vorbringen, daß der Antrag auf Hinzuziehung eines dritten Sachverständigen zu Unrecht abgelehnt worden sei, nicht für durchschlagend erachtet werden könne.

Soziales.

Die Kundgebung für Fortführung der Sozialreform, die die Gesellschaft für Soziale Reform am 10. Mai, mittags 12 Uhr, in Berlin veranstaltet, findet in der Neuen Welt statt. Die Hauptredner sind Prof. Dr. Francke und Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch. Am 9. Mai hält die Gesellschaft in den Bismarck-Sälen, Berlin, Neue Grünstraße 28, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Hier werden das Koalitionsrecht (Redner: Prof. Dr. Keßler-Jena) und der Erfinderschutz (Redner: Dr. Bell) besprochen werden. Außerdem sollen die Wünsche einzelner in der bisherigen Sozialpolitik besonders vernachlässigter Gruppen, zum Beispiel der Gastwirtsgehilfen, Krankenpfleger, Bureauangestellten sowie der Angehörigen einiger künstlerischer und technischer Berufe, kurz zur Sprache kommen. Beide Veranstaltungen sind öffentlich.

RVK. **Ansprüche der Angehörigen aus der Unfallversicherung.** Die nach der Reichsversicherungsordnung gegen Unfall versicherten Arbeiter und Angestellten haben bekanntlich bei einem Betriebsunfall fest umgrenzte Entschädigungsansprüche. Daneben können jedoch auch die Angehörigen von Unfallverletzten unter bestimmten Voraussetzungen Ansprüche erwerben, über deren rechtliche Natur noch sehr viel Unklarheit besteht. Die Unfallrente selbst können die Angehörigen nur in einem Falle an Stelle des Verletzten beziehen; nämlich dann, wenn er sich den Unfall beim Begehen einer Handlung zugezogen hat, die nach strafgerichtlichem Urteil ein Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen ist. Die Entschädigung kann dem Verletzten bei dieser Sachlage ganz oder teilweise versagt und dafür den Angehörigen überwiesen werden. Führt der Unfall zum Tode, so ist den Hinterbliebenen ein Sterbegeld von mindestens *M* 50 zu zahlen; doch wird diese Leistung wohl in der Regel von der gleichfalls Sterbegeld zahlenden Krankenkasse beansprucht werden. Ferner sind im Falle des Todes infolge Betriebsunfalls Hinterbliebenenrenten zu zahlen. Die Witwe erhält bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheiratung ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes ihres Mannes. Der Jahresarbeitsverdienst wird in der Regel nach dem Dreihundertfachen des durchschnittlichen Tagesverdienstes berechnet und, soweit er *M* 1800 übersteigt, nur mit einem Drittel angerechnet. Ist die Ehe aber erst nach dem Unfall geschlossen, so besteht kein Anspruch. Heiratet die Witwe wieder, so erhält sie den dreifachen Betrag ihrer Rente als Abfindung. Die Waise erhält den gleichen Betrag wie die Witwe bis zum vollendeten fünfzehnten Lebensjahr. Für ein uneheliches Kind wird die Rente nur gezahlt, soweit der Verstorbene seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht nachgekommen ist. Das uneheliche Kind hat auch dann Waisenrente zu beanspruchen, wenn seine Mutter bei einem Betriebsunfall getötet wird. War eine Ehefrau wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes genötigt, ihre Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst zu unterhalten, und wird sie bei einem Betriebsunfall getötet, so haben die Hinterbliebenen, also auch der Ehemann, für die Dauer der Bedürftigkeit die gleichen Ansprüche, wie beim Tode des erwerbstätigen Ehemannes. Wenn die Ehefrau erwerbstätig war, weil der Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und seiner Unterhaltspflicht gegen die Kinder nicht genügt hat, so steht den Kindern der gleiche Rentenanspruch zu.

Neben der Ehefrau und den Kindern haben auch Verwandte der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern) für die Dauer der Bedürftigkeit Anspruch auf eine Rente von zusammen einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes. Voraussetzung ist hier, daß der Verstorbene diese Verwandten wesentlich aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat. Die neuere Rechtsprechung geht in diesen gar nicht seltenen Fällen dahin, daß der Anspruch auch dann besteht, wenn noch andere Kinder zum Unterhalt der Eltern oder Großeltern beitragen, der Verdienst des Verstorbenen aber für die Lebenshaltung der Familie wesentlich war. Der gleiche Anspruch auf ein Fünftel des Verdienstes besteht, wenn der Verstorbene elternlose Enkel hinterläßt, die er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat. Die Renten sämtlicher Hinterbliebenen können jedoch zusammen nicht mehr als drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes betragen. Sind mehr Kinder vorhanden, so werden die Renten des hinterbliebenen Ehegatten und der Waisen anteilmäßig gekürzt. Hinterläßt der Verunglückte zum Beispiel eine Frau mit fünf Kindern, so erhält jeder statt ein Fünftel nur ein Zehntel. Verwandte der aufsteigenden Linie und Enkel haben nur Anspruch, soweit die vorher genannten Anwärter weniger als jene drei Fünftel nicht erschöpfen. Ein weiterer Anspruch der Angehörigen ist der auf Angehörigenrente für die Zeit, während der sich der Verletzte in Heilanstaltspflege der Berufsgenossenschaft befindet. Darüber hinaus kann bei Bedürftigkeit noch eine besondere Unterstützung gewährt werden. Des öftern ist der Verletzte gestorben, bevor das Rentenfeststellungsverfahren und ein daran anschließender Rentenstreit von der letzten Instanz beendet ist. Die festgestellte Entschädigung ist dann trotzdem zu zahlen, und zwar sind die Angehörigen, wenn sie mit dem Berechtigten in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben, in folgender Reihenfolge anspruchsberechtigt: der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, die Geschwister. Schließlich kann den Angehörigen die Rente des Verletzten auf Zeit überwiesen werden, und zwar dann, wenn die Rente für ihn selbst ruht, weil er eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Monat verbüßt oder in einem Arbeitshaus oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Die Ansprüche der Angehörigen aus der Unfallversicherung sind danach so mannigfacher und teilweise so komplizierter Art, daß man in einem solchen Falle stets gut tut, sachverständigen Rat einzuholen.

Der Wert der gewerblichen Sondergerichte.

Bei der Arbeiterschaft besteht kein Zweifel darüber, daß die gewerblichen Sondergerichte — Gewerbe- und Kaufmannsgerichte — eine sehr segensreiche und für die heutige Zeit geradezu unentbehrliche Einrichtung sind, die jede mögliche Förderung und Ausdehnung verdient. Auch die sozial gesinnten Unternehmer erkennen den Wert dieser Sondergerichte rückhaltlos an. Doch befinden sich in den Kreisen des Unternehmertums auch noch heftige Gegner dieser Gerichte, besonders in jenen Industriezweigen, wo das Unternehmertum noch nicht durch starke Gewerkschaften zur Aufgabe seines Herr-im-Hause-Standpunktes und zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter gezwungen werden konnte. Ebenso ist die Beurteilung dieser Gerichte durch die Juristen sehr verschieden. In den „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung" (herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von Julius Springer, Berlin), bespricht Gewerbegerichtsdirektor Dr. Prenner-München die Stellungnahme des 31. Deutschen Juristentages und der Deutschen Handwerks- und Gewerbekammern zu dieser Frage. Der Juristentag von 1912 hat das Thema der Sondergerichte beraten; aber die von Sinzheimer und Dr. Klein gestellten Anträge auf Ausdehnung der Sondergerichte abgelehnt, ohne jedoch damit eine Verwerfung aller Sondergerichte aussprechen zu wollen. Mit Recht weist Dr. Prenner darauf hin, daß diese Stellungnahme den Mut der Konsequenz vermissen lasse. Er ist für die weitere Ausdehnung der gewerblichen Sondergerichtsbarkeit. Wir müssen aber schon erklären, daß wir gegen die Anwendung der Mittel, durch die er seine Ziele erreichen will, schwere Bedenken haben.

Dr. Prenner will nämlich die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, „so, wie sie stehen und gehen", an die Amtsgerichte angliedern. Damit hofft er die Gegnerschaft aus den Kreisen der ordentlichen Richter und der Wahrer der einheitlichen Justizhoheit überwinden zu können. Gleichzeitig will er mit dieser Maßregel, wie er in einem früheren Aufsatz in den „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung" ausführte, die Unabhängigkeit der Vorsitzenden der gewerblichen Sondergerichte sicherstellen. Er weist darauf hin, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zwar Statsgerichte sind, daß aber die Vorsitzenden dieser Gerichte nach den betreffenden Gesetzen durch den Magistrat oder die Gemeindevertretung „mindestens auf ein Jahr" gewählt werden. Das seien Behörden, die durch die Tätigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsvorsitzenden unmittelbar berührt werden. Denn nicht selten müßten die einflußreichsten Vertreter der Bürgerschaft, die aus Gewerbetreibenden, Fabrikdirektoren, Kaufleuten, Angestellten usw. beständen und die auch die einflußreichsten Wähler der Gerichtsvorsitzenden seien, vor denselben Gerichten ihr Recht nehmen, dessen Vorsitzende sie zu wählen hätten. Auch die Gemeinden selbst müßten unter Umständen wiederholt vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht als Partei erscheinen, wobei es schon vorgekommen sei, daß die Anschauung des Magistrats als unzutreffend erklärt und die Gemeindeverwaltung verurteilt

wurde. Diese und andere Tatsachen seien in hohem Grade geeignet, die Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in den Augen jener Leute zu diskreditieren, die möglicherweise alljährlich berufen seien, über das Sein oder Nichtsein des Vorsitzenden zu entscheiden. Die Gemeinden hätten es jederzeit in der Hand, in ganz gesetzmäßiger Weise jeden Vorsitzenden nach Ablauf eines Jahres ohne weiteres seines Amtes zu entheben und damit in geeigneten Fällen gegen ihn die Dienstentlassung auszusprechen. Dadurch sei die Unabhängigkeit der Gerichtsvorsitzenden bedroht und tatsächlich hätten auch wiederholt Vorsitzende erklärt: „Ja, dies und das wäre zwar das einzig Richtige; aber mir sind die Hände gebunden, da ich riskiere, nach Ablauf meiner Wahlperiode nicht mehr gewählt zu werden."

Wir müssen gestehen, daß wir die Befürchtung Dr. Prenners hinsichtlich Gefährdung der richterlichen Unabhängigkeit, nicht teilen. Bis jetzt ist es wohl noch nicht vorgekommen, daß ein Gewerbe- oder Kaufmannsgerichtsvorsitzender wegen seiner gerichtlichen Tätigkeit gemaßregelt worden ist, und wenn sich die Herren keine offene Pflichtverletzungen zuschulden kommen lassen, wird das auch in Zukunft nicht geschehen. In den Gemeindevertwaltungen sitzen ja meist nicht nur Vertreter einer Interessengruppe, die machen kann, was sie will, sondern Angehörige der verschiedensten Interessengruppen, durch deren gegenseitiges Wirken bis zu einem gewissen Grade ein Ausgleich geschaffen wird. Wir geben gerne zu, daß heute noch in den meisten Gemeindeverwaltungen der Einfluß der Kapitalistenkreise weit überwiegt, weil das Wahlrecht zu diesen Körperschaften oft schamlos ungerecht ist. Aber dann muß man für ein gerechteres Wahlrecht zu diesen Körperschaften sorgen, damit ein fortschrittsfreundlicherer Geist in die Gemeindevertretungen und Magistrate kommt. Im übrigen halten wir den Grundsatz, daß die Richter — und nicht nur die Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte — von Vertretern der Bevölkerung gewählt und kontrolliert werden, für gut, weil wir glauben, daß damit einer Verknöcherung des Rechts und der Rechtsprechung am ehesten ein Riegel vorgeschoben wird, und daß so die Rechtsprechung am besten mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes im Einklang bleibt. Uebrigens haben wir immer das Empfinden, daß es auch mit der Unabhängigkeit der gewöhnlichen Richter nicht weit her ist, sonst wären die haarsträubenden Urteile gegen Streiksünder und die unglaublich milden Urteile gegen Streikbrecher nicht zu erklären, mit denen nun seit Jahren die Arbeiterklasse zum Haß und Mißtrauen gegen die heutige Justiz aufgereizt wird. Diese Urteile, die bei der Regierung und den Reaktionären immer angenehm sind, sind doch wirklich nicht dazu angetan, bei den Arbeitern Vertrauen zu der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Richter zu erwecken.

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und deren Vorsitzende haben sich in ständig steigendem Maße das Vertrauen der Arbeiter und Unternehmer erworben, man kann sagen: in demselben Maße, wie die andern Gerichte das Vertrauen der Arbeiter verloren haben. Schon deshalb würden wir bedauern, wenn die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte den Amtsgerichten angegliedert und wenn allgemein Amtsrichter als Vorsitzende der gewerblichen Sondergerichte bestellt würden. Wir geben gerne zu, daß es auch unter den Amtsrichtern Leute giebt, die mit dem berühmten „Tropfen sozialen Oels" gesalbt sind; aber die bereits dargelegte, einer Klassenjustiz verteufelt ähnliche Praxis dieser Gerichte in Arbeiterfragen zeigt, daß das doch nur Ausnahmen sein können. Die große Mehrheit dieser Leute steht dem Fühlen und Denken, der Rechtsanschauung der Arbeiterschaft so verständnislos, so weltfremd gegenüber, daß wir es aufs tiefste bedauerten, wenn ihnen allgemein die Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten übertragen würde. Geschähe es, dann wäre es mit dem Vertrauen der Arbeiterschaft in die Rechtsprechung der gewerblichen Sondergerichte wohl bald vorbei. Und das ist uns selbst eine weitere Ausdehnung der gewerblichen Sondergerichtsbarkeit nicht wert. Wir bezweifeln auch sehr, daß bei der Angliederung der Sondergerichte an die Amtsgerichte die andern Vorteile der heutigen Sondergerichte, insbesondere die Billigkeit und Schnelligkeit des Verfahrens, erhalten blieben. Deshalb sind wir der Meinung, daß die Ausdehnung der Sondergerichtsbarkeit auf anderm als dem von Dr. Prenner vorgeschlagenen Wege erreicht werden muß. Das Wohl der Richter ist sicherlich ein hohes Ziel; aber das Wohl der Bevölkerung geht darüber. Die Justiz ist des Volkes, nicht aber das Volk der Justiz wegen da; deshalb darf der Wunsch der ordentlichen Richter, die anscheinend ihre Kollegen von den gewerblichen Sondergerichten zum Teil mit den Augen der bedrängten Konkurrenten ansehen, für die Entscheidung dieser Frage nicht ausschlaggebend sein.

Der Vorschlag Dr. Prenners scheint uns um so weniger am Platze, da selbst die deutschen Handwerks- und Gewerbekammern, also die berufene Vertretung des deutschen Unternehmertums, die bisherige Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte fast durchweg lobend anerkennen. Auf eine Umfrage der Geschäftsstelle des Handwerks- und Gewerbekammertages vom 6. September 1912, wie sich die Sondergerichte im allgemeinen bewährt hätten, haben 28 Kammern geantwortet, diese Gerichte hätten sich durchaus bewährt. Nur zwei Kammern waren anderer Meinung, nämlich die Handwerkskammer in Dessau und Regensburg. Die Regensburger Kammer gibt zu, daß die Rechtsprechung der Sondergerichte billiger und schneller ist; aber sie glaubt, daß der Arbeitgeber bei den Gewerbegerichten nur schwer zu seinem Recht komme und daß den Arbeitern vielfach deren „Parteisekretäre" als Rechtsbeistände zu Hilfe kämen. Dem gegenüber weist Dr. Prenner mit Recht darauf hin, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte überhaupt nicht oder nur in Ausnahmefällen Arbeitersekretäre als Vertreter der Arbeiter zulassen. Die angeführten Gründe sind offensichtlich nicht stichhaltig. Eine große Anzahl Kammern haben als Vorzüge der Sondergerichte besonders die Schnelligkeit des Verfahrens und die Urteilsfällung durch Männer aus dem praktischen Leben sowie die Billigkeit durch Ausschluß der Rechtsanwälte erwähnt. Die Flensburger Kammer hebt hervor, daß sich der Vorsitzende der Sondergerichte während der Verhandlung durch Befragen der Beisitzer schnell über ihm unbekannte Verhältnisse unterrichten könne, während der Amtsrichter meist genötigt sei, einen Sachverständigen über solche Fragen zu hören usw.

Als Nachteil sieht die Dortmunder Kammer an, daß die Sondergerichte von den Arbeitern zu oft ohne Grund in Anspruch genommen würden, und daß die Gerichte den Arbeitern oft außerordentlich weit entgegenkämen. Die Flensburger Kammer glaubt, daß die Beisitzer nicht immer unparteiisch seien; die Oldenburger will bei den Wahlen von Mitgliedern der Gewerbegerichte oft den Einfluß politischer Beweggründe wahrgenommen haben. Dr. Prenner weist nach, daß diese Nachteile in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind. Einzelne Kammern schlagen auch Veränderungen des jetzigen Zustandes vor; aber diese Vorschläge sind mehr nebensächlicher Natur und tun der fast allgemeinen Anerkennung des Wertes der gewerblichen Sondergerichte keinen Abbruch. So sollte man eigentlich hoffen dürfen, daß die Ausdehnung der gewerblichen Sondergerichtsbarkeit auch ohne Angliederung der Sondergerichte an die Amtsgerichte möglich wäre.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

Dieser Nummer des „Grundstein" liegt unsere Jugendzeitung bei.

Anzeigen aus Halberstadt, Triebes und Zehdenick gingen für die letzte Nummer wieder zu spät ein.

Mirow. Auch Eure Anzeige ging zu spät bei uns ein. Es sei aber an dieser Stelle mitgeteilt, daß die Versammlungen des Zweigvereins Mirow von jetzt an jeden letzten Sonntag im Monat vormittags 9 Uhr stattfinden.

Ph. K. in Vilbel. Wir haben Deine Beschwerde dem Verbandsvorstand überwiesen, da die Redaktion nicht berufen ist, über die Geschäftsführung eines Zweigvereins zu entscheiden.

Anzeigen.

☛ Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Hamm i. W.

Zum Lokalbeamten wurde der Kollege **Otto Papenbrock** aus **Ahlen** gewählt. Allen Bewerben besten Dank.
[M 1,50] **Die Anstellungskommission.**

Johann Gall, Maurer, geboren zu **Krebsfelde,** wird wegen Todesfalls von seinen Geschwistern gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, dies an **J. Gall, Krebsfelde b. Fürstenau, Kreis Elbing,** mitzuteilen. [M 1,50]

Joseph Jeuck, Maurer, geboren zu **Hintermeilingen,** wird in der Klagesache **Box** gegen **Peres** in Solingen als Zeuge gesucht. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, wollen dies dem Kollegen **Niemann, Solingen,** Birker Straße 5, mitteilen. [M 1,50]

Wilhelm Petersen, Maurer aus **Kiel,** sende Deine Adresse an **Heinr. Cohrs, Cöln a. Rh.,** Severinstr. 199. [90 ₰]

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Versammlungen der Zweigvereine.

Sonntag, den 3. Mai.

Gransee. Nachm. 3 Uhr im Frankschen Lokale. T.-O.: Abrechnung vom ersten Quartal.

Mittwoch, den 6. Mai.

Berlin. (Steinholzleger und Helfer.) Abends 8½ Uhr bei Schrader, Alte Schönhausener Straße 26.

Guben. Abends 7½ Uhr. T.-O.: Beschlußfassung über die Anstellung eines Kollegen.

Donnerstag, den 7. Mai.

Berlin. (Isolierer und Helfer.) Abends 8½ Uhr bei Wilke, Sebastianstr. 39.

Sonntag, den 10. Mai.

Bamberg. Vorm. 10 Uhr in der Restauration Roth. Mitgliedsbücher mitbringen.

Berlin. (Staker.) Vorm. 10 Uhr bei Knörig, An der Stralauer Brücke 1. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Gandersheim. Nachm. 3½ Uhr beim Gastwirt Wehe in Wrescherode. Wichtige Tagesordnung. Bücher mitbringen.

Langenweitzendorf. Nachm. 1 Uhr: Ausflug. Abmarsch von Wwe. Treiling nach der „Thorheit" bei Hohenleuben. Wir erwarten die Beteiligung aller Kollegen.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonnabend, den 9. Mai.

Fürstenwalde a. d. Spree. Abends 8 Uhr bei Flicke, [illegible]

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 ₰.)

Bamberg. Am 18. April starb der Bauhilfsarbeiter **Nikolaus Seuss** im Alter von 35 Jahren an Schlaganfall.

Berlin. Am 18. April starb der Putzer **Ernst Bussewitz** im Alter von 43 Jahren an den Folgen eines Unfalles. — Am 20. April starb der Maurer **Albert Köppen** im Alter von 30 Jahren an Herzschlag. — Am 21. April starb der Putzer **Karl Dusterhoff** im Alter von 62 Jahren an Herzlähmung. — Am 22. April starb der Betonhilfsarbeiter **Ferdinand Prütz** im Alter von 55 Jahren an Speiseröhrenkrebs.

Braunschweig. Am 20. April starb durch Sturz von einem Gerüst der Kollege **Konrad Hoffmann** im Alter von 43 Jahren.

Chemnitz. Am 21. April starb unser langjähriges und treues Mitglied **Anton Perner** im Alter von 41 Jahren an Gehirnschlag.

Dresden. Am 21. April starb der Maurer **Herm. Schubert** aus Poppdorf im Alter von 51 Jahren an Lungenkatarrh. — Am 22. April starb der Hilfsarbeiter **Bruno Thiele** aus Kötzschenbroda im Alter von 37 Jahren an Rippenfellentzündung.

Düsseldorf. Am 20. April starb plötzlich und unerwartet der Zementeur **Jean Storm** im Alter von 44 Jahren an Herzschlag.

Eschwege. (Reichensachsen.) Am 21. April starb nach kurzem Leiden unser treuer und langjähriger Kollege **Christoph Grimm** im Alter von 29 Jahren an Lungenentzündung.

Erfurt. Am 14. April ist unser langjähriges und treues Verbandsmitglied **Johannes Krauthaus** im Alter von 43 Jahren an Lungentuberkulose gestorben.

Eydtkuhnen. Am 1. April starb unser Kollege **Franz Raabe** im Alter von 49 Jahren an Herzkrankheit.

Göttingen. Am 12. April starb unser Kollege **Heinr. Diederich** aus Landolfshausen im Alter von 29 Jahren an Blutarmut.

Greiz. Am 14. April starb der Maurer **Hermann Meissner** aus Neugersdorf im Alter von 57 Jahren an Wassersucht.

Harheim. Am 18. April starb unser langjähriges Mitglied **Andreas Bokenheimer** im Alter von 35 Jahren an Lungenleiden.

Insterburg. Am 16. April starb der Kollege **Fritz Josteit** im Alter von 32 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Karlsruhe. (Mörsch.) Am 22. April starb unser Kollege **Anton Burkart** im Alter von 51 Jahren an Nierenleiden.

Königsberg i. Pr. Am 13. April starb unser Kollege **Gustav Plaumann** an Lungenentzündung.

Leipzig. Am 16. April starb unser Kollege **Wilh. Kaueroff** im Alter von 52 Jahren an Lungenentzündung. — Am 16. April starb unser Kollege **Hermann Naumann** im Alter von 68 Jahren an Herzschlag.

Liegnitz. Am 21. April starb unser Kollege **Richard Seifert** im Alter von 31 Jahren an Lungenentzündung.

Magdeburg. (Diesdorf.) Am 23. April starb der Kollege **Hermann Rulf** im Alter von 73 Jahren an Herzschlag.

München. (Bogenhausen-Lehel.) Am 13. April starb unser Kollege **Josef Mayr** im Alter von 64 Jahren an Schlaganfall. — (Au.) Am 18. April starb unser Kollege **Johann Lehner** im Alter von 52 Jahren an Lungenleiden. — Am 19. April starb unser Kollege **Xaver Maurer** im Alter von 37 Jahren an Herzleiden. — (Sendling.) Am 19. April starb unser Kollege **Georg Artmeyer** im Alter von 52 Jahren an Lungenleiden.

Penig i. S. Am 19. April starb der Kollege **Emil Peters** aus Tauscha an der Proletarierkrankheit.

Schweinfurt. Am 18. April starb unser Kollege **Josef Nöth** im Alter von 63 Jahren an Herzleiden. — (Sulzthal.) Am 18. April starb unser Kollege **Johann Kaiser** im Alter von 42 Jahren infolge eines Lungenleidens.

Schwerin i. M. Am 22. April schied unser langjähriger treuer Kollege, der Hilfsarbeiter **Johann Raabe,** im Alter von 58 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Pirna. Am 20. April starb unser Kollege **Julius Knauthe** aus Struppen im Alter von 65 Jahren.

Stendal. Am 17. April starb unser Mitglied **Friedrich Tümmler** im Alter von 65 Jahren an Lungenentzündung.

Strehlen. Am 23. April starb unser treuer Kollege **Wilhelm Prochaska** im Alter von 33 Jahren an Herzschlag.

Ehre ihrem Andenken!

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Verkehrslokal, H Herberge, Rr Reiseunterstützung wird ausgezahlt bei.)

Detmold. V Hermann Kerkhof, Eichholz bei Detmold; K August Lampe, Detmold; Bureau: Zentralhalle, Freiligrathstr. 9.

Landsberg a. d. W. Geschäftsführer: Rud. Keller; Bureau: Louisenstr. 33.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paeplow), verantwortlicher Redakteur: A. Ellinger, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 410249 4400 münster-roxel